

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Estland, Lettland, Litauen

Jörg Hackmann

WAS IST UND WO LIEGT
DAS BALTIKUM?

Karsten Brüggemann

KLEINE GESCHICHTE
DER BALTISCHEN STAATEN

Sigita Urdze

DREI LÄNDER, DREI WEGE
IN DIE DEMOKRATIE

Ada-Charlotte Regelman

MINDERHEITENINTEGRATION
IN DEN BALTISCHEN STAATEN

Eva-Clarita Pettai

ERINNERUNGSDISKURSE
UND GESCHICHTSPOLITIK
IN DEN BALTISCHEN STAATEN

Kai-Olaf Lang

DIE BALTISCHEN STAATEN
UND IHR SCHWIERIGES
VERHÄLTNIS ZU RUSSLAND

Dorothee Bohle

BALTISCHE WEGE AUS DER
FINANZKRISE

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

Estland, Lettland, Litauen

APuZ 8/2017

JÖRG HACKMANN

WAS IST UND WO LIEGT DAS BALTIKUM?

Die seit den 1990er Jahren wieder geläufigen Begriffe „Baltikum“ und „baltische Staaten“ decken sich nicht mit dem Selbstverständnis der Gesellschaften in Estland, Lettland und Litauen, die sich vielmehr als Teil der Ostseeregion oder des Nordens sehen.

Seite 04–08

KARSTEN BRÜGGEMANN

KLEINE GESCHICHTE DER BALTISCHEN STAATEN

Ein kompakter Blick in die Geschichte der baltischen Staaten zeigt, dass sich Litauen ganz anders entwickelt hat als Estland und Lettland. Gemeinsam ist ihnen aber im 20. Jahrhundert das Schicksal von Kleinstaaten zwischen Ost und West.

Seite 09–15

SIGITA URDZE

DREI LÄNDER, DREI WEGE IN DIE DEMOKRATIE

Estland, Lettland und Litauen werden aufgrund von Parallelen in ihrer jüngeren Geschichte häufig als Einheit wahrgenommen. Der Blick auf innenpolitische Entwicklungslinien seit ihrer Unabhängigkeit von der Sowjetunion zeichnet ein nuancierteres Bild.

Seite 16–20

ADA-CHARLOTTE REGELMANN

MINDERHEITENINTEGRATION IN DEN BALTISCHEN STAATEN

Seit 25 Jahren suchen die baltischen Staaten nach politischen Antworten auf die Herausforderungen ihrer heterogenen Gesellschaften. Doch die Minderheitenpolitiken sind weitgehend unverändert geblieben – mit langfristigen Konsequenzen für die Integration.

Seite 21–27

EVA-CLARITA PETTAI

ERINNERUNGSDISKURSE UND GESCHICHTS-POLITIK IN DEN BALTISCHEN STAATEN

Die Erinnerung an die Geschichte des 20. Jahrhunderts ist in den baltischen Staaten von Konflikten und Politisierung geprägt. Mit Blick auf Holocaust und Sowjetzeit wird das historische Selbstverständnis als Opfernationen durch konkurrierende Erzählungen infrage gestellt.

Seite 28–33

KAI-OLAF LANG

DIE BALTISCHEN STAATEN UND IHR SCHWIERIGES VERHÄLTNIS ZU RUSSLAND

Das Verhalten Russlands in Georgien 2008 und der Ukraine 2014 hat bestehende Bedrohungswahrnehmungen und Abwehrhaltungen in den baltischen Staaten verfestigt. Estland, Lettland und Litauen werden ihre offenen Flanken gegenüber Russland mit neuer Brisanz bewusst.

Seite 34–39

DOROTHEE BOHLE

BALTISCHE WEGE AUS DER FINANZKRISE

Estland, Lettland und Litauen hatten im Zuge der Finanzkrise tiefere Wachstumseinbrüche zu verzeichnen als die südeuropäischen Staaten, erholten sich jedoch rasch. Sind die baltischen Staaten Vorzeigefälle für den Erfolg von Austeritätspolitik mit Vorbildcharakter für Südeuropa?

Seite 40–45

EDITORIAL

Estland, Lettland und Litauen werden häufig als Dreiergespann wahrgenommen: Seit der „Singenden Revolution“, die 1991 in ihre Unabhängigkeit von der Sowjetunion mündete, haben die drei Staaten im Zuge ihres wirtschaftlichen Transformationsprozesses und der demokratischen Konsolidierung viele Entwicklungen parallel durchlaufen und mit dem Tempo und der Entschlossenheit ihres Reformkurses beeindruckt. Heute stehen sie etwa mit Blick auf die massive Abwanderung von Arbeitskräften, die Integration ihrer multiethnischen Gesellschaften oder ihre starke Energieabhängigkeit von Russland vor ähnlich großen Herausforderungen.

Die dem „Baltikum“ zugeschriebene Einheitlichkeit entspricht jedoch nicht dem Selbstverständnis der Esten, Letten und Litauer. Tatsächlich greift sie zu kurz, denn in historischer, religiöser und sprachlicher Hinsicht gibt es grundlegende Unterschiede. So geht die Eigenstaatlichkeit Litauens, dessen Gebiet sich zeitweise bis zum Schwarzen Meer erstreckte, bis ins Mittelalter zurück, während Estland und Lettland erstmals 1918 als unabhängige Staaten in Erscheinung traten. Litauen ist katholisch, Estland und Lettland sind protestantisch geprägt. Sprachlich stehen sich wiederum Lettland und Litauen näher, deren Idiome eng verwandt sind, während das Estnische als finnougriische Sprache nicht zur indoeuropäischen Sprachfamilie gehört.

Angesichts der noch nicht lange zurückliegenden Wiederherstellung ihrer Unabhängigkeit ist der Nachdruck einleuchtend, mit dem Estland, Lettland und Litauen ihre Eigenständigkeit betonen. Spätestens seit Beginn der Ukraine Krise 2014 treten jedoch vor allem ihre gemeinsamen Sicherheitsinteressen in den Vordergrund – umso mehr, als die Zweifel am Zusammenhalt der EU und des westlichen Verteidigungsbündnisses, in deren Mitte die drei Staaten als Teil der Eurozone und Standorte neu aufgebauter NATO-Stützpunkte angekommen sind, zunehmen.

Anne-Sophie Friedel

WAS IST UND WO LIEGT DAS BALTIKUM?

Ein Blick auf die politische Geografie der Ostseeregion

Jörg Hackmann

Seit dem politischen Umbruch von 1989/91 im östlichen Europa ist die Bezeichnung „Baltikum“ wieder geläufig und begegnet einem als Regionalbezeichnung etwa in Wetterberichten und Reiseprospekten. In der Regel ist damit das Gebiet der drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen gemeint. In den öffentlichen Debatten dieser Länder taucht das Baltikum als regionale oder politische Selbstbeschreibung jedoch nicht auf, und auch der Begriff „baltische Staaten“ deckt sich in diesem Zuschnitt nicht mit dem politischen Selbstverständnis dieser Nationen.

In seiner Rede auf dem ersten Treffen des Ostseerates 1992 in Kopenhagen bezeichnete der erste frei gewählte Präsident des wieder unabhängigen Estland, Lennart Meri, die Ostsee als „Mittelmeer der nordischen Länder“, während er mit „baltisch“ vor allem den sowjetischen Hegemonialanspruch auf die Ostseeregion assoziierte.⁰¹ Ist Estland also kein baltischer Staat? Und was ist dann das Baltikum? Offensichtlich sind diese Fragen nicht allein anhand geografischer Kriterien zu beantworten.

Ein ähnliches Problem stellte sich bereits im Fall Russlands, das in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gleichsam vom Norden in den Osten Europas driftete. Mit der neuen Verortung verband sich dann die Konstruktion der Verschiedenheit Russlands im Gegensatz zum europäischen Westen.⁰² Die baltischen Staaten bewegen sich hingegen vom Osten in den Norden oder Westen Europas. Diese hier aufscheinenden politischen und kulturellen geografischen Konstruktionen und ihre Veränderungen sollen im Folgenden näher beleuchtet werden.

BEZEICHNUNGEN FÜR DIE OSTSEE

Bei einer Betrachtung der mit „Baltikum“ und „baltisch“ verbundenen räumlichen Vorstellungen und Bedeutungen ist zunächst der enge Zusammenhang

mit *mare balticum* als lateinischer Bezeichnung für die Ostsee festzuhalten, deren Ableitungen heute in zahlreichen Sprachen in der Region und darüber hinaus auftauchen.⁰³ Im Deutschen und in den nordeuropäischen Sprachen sind dagegen die Bezeichnung „Ostsee“ und ihre Entsprechungen anzutreffen. Nur im Estnischen wird ein von *balticum* und „Ostsee“ abweichender Name verwendet.

So genau die erste Erwähnung von *balticum* datiert werden kann, so unklar bleibt jedoch dessen Herkunft und Etymologie. Der Chronist Adam von Bremen schrieb um 1075: „Dieser Meeresarm heißt bei den Anwohnern (...) der ‚Baltische‘.“⁰⁴ Drei Deutungen durchziehen seitdem die Erklärung des Begriffs: Die erste folgt Adams Ableitung vom lateinischen *balteus* (Gürtel) und verweist auf die lautliche Ähnlichkeit zum Wort „Belt“. Die zweite basiert auf der Vermutung, dass Adam einen neuen Namen aus antiken Quellen erfunden habe. Eine dritte Deutung geht von der Aussage aus, dass der Name von den Einwohnerinnen und Einwohnern stammt, deren Sprachen der Gruppe der baltischen Sprachen zuzurechnen sind.⁰⁵

Dieser letzte Zusammenhang ist aber nicht so evident, wie er auf den ersten Blick scheint, denn die Bezeichnung „baltische Sprachen“ ist eine gelehrte Konstruktion des 19. Jahrhunderts, die auf den Berliner Sprachwissenschaftler Georg Heinrich Ferdinand Nesselmann zurückgeht. Er schlug 1845 vor, die bislang als lettische Sprachen im Plural bezeichnete Gruppe „die der Baltischen [Sprachen] oder sonst irgend wie zu nennen“.⁰⁶ Die neue Bezeichnung leitete sich von der geografischen Lage ihrer Sprecherinnen und Sprecher an der Ostsee ab, nicht aber aus einer diesen Sprachen entstammenden Selbstbezeichnung. Diese Beobachtung deckt sich mit der Tatsache, dass in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts „baltisch“ im deutschen Verständnis noch die gesamte Ostseeregion umfasste. So gab es zwischen Kiel und Königsberg zahlreiche Vereine und Zeitschriften, die sich und ihr Tätigkeitsfeld als „baltisch“ bezeichneten. Zudem

wurde „baltisch“ in einer Schilderung der Ostseeküstenländer von 1859 noch synonym für die Gesamtheit der Regionen an der Ostsee verwendet.⁰⁷ „Ostsee“ und „baltisch“ bezeichneten also bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts im deutschen Sprachgebrauch ebenso wie in anderen Sprachen noch ein- und denselben Raum.

RUSSLÄNDISCHE OSTSEE- PROVINZEN ALS BRENNPUNKT

Allerdings begann seit den 1840er Jahren „baltisch“ im Deutschen semantisch auf einen Teilbereich der Ostseeregion zu schrumpfen, und zwar auf die russländischen Provinzen Estland, Livland und Kurland, die einst zum Gebiet des livländischen Ordensstaates gehört hatten und im 18. Jahrhundert schließlich an Russland gefallen waren.⁰⁸ Sie wurden unter der Bezeichnung „Ostseeprovinzen“ oder „Ostseegouvernements“ zusammengefasst.⁰⁹ Geprägt war diese Region durch eine weitreichende ständische Selbstverwaltung der überwiegend deutschsprachigen ritterschaftlichen und bürgerlichen Eliten. Die estnische und lettische, vor allem bäuerliche Bevölkerung war

dagegen bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts von der politischen Mitwirkung ausgeschlossen.

Während *baltijskij* im Russischen analog zu „baltisch“ die gesamte Ostseeregion bezeichnete, bezog sich das aus dem Deutschen entlehnte *ostzejskij* auf den eigenen, russländischen Herrschaftsbereich: „Ostseeisch“ waren aus russischer Sicht die Provinzen Est-, Liv- und Kurland. Finnland, das als Großfürstentum innerhalb des Zarenreiches einen eigenen Status hatte, zählte jedoch nicht dazu. Zugleich wurde die Bezeichnung *ostzejskij* in der russischen Verwaltung und Öffentlichkeit zum Signum sprachlicher, konfessioneller und politischer Andersartigkeit ebendieser Provinzen, die es an das übrige Russland anzugleichen gelte. Pläne wie die Einführung des Russischen als Amts- und Unterrichtssprache oder die Unterstellung der lutherischen Kirche unter das Konsistorium in Sankt Petersburg wurden dann in der deutschen Öffentlichkeit seit dem Vormärz als Bedrohung der traditionellen deutschgeprägten Zustände wahrgenommen.¹⁰

Um auf den deutschen Charakter der Provinzen hinzuweisen, fing man nun an, von „deutschen“ oder „deutsch-russischen“ Ostseeprovinzen zu sprechen. Der Reiseschriftsteller und spätere Bremer Stadtbibliothekar Johann Georg Kohl, der sechs Jahre als Hauslehrer in Kurland gearbeitet hatte, erklärte 1841 die Bezeichnung damit, dass die Region weder rein deutsch noch völlig russifiziert sei.¹¹ Der Publizist Aurelio Buddeus sprach in seinem Reisebericht von „baltische[n] Trümmer[n]“ als Folge der Russifizierungspolitik.¹²

Auch im Zarenreich konzentrierte sich nun in der Betrachtung der Ostseeregion der Blick auf die politischen Verhältnisse in den russländischen Ostseeprovinzen. Hier waren es zunächst die Slavophilen, die für eine stärkere Integration dieser Provinzen in das Gesamtreich eintraten. In seiner Schrift über das russische Ostseeküstengebiet warnte etwa der Publizist Jurij Samarin, der einige

01 Lennart Meri, *Läänemeri on meie elu telg*, in: ders., *Presidendikõned*, Tartu 1996, S. 279ff. Zum Hintergrund der estnischen Debatte vgl. Karsten Brüggemann, *Leaving the „Baltic States“ and „Welcome to Estonia“: Re-Regionalising Estonian Identity*, in: *European Review of History* 10/2003, S. 343–360.

02 Vgl. Larry Wolff, *Inventing Eastern Europe. The Map of Civilization on the Mind of the Enlightenment*, Stanford 1994; Iver B. Neumann, *Uses of the Other. The „East“ in European Identity Formation*, Manchester 1999.

03 Vgl. dazu ausführlich Josef Svennung, *Belt und baltisch. Ostseeische Namensstudien mit besonderer Rücksicht auf Adam von Bremen*, Uppsala–Wiesbaden 1953, S. 55, S. 75.

04 Adam von Bremen, *Bischofsgeschichte der Hamburger Kirche*, in: Werner Trillmich/Rudolf Buchner (Hrsg.), *Quellen des 9. und 11. Jahrhunderts zur Geschichte der Hamburgischen Kirche und des Reiches*, Darmstadt 1961, S. 135–499, hier S. 447.

05 Vgl. Svennung (Anm. 3), S. 34, S. 93; Ernst Fraenkel, *Die baltischen Sprachen*, Heidelberg 1950, S. 20.

06 Georg Heinrich Ferdinand Nesselmann, *Die Sprache der alten Preußen*, Berlin 1845, S. xxix; vgl. Fraenkel (Anm. 5), S. 19.

07 Vgl. Anton von Etzel, *Die Ostsee und ihre Küstenländer, geographisch, naturwissenschaftlich und historisch geschildert*, Leipzig 1859, S. v–xiii.

08 Zur Geschichte der Region siehe auch den Beitrag von Karsten Brüggemann in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

09 Vgl. Erik Amburger, *Geschichte der Behördenorganisation Russlands von Peter dem Großen bis 1917*, Leiden 1966, S. 389. Die deutsche Bezeichnung ist zuerst für 1823 nachgewiesen, vgl. Georg Berkholz, *Geschichte des Wortes „baltisch“*, in: *Deutscher Verein in Livland* (Hrsg.), *Aus baltischer Geistesarbeit. Reden und Aufsätze*, Bd. 2, Riga 1909, S. 86–98, hier S. 87.

10 Zeitgenössisch: Alexander Buchholz, *Fünfzig Jahre russischer Verwaltung in den Baltischen Provinzen*, Leipzig 1883.

Vgl. auch Michael Haltzel, *Der Abbau der deutschen ständischen Selbstverwaltung in den Ostseeprovinzen Rußlands. Ein Beitrag zur Geschichte der russischen Unifizierungspolitik 1855–1905*, Marburg/L. 1977.

11 Vgl. Johann Georg Kohl, *Die deutsch-russischen Ostseeprovinzen oder Natur- und Völkerleben in Kur-, Liv- und Esthland*, Dresden 1841, S. iv.

12 Aurelio Buddeus, *Halbrussisches*, Leipzig 1847, S. 17, S. 174.

Jahre in Riga gearbeitet und auch eine Geschichte der Stadt verfasst hatte, vor einer Germanisierung der lettischen und estnischen Bevölkerung und kritisierte die nachgiebige Haltung der zarischen Behörden gegenüber den Ritterschaften.¹³ In seiner „Livländischen Antwort“ an Samarin vertrat der Historiker Carl Schirren aus Tartu (zu Deutsch Dorpat) dagegen die Ansicht: „Livland ist nicht ein Gouvernement (...) Es ist eine Provinz mit eigenem Landesstaat.“¹⁴ Schirren formulierte ein neues Landesverständnis, das nicht mehr von den Ritterschaften der Ostseeprovinzen ausging, sondern die Verteidigung der von Peter dem Großen gewährten Privilegien zu einer Angelegenheit des ganzen Landes, beziehungsweise genauer: seiner deutschsprachigen Bewohnerinnen und Bewohner, machte. Namentlich die städtischen und gelehrten Mittelschichten bezeichneten sich nun als „baltisch“, wie die Gründung der liberalen „Baltischen Monatsschrift“ 1859 zeigt.¹⁵ In diesem neuen Landesverständnis spielte die estnische und lettische Bevölkerung allerdings kaum eine Rolle. „Baltisch“ wandelte sich so von einer Regionalbezeichnung für die drei russischen Ostseeprovinzen zu einem ethnisch-sozial definierten Begriff für die deutschen Bevölkerungsschichten der Region.

Zeitgleich wurde in den russischen Debatten *ostzejskij* nun negativ konnotiert und mit der Kritik an den deutschgeprägten Eliten der Ostseeprovinzen verbunden.¹⁶ *Ostzejcy* und „Balten“ waren also nicht alle Bewohner des Landes, sondern nur die deutschsprachigen und insbesondere die sozial dominierenden Gruppen. Dagegen wurde *pribaltijskij* im ausgehenden 19. Jahrhundert zur russischen Bezeichnung für die Ostseeprovinzen und konnotierte zugleich deren natürliche Verbindung mit den russischen Ländern.¹⁷

13 Vgl. Jurij F. Samarin, *Okrainy Rossii*, Serija 1: *Russkoe Baltijskoe pomor'e*, Prag 1868. Vgl. auch Edward C. Thaden, *Samarin's „Okrainy Rossii“ and Official Policy in the Baltic Provinces*, in: *Russian Review* 33/1974, S. 405–415.

14 Carl Schirren, *Livländische Antwort an Herrn Juri Samarin*, Leipzig 1869, S. 115.

15 Weitere Belege für diesen Gebrauch von „baltisch“ seit den 1840er Jahren bei Berkholz (Anm. 9), S. 88 f.

16 Deutlich dann in sowjetischer Zeit bei Maksim M. Duchanov, *Ostzejcy. Jav' i vymysel. O roli nemeckich pomeščikov i bjurgerov v istoričeskich sud'bach latyšskogo i eštonskogo narodov v seredine XIX veka*, Riga 1970.

17 Vgl. Efgraf V. Češichin, *Kratkaja istorija pribaltijskago kraja*, Riga 1894; sowie *Pribaltijskij (Ostzejskij) kraj*, in: *Ėnciklopedičeskij slovar'*, Bd. 25, Sankt Petersburg 1898, S. 110–116.

Zu einer Verfestigung von „Baltikum“ als Regionalbegriff kam es offensichtlich erst im Ersten Weltkrieg, als zunächst Litauen und Kurland als deutsches Besatzungsgebiet unter die Militärverwaltung von „Ober Ost“ gerieten und bis Februar 1918 dann auch die beiden übrigen russischen Ostseeprovinzen. Wenig später tauchte eine Ableitung als „Baltikumer“ in der Selbstbezeichnung von Freikorpsverbänden auf. Unklar ist dabei aber, inwieweit sich das diesem Namen zugrundeliegende „Baltikum“ aus dem skizzierten „baltischen“ Selbstverständnis ableitete.¹⁸ Nahe liegender ist, dass damit der auch Litauen umfassende deutsche Herrschaftsbereich im Ersten Weltkrieg beschrieben wurde. Während der Rigaer Historiker Reinhard Wittram 1933 noch versuchte, die Bedeutung von „Balten“ ausschließlich auf „die deutschen Liv-Est-Kurländer“¹⁹ zu beziehen, entstand nach 1918 der exaktere Begriff „Deutsch-Balten“²⁰ und unter dem Einfluss des Nationalsozialismus dann der umgekehrte Begriff „Baltendeutsche“, der anstelle der Region nun den propagierten völkischen Zusammenhang in den Vordergrund rückte.

LETTISCHE UND ESTNISCHE DISKURSE

In seinem exklusiv deutschen Verständnis von „Balten“ blendete Wittram allerdings aus, dass im Nationsbildungsprozess der Letten seit den 1860er Jahren *Baltija* als regionale Selbstbezeichnung vorkam.²¹ In der für das erste lettische Sängerkfest 1873 in Riga verfassten Hymne „Gott segne Lettland“ wurde neben *Lavvija* (Lettland) gleichrangig noch *Baltija* besungen, und die seit 1868 erscheinende erste nationale lettische Zeitung nannte sich „Baltijas Vēstnesis“ (Baltischer Bote). „Baltisch“ war hier auf die entstehende lettische Nation bezogen und unterschied sich so vom deutschen und russischen Verständnis des Begriffs.

18 Vgl. Gustav Noske, *Zur Geschichte der deutschen Revolution*, Berlin 1920, S. 175–185. Nach Reinhard Wittram, *Baltische Geschichte. Die Ostseelände Livland, Estland, Kurland 1180–1918*, München 1954, S. 8, sei der Begriff „sprachwidrig“ abgeleitet.

19 Reinhard Wittram, *Deutsch und Baltisch. Zum Verständnis der deutschbaltischen Tradition*, in: *Baltische Monatshefte* 2/1933, S. 187–201, hier S. 198.

20 Vgl. *Deutschbalten und baltische Lande*, in: Carl Petersen et al. (Hrsg.), *Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums*, Bd. 2, Breslau 1936, S. 105–241.

21 Berkholz (Anm. 9), S. 97.

Komplizierter ist dagegen der estnische Fall, wo eine vergleichbare Verwendung von *balti* im 19. Jahrhundert nicht anzutreffen ist. Die Bezeichnung des nationalen Territoriums war seit dem „nationalen Erwachen“ an das Adjektiv *eesti* gebunden. Das hing auch damit zusammen, dass es „Estland“ als Provinzbezeichnung gab, die sich zwar nicht mit der Verbreitung der estnischsprachigen Bevölkerung deckte, aber doch einen Ausgangspunkt für Ideen einer nationalen Autonomie bot. Umgekehrt war die lettische Adressierung von *Latvija* im Zarenreich politisch schon deshalb problematisch, weil es an keine bestehende territoriale Einheit anknüpfen konnte.

Hinzukommt, dass im Estnischen – im Gegensatz zu allen anderen Ostseeanrainern – das Meer weder durch Entsprechungen von „Ostsee“ noch von *balticum* benannt wird, sondern als *Läänemeri* (Westsee). Die geografisch logisch erscheinende Bezeichnung steht jedoch im Gegensatz zum finnischen Fall, wo das Meer mit *Itämeri* wie in den skandinavischen Sprachen als Ostsee bezeichnet wird, obwohl das Meer doch ebenfalls westlich liegt. Zwar gab es in der Phase der estnischen Nationsbildung Indizien für die Bezeichnungen *Baltimaa* im Sinne der Ostseegouvernements sowie *Balti meri* für die Ostsee.²² Wenn sich die Bezeichnung *balti* im Estnischen jedoch nicht durchgesetzt hat, dann deshalb, weil sie nicht Identität, sondern Alterität konnotierte. „Baltisch“ wurde im Estnischen im historischen Verständnis mit den deutschen Oberschichten sowie der russischen (und später sowjetischen) Herrschaft verbunden.²³

„BALTISCH“ IM 20. UND 21. JAHRHUNDERT

Die beiden hier beobachteten semantischen Veränderungen von „baltisch“ – seine regionale Einengung und Ethnisierung – traten in der englischen oder französischen Sprache zunächst nicht auf. Die Schwankungen, denen der Begriff im

²² Siehe als deutschsprachige Schrift Christian Woldemar, Über die Heranziehung der Letten und Esten zum Seewesen (...), Dorpat 1857.

²³ Vgl. *Eesti Entsüklopeedia*, Bd. 1, Tallinn 1932, Sp. 825–844. Unter den mit *balti* verbundenen Bezeichnungen finden sich vor allem solche, die sich auf die deutschbaltische Geschichte und Kultur der Region beziehen. Vgl. auch den Namen des von Peter dem Großen begründeten Marinehafens Baltischport (russisch Baltijskij Port, estnisch Paldiski) westlich von Tallinn.

20. Jahrhundert unterlag, sind vor allem in der internationalen Politik nach 1918 begründet. In den Dokumenten des britischen Außenministeriums jener Jahre bezog sich *Baltic states* nun auf Estland, Lettland und Litauen, von deren dauerhafter Unabhängigkeit von Russland man jedoch nicht überzeugt war. Die Zuordnung von Litauen zu *baltic* in diesem Verständnis war nicht nur durch den Kriegsverlauf bedingt, sondern beruhte auch auf den vor allem nach 1905 engen Kontakten zwischen den drei Nationalbewegungen im Zarenreich, auch wenn sich ein litauisches Verständnis als Ostseensation erst nach 1918 entwickelte.

Über diese nationale Dreiheit von „baltisch“ hinaus gingen dagegen die Ansätze der seit 1917 um die Ostsee herum entstandenen neuen Staaten zu einer sicherheitspolitischen Kooperation. Bereits während des Krieges kursierte in der estnischen Öffentlichkeit das Schlagwort von der „Freiheit der Ostsee“. Bündnisse mit anderen Ostseensationen sollten zur Loslösung aus dem russischen und deutschen Herrschaftsbereich führen.

Die Idee eines Baltischen Bundes als Kooperation der Ostseeanrainer ohne Deutschland und Sowjetrußland stieß allerdings in den skandinavischen Königreichen umgehend auf Ablehnung, sie orientierten sich fortan an der Idee der nordischen Einheit. Polen blieb wegen des Konflikts mit Litauen nach der Besetzung von Vilnius im Oktober 1920 und seinen Großmachtambitionen ein zumindest argwöhnisch betrachteter Partner. Nachdem Finnland 1922 das Projekt eines Baltischen Bundes ebenfalls abgelehnt hatte, reduzierte sich die Ostseekooperation dann auf die drei gewissermaßen übrig gebliebenen Staaten Estland, Lettland und Litauen, die 1934 die frühere estnisch-lettische Kooperation zur Baltischen Entente erweiterten. Eine baltische Region mit diesem Zuschnitt war für die Beteiligten jedoch nicht die Wunschvorstellung regionaler Kooperation, sondern ihre letzte Wahl. Dass die gemeinsame Neutralitätserklärung 1939 gegen die deutsche und sowjetische Bedrohung der Unabhängigkeit nichts auszurichten vermochte, war man sich durchaus bewusst. Überlegungen zu einer Region „Baltoskandia“,²⁴ die Skandi-

²⁴ Siehe Edgar Kant, Estlands Zugehörigkeit zu Baltoskandia, Tartu 1934; Kazys Pakštas, *The Baltoscandian Confederation*, Chicago 1942. Vgl. dazu auch Marko Lehti, *Non-Reciprocal Region-Building. Baltoscandia as a National Coordinate for the Estonians, Latvians and Lithuanians*, in: *Nordeuropaforum* 2/1998, S. 19–47.

navien, Finnland und die drei baltischen Länder umfassen sollte, konnten sich nicht politisch institutionalisieren.

Mit dem Ausgang des Zweiten Weltkrieges wurde dann eine ethnisch-nationale Wahrnehmung von „baltisch“ zementiert, wie sie sich seit den 1930er Jahren angebahnt hatte: *Baltic states* und *Baltic republics* meinten die drei 1940 von der Sowjetunion annektierten Staaten und ihre Staatsvölker, deren Exilgemeinschaften vor allem in Schweden, Westeuropa und Nordamerika dieses Verständnis von „baltisch“ betonten, während sich die früheren deutschen Bewohner nun als „deutsch-baltisch“ bezeichneten. Als Selbstbezeichnung tauchte „baltisch“ dann mit neuer Emphase in den Unabhängigkeitsbewegungen der „Singenden Revolution“ zwischen 1986 und 1991 auf – am deutlichsten in der als „Baltischer Weg“ bekannten Menschenkette am 23. August 1989, dem 50. Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes. Eine über die antisowjetische Stoßrichtung hinausreichende Integrationskraft hat „baltisch“ jedoch nicht entfaltet, sodass es als Selbstbezeichnung mit dem Erreichen des gemeinsamen Ziels rasch wieder an Attraktivität verlor, selbst wenn es gemeinsame Institutionen wie die Baltische Versammlung mit Vertreterinnen und Vertretern der drei nationalen Parlamente gibt.

Im Russischen stößt man zunächst auf die Bezeichnung *Baltika*, die nach 1940 die okkupierten baltischen Staaten umfasste. Ab den 1960er Jahren trifft man zunehmend auf den Begriff *Pri-baltika*, in der Regel mit dem Zusatz *Sovetskaja*, der partiell auch den Bezirk Kaliningrad mit einbezog. Als neuer Begriff – nun ohne die sowjetischen Konnotationen – ist seit den 1990er Jahren das offensichtlich aus dem Lettischen abgeleitete *Baltija* anzutreffen.²⁵

SCHLUSS

„Baltikum“ ist also keine eindeutige, auf naturräumlichen oder überzeitlichen Strukturen beruhende Bezeichnung für einen Teil Nordosteuropas. Vielmehr bezogen sich die mit „baltisch“ zusammenhängenden Namen bis in das 19. Jahrhundert hinein auf die gesamte Ostseeregion. Zwei Entwicklungen ließen dieses

²⁵ Vgl. Aleksandr O. Čubar'jan (Hrsg.), *Rossija i Baltija*, 7 Bde., Moskau 2000–2015. Der russische Begriff „Baltija“ zuerst wohl bei Anatolij Pristavkin, *Tichaja Baltija*, Riga 1991.

ostseeregionale Verständnis dann in den Hintergrund treten: Zum einen die räumliche Verengung zunächst auf die Ostseeprovinzen des Zarenreiches und dann auf die um Litauen erweiterten neuen Staaten nach 1918, zum anderen die ethnisch-nationalen Eingrenzungen auf die Deutsch-Balten oder die Nationen der Esten, Letten und Litauer.

Vor allem aus der Sicht der seit 1991 wieder unabhängigen baltischen Nationen verkörpert „baltisch“ die negativen Konnotationen, auf die für den Osteuropa-Begriff hingewiesen wurde.²⁶ Die Zugehörigkeit zum „Baltikum“ entspricht daher nicht dem Selbstverständnis der Esten, Letten und Litauer. Es ist vielmehr eine Fremdzuschreibung, mit der mächtropolitische Unterlegenheit, eine politische Objektrolle und auch Konnotationen als postsowjetischer Raum verbunden werden.

Während mit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes eine Rückbesinnung auf den größeren räumlich-historischen Zusammenhang von *balticum* eingesetzt hat, der zu einem neuen Blick auf die gesamte Ostseeregion in kultureller wie politischer und wirtschaftlicher Hinsicht geführt hat, ist in den vergangenen Jahren angesichts des erneuerten russischen Hegemonialanspruchs auch eine erneute sicherheitspolitische Fokussierung auf die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen zu beobachten. Die Vieldeutigkeit der Begriffe „Baltikum“ und „baltisch“ wird sich daher nicht so rasch auflösen.

JÖRG HACKMANN

ist Professor für die Geschichte Mittel- und Osteuropas an der Universität Szczecin, Polen. Seine Forschungsschwerpunkte sind Zivilgesellschaft, Erinnerungskulturen und transnationale Verflechtungen in Ostmitteleuropa und der Ostseeregion. jorg.hackmann@usz.edu.pl

²⁶ Siehe Wolff; Neumann (beide Anm. 2).

KLEINE GESCHICHTE DER BALTISCHEN STAATEN

Karsten Brüggemann

Am Beginn der anhand von Schriftquellen nachvollziehbaren Geschichte steht auch im Falle der baltischen Staaten die Verbreitung des Christentums.⁰¹ So wird die Geschichte Litauens üblicherweise mit dem Hinweis eingeleitet, dass sich der Begriff *Litua* als Zielregion der katholischen Mission bereits 1009 in den Quedlinburger Annalen findet. Allerdings waren diese frühen Bemühungen erfolglos, galten doch die Litauer bis Ende des 14. Jahrhunderts als „letzte Heiden“ Europas. Auch im Falle Livlands – so die mittelalterliche Bezeichnung der heutigen Gebiete Estlands und Lettlands – war die Christianisierung infolge der „baltischen Kreuzzüge“ von wesentlicher Bedeutung. Die Gründung der Stadt Riga 1201 durch Bischof Albert, einem Ministerialen der Erzdiözese Bremen, gab den Startschuss für den von Missionaren und Kaufleuten getragenen Kolonialisierungsprozess, an dem neben Deutschen auch Dänen beteiligt waren. Mit dem Schwertbrüderorden, der später in den Deutschen Orden überging, schuf sich die Mission ihre Armee.

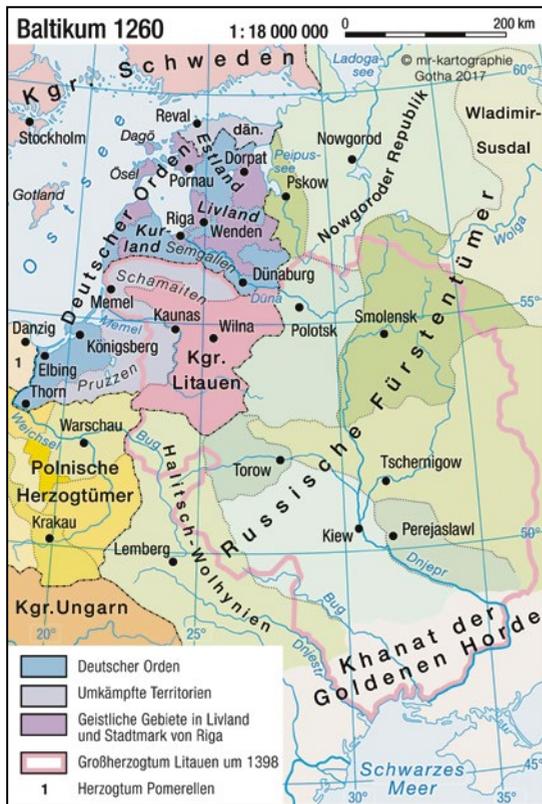
Zugleich stand die Region bereits seit dem 11. Jahrhundert in mehr oder weniger engem Kontakt mit der seit Ende des 10. Jahrhunderts christianisierten Kiewer Rus. Die russischen Chroniken zeugen von den engen Verbindungen vor allem mit den Litauern – in Krieg und Frieden. Auch im östlichen Livland führte diese Nachbarschaft bisweilen zu Tributzahlungen an russische Fürsten. Der Niedergang der Rus ab Mitte des 13. Jahrhunderts infolge der Expansion der Mongolen begünstigte die Konsolidierung der Vormacht des Deutschen Ordens in Livland. Zugleich stießen litauische Fürsten nun vermehrt in die slawisch (und damit orthodox) besiedelten Gebiete vor (*Karte*).

Doch bleiben wir zunächst in Livland. Nordostland war während der Kreuzzüge in dänische Hand geraten. 1346 verkaufte Dänemark es an den Orden, den größten Landbesitzer Livlands. Allerdings gab es mit dem Erzbischof von Riga, den weiteren Bischöfen und den Städten Riga, Tartu

(zu Deutsch Dorpat) und Tallinn (zu Deutsch Reval) weitere wichtige Machtzentren. Diese Städte mit deutschen Rechtsformen waren wichtige Mitglieder der Hanse, in deren Namen sie den lukrativen Russlandhandel kontrollierten und die Verantwortung für das Hansekontor in Nowgorod trugen. Dadurch wurde der Wohlstand dieser Städte gesichert, die zudem einen kontinuierlichen intellektuellen Austausch mit den Zentren Nord- und Westeuropas pflegten. So wurden sie zu potenziellen Gegenspielern des Ordens.

Interne Konflikte, vor allem aufgrund des Vormachtstrebens des Ordens, blieben nicht aus. Hiervon war vor allem Riga betroffen. Immer wieder wurden Papst und Kaiser als Vermittler eingeschaltet, was von den engen Verbindungen Livlands zu den zentralen Instanzen des mittelalterlichen Europa zeugt. So breitete sich in den Städten die Reformation, die nicht zuletzt die Position des Ordens und der Bischöfe infrage stellte, bereits zu Beginn der 1520er Jahre aus. Das Modell des in Königsberg residierenden Hochmeisters des Deutschen Ordens, Albrecht von Brandenburg-Ansbach, der 1525 evangelischer Herzog Preußens unter polnischer Lehnshoheit wurde, ließ sich kaum auf Livland übertragen, das eine viel sensiblere Machtbalance aufwies. Der livländische Ordensmeister Wolter von Plettenberg blieb Katholik, tolerierte aber den neuen Glauben, der in den Städten fest Fuß fasste.

In der Zwischenzeit entwickelte sich Litauen zu einer europäischen Großmacht. Großfürst Mindaugas, der aus Anlass seiner Krönung 1253 die katholische Taufe annahm, sie später jedoch wieder ablegte, gilt als Staatsgründer. Unter Großfürst Gediminas wurde 1321 Kiew erobert, und Vytautas der Große erreichte Ende des 15. Jahrhunderts das Schwarze Meer. Das litauische Heidentum provozierte ständige Konflikte mit dem Deutschen Orden, aber auch die vom Missionsgedanken inspirierten „Litauerreisen“ des europäischen Adels, die eigentlich „ritterliche“ Kriegszü-



ge waren. Das Versprechen der Taufe ermöglichte aber immer wieder auch Bündnisse mit den christlichen Nachbarn, nicht zuletzt mit dem Orden. 1385 kam es schließlich zur polnisch-litauischen dynastischen Union von Krewo: Großfürst Jogaila bestieg als König Władysław II. Jagiełło den polnischen Thron, um durch den Statusgewinn seine Macht in Litauen abzusichern. Im Gegenzug ließ er sein Land katholisch taufen.

Der vom Moskauer Zaren Iwan IV. entfachte Livländische Krieg von 1558 bis 1582/83 veränderte die Machtbalance der Region. Das mittelalterliche Livland hatte diesem Angriff nichts entgegensetzt, es fiel auseinander und suchte sich neue Schutzmächte. Nord-Estland fiel an Schweden, die Insel Saaremaa, zu Deutsch Ösel, an Dänemark. Polen-Litauen, das sich mit der Realunion von Lublin 1569 zu einem Wahlkönigtum gewandelt

hatte, sicherte sich Livland und Süd-Estland. Der letzte livländische Ordensmeister Gotthard Kettler begründete als polnischer Lehnsmann das Herzogtum Kurland. In weiteren Kriegen verlor Polen das Livland nördlich der Düna 1629 an Schweden.

In diese Zeit der Kriege fällt die Gründung von Universitäten. Im Zuge der Gegenreformation wurde 1579 ein Jesuitenkolleg in Vilnius, zu Deutsch Wilna, gegründet. Die daraus hervorgegangene Universität wurde zu einem bemerkenswerten kulturellen Zentrum in Polen-Litauen. Solange Livland polnisch war, waren die Jesuiten auch in Tartu und Riga tätig. Kurland und das westliche Livland blieben hingegen protestantisch. Nur im östlichen Teil Livlands, in Lettgallen, das weiterhin polnisch blieb, setzte sich der Katholizismus durch, der dort bis heute dominiert. Insgesamt war die polnisch-litauische Adelsrepublik multikonfessionell. So wurde Vilnius, das „Jerusalem des Nordens“, zu einem kulturellen Mittelpunkt des osteuropäischen Judentums.

In Tartu gründete die protestantische Vormacht Schweden 1632 ebenfalls eine Universität. Deren Wirkung blieb zunächst jedoch begrenzt. Allerdings genießt die schwedische Zeit gerade in

01 Für übergreifende Darstellungen zur baltischen Geschichte und weitere Literaturverweise siehe Norbert Angermann/Karsten Brüggemann, *Geschichte der Baltischen Länder*, Stuttgart (i. E.); Michael Garleff, *Estland, Lettland, Litauen vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, Regensburg 2001; Andreas Kasekamp, *A History of the Baltic States*, Basingstoke 2010.

Hinblick auf die Initiativen in der Bildungspolitik eine hohe Wertschätzung im Geschichtsbild der Esten und Letten. Der Staat schuf im späten 17. Jahrhundert jedoch höchstens die ideologischen Rahmenbedingungen, denn auch die Bauern sollten ja die Bibel verstehen. So entstanden in dieser Zeit erste Bibelübersetzungen ins Lettische und Estnische. Insgesamt waren es aber meist lokale Bemühungen um Armen- oder Bauernschulen, die Früchte trugen, bis sie im Großen Nordischen Krieg von 1700 bis 1721 verebbten.

Dieser Krieg verheerte die gesamte Region, führte zu einem dramatischen Bevölkerungsrückgang und veränderte erneut die Machtverhältnisse. Schweden verlor Est- und Livland, die sich dem russischen Zaren Peter dem Großen unterwarfen (*Karte*). Die beiden Ostseeprovinzen blieben zunächst jedoch weitgehend autonom unter der Verwaltung der Ritterschaften, denen die Kapitulationen äußerst vorteilhafte Privilegien gewährt hatten, unter anderem in Bezug auf Religion und Sprache.

Im 18. Jahrhundert lähmte sich Polen-Litauen innenpolitisch zusehends durch das Vetorecht im Adelsparlament selbst und geriet außenpolitisch unter den Druck seiner Nachbarn. Im Zuge der Teilungen des Landes 1772, 1791 und 1795 verlebte sich Russland auch Kurland und weite Teile Litauens ein (*Karte*). Damit waren erstmals die Siedlungsgebiete der Esten, Letten und Litauer nahezu vollständig unter einer Herrschaft vereint, nur einige Litauer lebten weiterhin in Ostpreußen („Kleinlitauen“). Für die Sankt Petersburger Politik handelte es sich jedoch weiterhin um deutlich voneinander geschiedene Gebiete: Während Est-, Liv- und Kurland als deutsch und protestantisch wahrgenommen wurden, galt in den litauischen Gebieten der polnische und katholische Einfluss als maßgeblich.

UNTER DEM ZEPTEP DER ZAREN

Die Esten, Letten und Litauer blieben hinter ihren deutschen und polnischen Herren nahezu unsichtbar. Nur die Litauer hatten im Mittelalter einen Adel ausgebildet, der sich seit dem späten 16. Jahrhundert jedoch zunehmend kulturell polonisiert hatte. Der Verlust des Staates hinterließ bei ihm einen leicht entflammbaren Groll gegenüber Sankt Petersburg. Der aus den Ordensvasallen hervorgegangene deutsche Adel der Ostseeprovinzen Est-, Liv- und Kurland wiederum hatte sich seine lokale Vormachtstellung in den Kapitulationen konfir-

mieren lassen, weshalb seine grundsätzliche Loyalität bis in den Ersten Weltkrieg hinein vorhielt.

Die Herausbildung der Gutswirtschaft schränkte seit dem 16. Jahrhundert nahezu in der ganzen Region die Rechte der Bauern sukzessive ein. Da im Russischen Reich Leibeigenschaft herrschte, wurde die Situation nach 1710 nicht besser. Gerade in den Ostseeprovinzen stieg die Abgabenlast der Bauern. Erst die mit der Aufklärung auch nach Russland gelangten humanistischen Ideen und die von Adam Smith vertretene Auffassung der Unproduktivität von Sklavenarbeit änderten die Haltung des deutschen Adels den Bauern gegenüber. Unter dem Druck Zar Alexanders I. wurden in den Jahren 1816 bis 1819 die Bauern in Est-, Liv- und Kurland zumindest rechtlich befreit, ohne jedoch Freizügigkeit oder gar eigenes Land zu erhalten. So blieben sie wirtschaftlich zunächst abhängig von den Gutsherren. In zum Gouvernement Wizebsk gehörenden Lettgallen und den litauischen Gebieten des Zarenreiches wurden die Bauern hingegen erst durch die reichsweite Reform 1861 befreit.

Die napoleonischen Kriege suchten vor allem die litauischen Gebiete und Kurland heim; Napoleons verlustreicher Rückzug lief über Vilnius. Nach dem Wiener Kongress 1814/15 sicherte Alexander I. neben dem seit 1809 russischen Großfürstentum Finnland auch dem Königreich Polen – nicht aber Litauen – weitgehende Autonomie zu. Der polnische Drang nach Unabhängigkeit ließ sich dadurch jedoch nicht besänftigen. Ein 1830 ausgebrochener Aufstand fand auch in Litauen breite Unterstützung, doch brachte dessen Niederschlagung auch hier die administrative Stärkung des russischen Elements: Russisch wurde Amtssprache, Russen gelangten in die höchsten Ämter.

1832 wurde die 1803 wieder eröffnete Universität Vilnius geschlossen, da sie als Zentrum des polnischen Einflusses auf Litauen galt. Damit blieb Litauen ohne akademischen kulturellen Mittelpunkt. In den Ostseeprovinzen wiederum übernahm diese Rolle die 1801 gegründete Universität Tartu, die in den folgenden Jahrzehnten dank ihrer Reputation als Vermittlerin deutscher Gelehrsamkeit auch in das Russische Reich ausstrahlte.

In den litauischen Gebieten wurde damals unterbrochen, was sich in den nördlichen Provinzen seit den 1820er Jahren entwickelt hatte: Ein von aufklärerischen und romantischen Idealen inspiriertes Interesse der gebildeten Schichten – hier vor allem der *Literati*, der Universitätsabsolventen deutscher Herkunft – an lokaler Geschichte und

bäuerlichen Traditionen. Zahlreiche gelehrte Gesellschaften beschäftigten sich intensiv mit Sprache und Kultur der Esten und Letten. Der ursprünglich archivarische Ehrgeiz hinter diesem Interesse, schließlich würden sich Esten und Letten früher oder später assimilieren, machte bald einem emanzipatorischen Impetus Platz, zumal sich mit der Zeit auch einige der wenigen estnischen und lettischen Gelehrten anschlossen. Als direktes Ergebnis dieser Zusammenarbeit darf Ende der 1850er Jahre die Schaffung des estnischen Epos „Kalevipoeg“ durch Friedrich Reinhold Kreutzwald, einem Gelehrten estnischer Herkunft, gelten.

Zugleich leitete das Aufkommen einer lettischen und estnischen Tagespresse das „nationale Erwachen“ ein. Zwar war dies keineswegs ein einheitlicher, linear verlaufender Prozess, wie ihn sich eine nationale Geschichtsschreibung nur allzu gerne vorstellt. Am Ende stand jedoch die unübersehbare Präsenz der Esten und Letten vor allem in kultureller Hinsicht: Neben der Presse entwickelten sich eine eigene Literatur, Musik und Kunst, die mit dem Bau von Theatern und Opernhäusern in den Hauptstädten das zuvor dominierende deutsche Kulturleben flankierten. Die nach deutschem Vorbild 1869 von den Esten und 1873 von den Letten erstmals organisierten nationalen Liederfeste wurden zu einer festen kulturpolitischen Institution, deren Tradition bis heute wachgehalten wird.

Eine Bevölkerungsexplosion führte dazu, dass die Bauern in die Städte zogen. Esten stellten in Tallinn bereits um 1870 mehr als die Hälfte der Einwohnerinnen und Einwohner, und die Letten machten in der baltischen Metropole Riga, die vor dem Ersten Weltkrieg über eine halbe Million Einwohner zählte, mehr als 40 Prozent aus. Die Industrialisierung der Städte, die dieses Wachstum partiell absorbierte, förderte auch die soziale und politische Diversifizierung der Bevölkerung. Zugleich wurden Bauern vermehrt zu Pächtern und Landbesitzern. Als die Esten 1904 in Tallinn erstmals die Lokalwahlen gewannen, war dies ein beunruhigendes Signal für all diejenigen, die an die Unveränderlichkeit der deutschen Dominanz glaubten.

Litauen war 1863/64 erneut in einen polnischen Aufstand gegen Russland verwickelt. Die auf dessen Niederschlagung folgenden Repressionen verhinderten eine ähnliche Entwicklung wie bei Esten und Letten. Das Verbot des Drucks litauischer Bücher in lateinischen Lettern, das bis 1904 in Kraft blieb, sollte zwar in erster Linie den pol-

nischen Einfluss verringern, denn der Druck der Sprache in Kyrilliza blieb erlaubt; doch schwächte es das Potenzial einer kulturellen Renaissance. Dafür entwickelte sich ein umfangreicher Bücherschmuggel aus Kleinlitauen, der zumindest partiell die Bedürfnisse befriedigte. Zeitversetzt gelangte die Idee einer nationalen Wiedergeburt jedoch auch in die litauischen Gebiete. Von einer nahezu vollständigen Alphabetisierung, die unter den protestantischen Esten und Letten die Rezeption der neuen Ideen des Nationalismus und Sozialismus förderte, waren die katholischen Litauer mit knapp 50 Prozent 1897 jedoch weit entfernt.

Die Ostseeprovinzen hatten nie eine vergleichbare Erfahrung mit russischen Repressionen machen müssen. Als sie in den 1840er Jahren von der europaweiten Hungerkrise getroffen wurden, traten gut 100 000 Esten und Letten zum „Zarenglauben“ über. Dies kam einer sozialen Revolution gleich, handelte es sich doch dabei um eine Flucht der Bauern aus der weiterhin bestehenden Abhängigkeit von deutschen Gütern und lutherischen Pastoraten. Selbst wenn weder Regierung noch Kirche auf die Konvertiten vorbereitet waren, war dies aus deutscher Sicht der Auftakt einer gezielten „Russifizierung“. Russische Eingriffe kulminierten in den 1880er Jahren, als unter dem neuen Zaren Alexander III. neben einigen administrativen Reformen Russisch als Amts- und Unterrichtssprache eingeführt wurde. Zwar wurden weder die Rolle der Lutherischen Kirche noch die Ritterschaften angegriffen, doch verhielt dieser Zentralisierungsdruck aus dem Imperium für viele Deutsche nichts Gutes, zumal an deren traditioneller Dominanz ja nun auch Esten und Letten rührten.

Die russische Revolution von 1905 machte deutlich, wie sehr die sozialen und ethnischen Unterschiede in der Region zu politischen Faktoren geworden waren. Einer Schätzung zufolge wurden 40 Prozent der deutschen Gutshäuser in den Ostseeprovinzen von Letten und Esten beschädigt. In Litauen kam es in erster Linie zu Gewalt gegen Symbole der russischen Zentralmacht. Die Liberalisierung der Gesellschaft nach dem Oktobermanifest von Zar Nikolaus II. führte auch in den Ostseeprovinzen und Litauen zur nun legalen Gründung von Parteien. Somit traten bürgerlich-nationale Parteien neben die illegalen sozialdemokratischen. Auch baltische Abgeordnete aller Nationalitäten partizipierten nun an der Demokratieerfahrung in der Sankt Petersburger Staatsduma.

Nach Beginn des Ersten Weltkrieges verkündeten Esten, Letten und Litauer vor der Duma ihre Loyalität, doch forderten sie als Gegenleistung für ihren Einsatz im Krieg breite Autonomie. Die Deutschen der Ostseeprovinzen wiederum erlebten scharfe Einschnitte in ihren Alltag, nachdem der öffentliche Gebrauch ihrer Muttersprache und ihre Vereine und Druckerzeugnisse verboten worden waren. Zwar kam es hier nicht wie in Moskau zu antideutschen Ausschreitungen, doch wurde ihre traditionelle Loyalität zum Zarenhaus auf eine harte Probe gestellt – gleichwohl dienten zahlreiche deutschbaltische Offiziere in der russischen Armee.

Bereits 1915 wurden Litauen und Kurland von deutschen Truppen besetzt. Hunderttausende flohen in das Innere des Reiches, wo lettische und litauische Hilfskomitees entstanden, die heute als wichtige Schule der Selbstverwaltung angesehen werden. Die Idee der Eigenstaatlichkeit blieb jedoch vor 1917 utopisch. Noch nach dem Sturz des Zaren ging es um nationale Autonomie in einem demokratischen Russland; erst die Machtübernahme der Bolschewiki Anfang November, die sich auch in Tallinn wiederholte – Riga war seit September von den Deutschen besetzt – ließ keine andere Wahl.

Alle drei Völker erklärten sich 1918 für unabhängig: Litauer und Esten im Februar, Letten im November. Als der Weltkrieg beendet war, setzte jedoch die Rote Armee zum Angriff an: Sie sollte die Revolution über die baltischen Staaten nach Europa tragen.

STAATSGRÜNDUNG UND STAATSVORLUST 1918–1940

Von den drei Staaten hatte das erst Anfang 1918 von den Deutschen besetzte Estland noch die günstigsten Startbedingungen. Der Angriff der Roten Armee, der in Riga zu einer bis Mai 1919 währenden sowjetlettischen Regierung führte, konnte bereits im Januar gestoppt werden. Im Mai trat in Tallinn eine demokratisch gewählte Nationalversammlung zusammen, die schon im Dezember ein Grundgesetz verabschiedete. Im Frieden von Tartu wurde im Februar 1920 der Krieg mit Sowjetrußland beendet. Lettland gelang dies im Frieden von Riga im August 1920.

Litauens Bürde war die Vilnius-Frage. Mit ihrer überwiegend polnischen und jüdischen Bevölkerung wurde die historische Hauptstadt zum Zankapfel mit Polen, das von der Wiederherstel-

lung des einstigen Großstaates träumte. Moskau hingegen erkannte in dem im Juli 1920 abgeschlossenen litauisch-sowjetischen Frieden Vilnius als litauische Hauptstadt an. Trotz eines Anfang Oktober vom Völkerbund vermittelten polnisch-litauischen Waffenstillstands marschierten am 9. Oktober polnische Truppen in Vilnius ein. Die litauische Regierung zog sich nach Kaunas zurück. Der diplomatische Konflikt mit Warschau lähmte die litauische Außenpolitik die gesamte Zwischenkriegszeit hindurch. Die litauische Besetzung des Memellandes 1923, das damals französisches Mandatsgebiet war, wurde zwar international als Kompensation für Vilnius hingenommen. Dass Kaunas seine Beziehungen zum Vatikan abbrach, nachdem dieser 1925 die polnische Jurisdiktion über die Diözese Vilnius anerkannt hatte, machte die litauische Isolation deutlich.

Alle drei Staaten gaben sich demokratische Verfassungen; Estland verzichtete gar auf ein Staatsoberhaupt und gab sich einen „Staatsältesten“ als Primus inter Pares in der Regierung. Während Estland und Lettland zunächst eher sozialdemokratisch wählten, dominierten im weniger industrialisierten Litauen die Christdemokraten. Die wirtschaftliche Umorientierung auf den europäischen Markt war nicht leicht. Durch zum Teil radikale Agrarreformen war bäuerlicher Kleinbesitz anstelle des Großgrundbesitzes geschaffen worden, der wirtschaftlich gestützt werden musste. Der Fokus auf landwirtschaftliche Qualitätsprodukte machte die drei Staaten jedoch zu Konkurrenten auf dem Markt.

Im Hinblick auf die Etablierung der nationalen Kulturen war die Unabhängigkeitszeit von unschätzbarem Wert: Estnisch, Lettisch und Litauisch wurden zu Sprachen der Bildung und der nationalen Politik. Ein eigenständiges Kulturleben entwickelte sich und fand internationale Anerkennung. Estland schrieb mit dem 1925 verabschiedeten Gesetz über die Kulturautonomie der Minderheiten Geschichte, da es jenen unter anderem ermöglichte, ein Schulwesen aus eigenen Mitteln aufzubauen.

Der antidemokratische Trend in Europa machte jedoch auch vor den baltischen Staaten nicht Halt. In Litauen kam es bereits 1926 nach einem Linksrück bei den Parlamentswahlen zu einem nationalistischen Putsch. In Estland und Lettland geschah dies erst 1934 und hing zumindest mittelbar mit den Folgen der Weltwirtschaftskrise zusammen. Die autoritären Regime, die in den drei Staaten er-

richtet wurden, waren keine totalitären Diktaturen, bedeuteten jedoch das Ende des Parlamentarismus und der bürgerlichen Freiheiten. Mit propagierter innenpolitischer Geschlossenheit wurde aber nur die außenpolitische Schwäche kaschiert.

Als sich die ideologischen Antipoden Hitler und Stalin im Herbst 1939 verbündeten, war das Schicksal der drei Staaten besiegelt, die nun zur „Interessensphäre“ des Kremls zählten. Ende September erpresste Moskau von Tallinn und Riga ultimativ die Erlaubnis zur Stationierung von Einheiten der Roten Armee (25 000 beziehungsweise 30 000 Mann). Den Litauern wurde für die Aufstellung von 20 000 Rotarmisten Vilnius überlassen, das den Sowjets im Zuge ihres Einmarsches in Ostpolen im September 1939 in die Hände gefallen war. Als Hitler im Juni 1940 in Paris einmarschierte, vollzog der Kreml die Annexion der drei Staaten. Flankiert von 400 000 einsatzbereiten Rotarmisten wurde ultimativ die Installation von moskaufreundlichen Regierungen verlangt. Sowjetische Emissäre inszenierten eine „sozialistische Revolution“ in den Hauptstädten. Im Juli fanden Pseudowahlen statt, durch die sich die lokalen Kommunisten – in Estland gab es nur 140 – legitimieren ließen. Anfang August traten drei neue Republiken der UdSSR bei.

SOWJETISCHES BALTIKUM

Sofort begann der Kreml, die alten gesellschaftlichen Strukturen zu zerstören. Zahlreiche Personen aus Politik, Militär und Wirtschaft wurden ermordet, Privatbesitz enteignet und die Medien auf den Stalinkult ausgerichtet. Der Terror erreichte am 14. Juni 1941 seinen Höhepunkt, als in lange vorbereiteten Massendeportationen von meist urbanen Eliten 10 000 „Volksfeinde“ aus Estland, gut 15 000 aus Lettland und 18 000 aus Litauen, darunter bis zu einem Drittel Kinder, in Arbeitsbataillone beziehungsweise nach Sibirien verbracht wurden. Ihre Überlebenschancen verschlechterten sich auch dadurch, dass sich das Land seit dem 22. Juni im Krieg mit NS-Deutschland befand.

Die Wehrmacht wurde angesichts des „schrecklichen“ Jahres 1940/41 bei ihrem Einmarsch mancherorts als Befreier begrüßt. Bis Ende August 1941 war das Gebiet der drei Sowjetrepubliken besetzt. Zu den ersten Opfern gehörte die baltische Judenheit, die bis Ende 1941 größtenteils ermordet wurde. Insgesamt geht man bis 1944 von 200 000 jüdischen Opfern in Litauen, 66 000 in Lettland und 950 in Estland aus. Dass 95 Pro-

zent der litauischen Juden, in Estland hingegen ein Viertel getötet wurden, hing vom Vormarschtempo der Wehrmacht ab. Im Laufe des Krieges fanden zudem Zehntausende mittel- und westeuropäische Juden auf baltischem Boden den Tod.

Die Hoffnung der Baltinnen und Balten auf die Restitution ihrer Unabhängigkeit erfüllte sich nicht. Ihre Länder wurden für den Krieg ausgeschlachtet und sie selbst für den Kriegseinsatz mobilisiert – wenn auch zunächst nicht an der Waffe. Erst ab 1943 wurden sie auch in Einheiten der Waffen-SS eingezogen („Nichtgermanen“ durften nicht in der Wehrmacht kämpfen). Erste Werbekampagnen hatten jedoch wenig Erfolg. Erst 1944, als die Rote Armee die Grenzen überschritt, erhielten die deutschen Verbände größeren Zulauf. Insgesamt kämpften gut 50 000 Esten und über 100 000 Letten in der Waffen-SS, oft genug gegen ihre Landsleute, die 1941 in die Rote Armee zwangsmobilisiert worden waren. Die Rekrutierung von Litauern gaben die Deutschen indes bereits 1943 auf, nachdem der nationale Widerstand dort zum Boykott aufgerufen hatte.

Bis September 1944 wurden die baltischen Hauptstädte von der Roten Armee wieder eingenommen. Während der „Großen Flucht“ gelangten Hunderttausende über die Ostsee oder den Landweg nach Westen. Die Länder hatten zudem auch ihre nationalen Minderheiten verloren: Die Juden, Russen, Polen und Roma waren vernichtet, die Deutschen 1939/40 umgesiedelt und die Estlandschweden repatriert worden. Kaum je in ihrer Geschichte waren die baltischen Staaten ethnisch so homogen wie zu diesem Zeitpunkt. Wer in der Heimat geblieben war, geriet jedoch im Stalinismus von vorneherein unter den Verdacht der Kollaboration.

Nach der Rückeroberung setzte sich der Prozess der Sowjetisierung fort. Der bewaffnete Widerstand der „Waldbrüder“ währte vor allem in Litauen bis in die frühen 1950er Jahre. Da die Sowjetmacht auf dem Lande schwach war, schon weil es an sprachkundigen Kadern fehlte, wurde die Kollektivierung der Landwirtschaft erst ab 1947 forciert. Zu deren Unterstützung kam es im März 1949 zu einer zweiten Massendeportation, von der 21 000 Menschen aus der Estnischen Sozialistischen Sowjetrepublik (SSR), 42 000 aus der Lettischen SSR und 33 000 aus der Litauischen SSR erfasst wurden. Ende des Jahres war die Kollektivierung in Estland und Lettland nahezu abgeschlossen – nach weiteren Deportationen 1952 auch in Litauen.

Beim Tod Stalins 1953 waren die drei Republiken befriedet, aber kaum loyal. Unter Nikita Chruschtschow, bis 1964 Vorsitzender der KPdSU, kehrten die Deportierten aus dem Gulag zurück, und es kam zu einer weitgehenden Entspannung. Wohnungsbauprogramme und Investitionen in die Konsumgüterindustrie führten zu einem bescheidenen Anstieg des Lebensstandards, es entstanden auch mehr Freiräume für die nationalen Kulturen. Der „Eiserne Vorhang“ wurde durchlässiger, sowohl für Touristen und Schmuggelgut als auch für westliche Radiostationen beziehungsweise in Nordestland das finnische Fernsehen.

In den 1970er Jahren hatten sich Esten, Letten und Litauer so gut es ging eingerichtet. Der Protest auf der Alltagsebene, zum Beispiel das Zeigen der nationalen Farben, erreichte keine regimegefährdenden Dimensionen. Politischer Protest blieb die Ausnahme: 1979 wandte sich ein kleines interbaltisches Netzwerk aus Anlass des 40. Jahrestages des Hitler-Stalin-Paktes an die Vereinten Nationen; es wurde bald darauf vom KGB zerschlagen.

Besorgniserregend war der Zustrom von Bürgerinnen und Bürgern aus dem Inneren der UdSSR vor allem in die industrialisierten Regionen der Estnischen und der Lettischen SSR, wodurch der Anteil der Titularbevölkerungen bis 1989 auf gut 61 beziehungsweise 52 Prozent sank. Auf lange Sicht drohte daher der Verlust des Republikstatus, der der eigenen Sprache und Kultur einen gewissen Schutz garantierte. Demgegenüber konnte in Litauen der Arbeitskräftebedarf der Industrialisierung durch die eigene Bevölkerung gedeckt werden; bis 1989 blieb der Anteil der Litauer in ihrer Republik bei knapp 80 Prozent.

Unter Michail Gorbatschow als KPdSU-Chef änderte sich ab 1985 das Verhältnis zwischen Zentrum und Peripherie. Nun begannen baltische Aktivist:innen, den Kreml mit ihrer eigenen Agenda zu konfrontieren. 1987 konnten durch öffentliche Proteste gigantische Industrieprojekte in Estland und Lettland verhindert werden. Bald schon gingen die Teilnehmerzahlen bei Demonstrationen zu bestimmten historischen Daten (Staatsgründung, Hitler-Stalin-Pakt, Deportationen) in die Tausende. Die von Estland ausgehende „Singende Revolution“ brachte 1988 Hunderttausende zum Singen von Protest- und patriotischen Liedern zusammen, wodurch ganz generell die Furcht überwunden wurde.

Um die Kritik politisch zu kanalisieren, gründeten sich 1988 nach estnischem Vorbild Volksfronten, die aus dem Stand lokale Wahlen gewannen

und damit das politische Monopol der kommunistischen Parteien brachen. Estland preschte Ende 1988 vor und erklärte sich für souverän: Republikrecht stand nun über Unionsrecht. Da Moskau dies als Provokation ansah, blieb es für die folgenden fast drei Jahre beim politischen Patt. Während der Ostblock auseinanderfiel und Deutschland zusammenfand, war für Gorbatschow jegliche Änderung am innersowjetischen Status quo tabu. Um den Generalsekretär zu stützen, blieb eine offizielle westliche Unterstützung für die baltischen Staaten selbst nach der „Baltischen Kette“ aus, als am 23. August 1989 aus Anlass des 50. Jahrestages des Hitler-Stalin-Paktes eine Menschenkette Tallinn mit Riga und Vilnius verband. Als Litauen sich im März 1990 für unabhängig erklärte, reagierte der Kreml mit einer Wirtschaftsblockade. Die nun lancierte Idee eines neuen Unionsvertrags wurde von den drei Republiken abgelehnt.

Erst blutige Auseinandersetzungen auf den Straßen von Vilnius und Riga im Januar 1991, als sowjetische Einheiten die Telekommunikationszentren und Regierungsgebäude stürmten, ließen die westliche Strategie bröckeln. Die Entscheidung musste aber in Moskau fallen. So bot erst der Putsch in Moskau im August 1991 den drei Republiken die Chance für den Absprung. Die internationale Anerkennung der Unabhängigkeit Estlands, Lettlands und Litauens folgte nun auf dem Fuß. Da zahlreiche Staaten, allen voran die USA, die Annexion durch die UdSSR nie anerkannt hatten, handelte es sich dabei um die Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen. Zu Recht haben sich daher baltische Diplomaten Anfang 2017 öffentlich dagegen ausgesprochen, dass die drei baltischen Staaten in deutschen Medien als Nachfolgestaaten der UdSSR bezeichnet werden, da sie dieser nie freiwillig beigetreten seien. Andererseits waren sie faktisch natürlich Teil der Sowjetunion – und haben trotz dieses Erbes nur 13 Jahre gebraucht, um von NATO und EU aufgenommen zu werden. Dieser rasche Erfolg war 1991 keineswegs abzusehen.

KARSTEN BRÜGGEMANN

ist Professor für Estnische und Allgemeine Geschichte an der Universität Tallinn sowie zweiter Vorsitzender der Baltischen Historischen Kommission.
karsten.bruggemann@flu.ee

DREI LÄNDER, DREI WEGE IN DIE DEMOKRATIE

Sigita Urdze

Estland, Lettland und Litauen werden häufig als Einheit wahrgenommen. Dies entspricht jedoch nur bedingt der Selbstwahrnehmung der drei baltischen Staaten. Die vermeintliche Einheit oder auch Einheitlichkeit ergibt sich in erster Linie aus ähnlich verlaufenen Entwicklungen in der jüngeren Geschichte. Bei näherem Hinsehen wird jedoch deutlich, dass auch diese Parallelen einige zentrale Unterschiede aufweisen – Unterschiede, die wiederum starke Auswirkungen auf heutige Gegebenheiten haben. Ziel dieses Beitrags ist es, dies entlang innenpolitischer Entwicklungslinien in Estland, Lettland und Litauen zu verdeutlichen.

HISTORISCHE WURZELN HEUTIGER UNTERSCHIEDE

Die historischen Parallelen in der Entwicklung der drei baltischen Staaten verdichteten sich mit der Wende zum 20. Jahrhundert und dem „nationalen Erwachen“, das 1918 in die Schaffung unabhängiger Staaten mündete.⁰¹ Während des Zweiten Weltkrieges wurden Estland, Lettland und Litauen kurz nacheinander zunächst von der Sowjetunion besetzt und annektiert, 1941 durch die deutsche Heeresgruppe Nord erobert, um 1944 erneut an die Sowjetunion zu fallen. Während der deutschen Besetzung wurden massenhaft Jüdinnen und Juden ermordet, unter sowjetischer Herrschaft wurden große Bevölkerungsteile nach Sibirien deportiert oder flohen nach Westen. In allen drei Staaten, am stärksten jedoch in Litauen, leisteten noch bis in die 1950er Jahre die sogenannten Waldbrüder bewaffneten Widerstand gegen die sowjetische Besatzung. Bis heute ist die Erinnerung an den Anschluss an die Sowjetunion in den drei Ländern sehr lebendig und prägt die Beziehungen zum großen Nachbarn Russland.⁰²

Der Anschluss an die Sowjetunion brachte für Estland, Lettland und Litauen im wirtschaftlichen Bereich die Kollektivierung der Landwirtschaft

und eine verstärkte Industrialisierung mit sich, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß, was sich nach wie vor auf die drei Gesellschaften auswirkt. In Estland und Lettland, die bereits in der Zwischenkriegszeit stärker industrialisiert gewesen waren als Litauen, wurde die Industrialisierung nachdrücklicher gefördert als im eher landwirtschaftlich geprägten Litauen. Zwar lag der Lebensstandard gemessen am Prokopfeinkommen in allen drei Ländern über dem sowjetischen Durchschnitt; in Litauen lag er 1968 jedoch nur 15 Prozent darüber, während er in Lettland und Estland um 42 beziehungsweise 44 Prozent höher war.⁰³

Mit der Industrialisierung ging insbesondere in Estland und Lettland ein massenhafter Zuzug von Arbeitskräften aus anderen Sowjetrepubliken einher. Zwar wiesen alle drei baltischen Staaten auch historisch große ethnische Minderheiten auf. Das starke Ausmaß der Zuwanderung führte jedoch zu gravierenden Verschiebungen in der ethnischen Bevölkerungszusammensetzung: So verdreifachten sich in Estland und Lettland bis 1989 die Bevölkerungsanteile ethnischer Russinnen und Russen auf etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerungen,⁰⁴ während der Bevölkerungsanteil von Esten beziehungsweise Letten, der bereits durch die enormen Verluste während des Zweiten Weltkrieges drastisch gesunken war, weiter abnahm und 1989 bei 62 beziehungsweise 52 Prozent lag.⁰⁵ In der lettischen Hauptstadt Riga waren Letten zu einer Minderheit geworden.

Ein anderes Bild bot sich hingegen in Litauen: Hier nahm der Anteil ethnischer Russen prozentual zwar ebenfalls deutlich zu, der Anteil von Litauern an der Bevölkerung blieb jedoch nahezu unverändert. Entsprechend war das kommunistische Regime in Litauen auch stärker von einheimischen Protagonisten getragen als in Estland und Lettland, wo die Funktionäre mehrheitlich Russen waren.

Bei der Beherrschung der jeweils anderen Sprache bestanden starke Unterschiede sowohl

zwischen Esten, Letten und Litauern einerseits als auch zwischen Zugewanderten andererseits: 1989 gaben rund 66 Prozent der Letten, 38 Prozent der Litauer und 34 Prozent der Esten an, Russisch gut zu beherrschen; umgekehrt gaben von den in den jeweiligen Ländern lebenden Russen 21 Prozent an, gut Lettisch zu sprechen, und 14 beziehungsweise 34 Prozent, gut Estnisch beziehungsweise Litauisch zu können.⁰⁶ Die Veränderungen der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerungen wirkten sich nach 1991 auf die Minderheiten- und Sprachenpolitik sowie auf die Parteienlandschaften Estlands und Lettlands einerseits sowie Litauens andererseits aus.⁰⁷

GLEICHE ZIELE, ANDERE GESCHWINDIGKEITEN

Mit Glasnost und Perestroika gingen ähnliche Entwicklungen in den drei baltischen Staaten einher. Dennoch unterschieden sich die Unabhängigkeitsbewegungen zum Teil voneinander: Zwar bildeten sich in allen drei Ländern „Volksfronten“, in denen sich jeweils nicht nur Esten, Letten beziehungsweise Litauer engagierten, sondern auch Angehörige der Minderheiten. In Estland und Lettland entstanden zusätzlich sogenannte Bürgerkongresse, die insbesondere in Estland Personen, die zu Sowjetzeiten zugezogen waren, als illegale Immigranten betrachteten und ihnen das Recht absprachen, die Zukunft des Landes mitzugestalten.

Zudem beschritten die drei Staaten den Weg zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit nicht im selben Tempo: Die anfänglichen „Kalenderdemonstrationen“, bei denen das Erinnern an historisch bedeutsame Daten mit Protestaktionen verbunden wurde, erfuhren in Lettland die

stärkste Unterstützung; Estland erklärte sich als erstes souverän; Litauen war der erste erneut unabhängige baltische Staat. Vollständig wiederhergestellt wurde die Unabhängigkeit aller drei Staaten im August 1991 nach dem Putsch in Moskau und der kurz darauf erfolgten Anerkennung der Unabhängigkeit Estlands, Lettlands und Litauens durch die internationale Gemeinschaft.⁰⁸ Dieses Motiv – das Verfolgen derselben Ziele in unterschiedlichen Geschwindigkeiten – findet sich auch nach 1991 wieder.

Seit der Wiederherstellung der Unabhängigkeit tritt die Verschiedenheit der drei baltischen Staaten wieder deutlicher hervor. Außenpolitisch kommen – jenseits der allen drei gemeinsamen angespannten Beziehungen zu Russland – die sprachlichen Unterschiede sowie die historische Verbundenheit mit unterschiedlichen Partnern zum Tragen: Estland und Lettland sind eng mit den skandinavischen Staaten verbunden, Estland insbesondere mit Finnland; hinzu kommt eine starke Orientierung beider Länder in Richtung Deutschland. Litauen ist trotz wiederholter Spannungen vor allem mit Polen eng verbunden.

Die Ziele des NATO- sowie EU-Beitritts waren allen drei Staaten zwar sehr früh gemeinsam. Jedoch schritten die Vorbereitungen insbesondere auf den EU-Beitritt nicht im gleichen Tempo voran. So nahm die EU bereits 1998 Beitrittsverhandlungen mit Estland auf, mit Lettland und Litauen erst zwei Jahre später. Der Beitritt aller drei Staaten erfolgte wiederum gleichzeitig zum 1. Mai 2004, während der Euro hingegen zu unterschiedlichen Zeitpunkten eingeführt wurde: in Estland 2011, in Lettland 2014, in Litauen 2015.

Innenpolitisch sahen sich die drei Staaten in den 1990er Jahren aber zunächst grundlegenden Fragen gegenüber – allen voran zur Verfassung und zum Kreis ihrer Staatsangehörigen. Mit diesen Fragen befasste sich jeweils der „Oberste Rat“, der bereits 1990 als „Oberster Sowjet“ gewählt worden war. In allen drei Staaten hatten Befürworter der Unabhängigkeit diese Wahl gewonnen, wobei sie vielfach Unterstützung aus der russischsprachigen Bevölkerung erhalten hatten.

Die Frage der Verfassung war in Lettland am einfachsten zu lösen: Dort wurde 1993 die Verfassung der Zwischenkriegszeit trotz Diskussionen über eine neu zu formulierende „moderne“

01 Zur Geschichte der Region siehe auch den Beitrag von Karsten Brüggemann in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

02 Siehe auch die Beiträge von Eva-Clarita Pettai und Kai-Olaf Lang in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

03 Vgl. Romuald Misiunas/Rein Taagepera, *The Baltic States. Years of Dependence 1940–1990*, London 1993, S. 185.

04 Ukrainer und Belarussen neigten in der Sowjetunion außerhalb ihrer eigenen Sowjetrepubliken stark zur Assimilation mit Russen, sodass der Anteil Russischsprachiger nochmals höher lag.

05 Vgl. Goskomstat der UdSSR, *Nationale Zusammensetzung der Bevölkerung der UdSSR nach der All-Union Volkszählung von 1989*, Moskau 1991, S. 15 ff.

06 Vgl. ebd., eigene Berechnungen.

07 Siehe auch den Beitrag von Ada-Charlotte Regelman in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

08 Vgl. ebd.

Verfassung nach einer Übergangsphase vom neu gewählten Parlament wieder vollständig in Kraft gesetzt. Zwar hatte sich in der Zwischenkriegszeit in Lettland ebenso wie in Estland und Litauen nach einer anfänglichen demokratischen Phase ein autoritäres Regime etabliert, doch war hier bis zum Anschluss an die Sowjetunion die demokratische Verfassung nicht durch eine autoritäre ersetzt worden. Der zunächst fehlende Grundrechteteil, der bei der ursprünglichen Verabschiedung der Verfassung 1922 aus formalen Gründen nicht angenommen worden war – ein zentraler Kritikpunkt aus westlicher Sicht –, wurde 1998 in die Verfassung aufgenommen.

In Estland und Litauen wurden die ursprünglichen demokratischen Verfassungen jeweils kurzfristig in Kraft gesetzt, um dennoch die rechtliche Kontinuität zur Zwischenkriegszeit zu wahren, und anschließend unmittelbar durch neue Verfassungen ersetzt.⁰⁹

HERAUSFORDERUNG VIELFALT

Bei der Staatsangehörigkeitsfrage beschritten Estland und Lettland einerseits und Litauen andererseits sehr unterschiedliche Wege. In Litauen wurde bereits 1989 die Staatsangehörigkeit nahezu allen ständigen Einwohnerinnen und Einwohnern Litauens zugesprochen. In Estland und Lettland hingegen war angesichts des großen Anteils der russischsprachigen Bevölkerung die Angst um den Fortbestand der eigenen Kultur und Sprache groß. Daher wurden dort unter dem Einfluss der national orientierten Bürgerkongresse sehr restriktive Staatsangehörigkeitsrechte angenommen. Diese machten es Zugewanderten nahezu unmöglich, die estnische beziehungsweise lettische Staatsbürgerschaft zu erhalten. Dies stieß international auf viel Kritik und begünstigte durch die damit einhergehende Frustration von zum Teil langjährigen Einwohnern Estlands beziehungsweise Lettlands eine innergesellschaftliche Spaltung, die noch immer besteht.

Überwiegend als Folge äußeren Drucks und insbesondere im Rahmen des EU-Beitrittspro-

zesses wurde das Staatsangehörigkeitsrecht in beiden Ländern reformiert. Mittlerweile wird den entsprechenden Gesetzgebungen Estlands und Lettlands zwar attestiert, keine Minderheiten mehr systematisch auszuschließen. Doch nach wie vor gibt es in beiden Ländern eine hohe Zahl von Staatenlosen. Für viele Betroffene scheint der Anreiz nicht hoch genug zu sein, das Einbürgerungsverfahren zu durchlaufen.¹⁰

Gefördert wird die Estland und Lettland prägende Spaltung der Gesellschaft durch nach wie vor bestehende Sprachbarrieren. Zwar nahmen beide Staaten zusätzlich zum restriktiven Staatsangehörigkeitsrecht zunächst auch eine rigide Sprachenpolitik an, die der Verbesserung der Estnisch- beziehungsweise Lettischkenntnisse unter den Angehörigen von Minderheiten dienen sollte. Gleichwohl sind diese Sprachkenntnisse bei großen Teilen der Bevölkerung noch immer schwach ausgeprägt. Dies wiederum hat Auswirkungen auf den Medienkonsum von Esten und Letten einerseits und Russischsprachigen andererseits.

Sowohl die Presse- als auch die Fernsehlandschaften der baltischen Staaten haben sich seit dem Ende der Sowjetunion stark weiterentwickelt und immer mehr an westlichen Medien orientiert. Die jeweiligen russischsprachigen Bevölkerungsteile konsumieren jedoch überwiegend entweder russischsprachige Medien aus dem Baltikum oder aber Medien aus Russland. Beide sind stark dem sowjetischen Medientypus verhaftet. So wird unter anderem häufig nicht zwischen Berichterstattung und Kommentar getrennt, hinzu kommen wieder zunehmend propagandistische Züge. Daher kommt es häufig zu einer sehr unterschiedlichen Einschätzung politischer Entwicklungen durch die Titularbevölkerungen einerseits und die russischsprachige Bevölkerung andererseits. Besonders deutlich wurde dies etwa an der Beurteilung des Ukraine Konflikts 2014.¹¹

10 Vgl. Timm Beichelt, *Demokratie und Konsolidierung im postsozialistischen Europa*, in: Petra Bendel et al. (Hrsg.), *Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen*, Wiesbaden 2002, S. 183–198; Rainer Bauböck et al. (Hrsg.), *Access to Citizenship and Its Impact on Immigrant Integration. European Summary and Standards*, Florenz 2013.

11 Vgl. Rudīte Spakovska et al., *Is There a Life After the Crisis? Analysis of the Baltic Media's Finances And Audiences (2008–2014)*, Riga 2014.

09 Siehe Magdalena Solska, *Estonia*, in: Anna Fruhstorfer/ Michael Hein (Hrsg.), *Constitutional Politics in Central and Eastern Europe. From Post-Socialist Transition to the Reform of Political Systems*, Wiesbaden 2016, S. 389–409; Sigita Urdze, *Lithuania*, in: ebd., S. 439–461; dies., *Latvia*, in: ebd., S. 411–437.

ETHNISCH GESPALTENE PARTEIENLANDSCHAFTEN?

In allen drei baltischen Staaten beeinflussen ethnische Fragen auch die Politik, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß. In Estland und Lettland sind sie ein wichtiger Faktor für den Ausgang von Parlamentswahlen und prägen dementsprechend die Parteienlandschaften. In Estland waren sie zeitweise zwar in den Hintergrund gerückt, haben aber mit dem Ukraine Konflikt wieder an Bedeutung gewonnen. Zu nennen ist hierbei insbesondere die Estnische Zentrums Partei, die ursprünglich auf die Volksfront zurückgeht, im Laufe der Jahre aber zunehmend eine prorussische Orientierung angenommen hat. Bei der Parlamentswahl 2015 gewann sie nach einem Wahlkampf, in dem die Ukraine Krise ein wichtiges Thema gewesen war und ihr Parteivorsitzender, Edgar Savisaar, gegen einen Konfrontationskurs gegenüber Russland geworben hatte, mehr als ein Viertel der Sitze im Parlament.

In Lettland lassen sich mehrere Parteien der ethnischen Spaltung zuordnen: der auf den Bürgerkongress zurückgehende prolettische Parteienzusammenschluss Nationale Vereinigung „Alles für Lettland!“ – Für Vaterland und Freiheit/ Lettlands Nationale Unabhängigkeitsbewegung, mit Einschränkungen der Bund der Grünen und Bauern sowie die prorussische Sozialdemokratische Partei Harmonie. Auf diese drei Parteien zusammen entfielen bei der Parlamentswahl 2014 fast zwei Drittel aller Mandate. Nicht mehr im Parlament Lettlands, dafür aber seit 2004 durchgehend im Europäischen Parlament vertreten, ist die Union der Russen Lettlands.

Die ethnische Spaltung spiegelt sich sowohl in Estland als auch in Lettland in der geografischen Verteilung der Wahlergebnisse wider. Die Estnische Zentrumsunion ist im Nordosten Estlands am stärksten, in dem fast drei Viertel der Bevölkerung angeben, ethnische Russen zu sein. Stark ist sie ebenfalls in und um die Hauptstadt Tallinn, wo ethnische Russen rund ein Drittel der Bevölkerung ausmachen. In Lettland ist die prorussische Partei Harmonie wiederum in und um die Hauptstadt Riga am stärksten sowie im Osten des Landes, wo jeweils etwas mehr als ein Drittel der Bevölkerung ethnische Russen sind. Potenziell verstärkt wird die Bedeutung ethnischer Fragen für das politische System in beiden Staaten paradoxerweise durch die steigende Zahl an Einbürgerungen, da hierdurch immer mehr ethnische Russen das Wahlrecht erhalten.

In Litauen ist die gesellschaftliche Spaltung wesentlich schwächer als in Estland und Lettland. In die Politik wirken ethnische Fragen vor allem durch die Wahlaktion der Polen Litauens hinein sowie mit starken Einschränkungen durch die Union der Russen Litauens, die sich für die Europawahlen 2004 und 2014 unter dem Motto „Gemeinsam sind wir stark“ zu einer Koalition zusammenschlossen. Zwar ist die Minderheitengesetzgebung in Litauen deutlich liberaler als in Estland und Lettland. Dennoch hat es die Wahlaktion der Polen Litauens geschafft, sich mit Forderungen nach einer Ausweitung der Minderheitenrechte entlang der ethnischen Spaltung erfolgreich als Partei zu etablieren. In Parlamentswahlen erzielt die Partei im Südosten des Landes, in dem der Großteil der ethnischen Polen lebt, regelmäßig Werte, die deutlich über dem Landesdurchschnitt liegen. Dadurch ist die Partei seit 1992 durchgängig im Parlament vertreten, zum Teil allerdings nur über Direktmandate. Bei der Wahl im Herbst 2016 gewann sie acht der insgesamt 141 Sitze. Der Union der Russen Litauens hingegen ist es nicht gelungen, sich erfolgreich als Vertreterin der Interessen ethnischer Russen in Litauen zu etablieren. Sie war bisher nicht im litauischen Parlament vertreten.

Das litauische Parteiensystem weist im Vergleich zu den Parteiensystemen der anderen beiden baltischen Staaten eine weitere Besonderheit auf: Es ist dasjenige, in dem sich eine sozialdemokratische Partei am stärksten etablieren konnte. Diese geht unter anderem auf die Kommunistische Partei Litauens zurück, doch aufgrund des vergleichsweise großen Anteils von ethnischen Litauern in der Kommunistischen Partei während der Sowjetzeit wird diese weniger mit Fremdherrschaft in Verbindung gebracht als in Estland und Lettland.¹²

Strukturell weisen die Parteiensysteme der drei baltischen Staaten jedoch Gemeinsamkeiten auf: Denn sie sind noch stark in Bewegung, und vor allem in Lettland kommt es immer wieder zu Umbenennungen, Zusammenschlüssen und Neugründungen von Parteien, die rasch politisch einflussreich wer-

¹² Vgl. Juris Rozenvalds, *Baltische Staaten und ihre Gesellschaften nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: Michèle Knodt/Sigita Urdze (Hrsg.), *Die politischen Systeme der baltischen Staaten. Eine Einführung*, Wiesbaden 2012, S. 55–74, hier S. 63. Zu den Parteiensystemen im Detail Algis Krupavičius, *Fluide Parteiensysteme in den baltischen Staaten*, in: ebd., S. 217–239.

den. Auch in Estland gelang es der erst im Herbst 2014 gegründeten Estnischen Freien Partei, bei der Parlamentswahl im März 2015 mit 8,7 Prozent der Stimmen ins Parlament einzuziehen, und bei der Parlamentswahl im Herbst 2016 in Litauen erhielt der Bund der Bauern und Grünen, der bei der vorangegangenen Wahl noch auf 3,9 Prozent der Stimmen gekommen war, mit 21,5 Prozent der Stimmen die meisten Sitze im Parlament.

ZUM STAND DER DEMOKRATIE

Ein Vierteljahrhundert nach ihrer Unabhängigkeit sind Estland, Lettland und Litauen stabile Demokratien. Zwar zeichnen sie sich nach wie vor durch häufige Regierungswechsel aus, meist bedingt durch das Auseinanderbrechen von Koalitionen,¹³ und die Parteien gelten unter großen Teilen der Bevölkerung als korrupt.¹⁴ Aber die Staatsoberhäupter, die Präsidenten, haben sich den Ruf einer hohen Integrität erarbeitet. Dies gilt sowohl für die direkt gewählten Präsidenten Litauens als auch für die indirekt gewählten Präsidenten Estlands und Lettlands. In Lettland und Litauen ist es jeweils eine Frau, die in der Bevölkerung besonders hohes Ansehen erlangt hat: die ehemalige lettische Präsidentin Vaira Vīķe-Freiberga und die amtierende litauische Präsidentin Dalia Grybauskaitė.¹⁵ Beide sind die Amtsinhaberinnen mit der jeweils längsten Amtsdauer. Estland hat mit Kersti Kaljulaid seine erste weibliche Präsidentin seit Oktober 2016.

Laut dem Demokratie-Index von Freedom House, bei dem unter Einbeziehung einer Vielzahl von Indikatoren zu den zwei Dimensionen politische Rechte und Bürgerrechte auf Abstufungen zwischen „freien“ und „nicht freien“ Staaten unterschieden wird, begannen Estland, Lettland und Litauen ihren demokratischen Transformationsprozess als freie Staaten und steigerten den Grad ihrer Freiheit schrittweise.¹⁶ Während Freedom

House bei diesem Index seit 2005 in Estland und Litauen keine gravierenden Mängel im Bereich der Demokratie mehr feststellt, werden seit 2007 in Lettland durchaus wieder einige entsprechende Defizite verzeichnet. Der ebenfalls von Freedom House veröffentlichte Indikator „Nations in Transit“ attestiert auch Litauen größere Mängel.¹⁷ So gehöre die hohe Korruption nach wie vor zu den bedeutendsten Problemen der beiden Staaten. Regelmäßig wird gegenüber namhaften Politikerinnen und Politikern der Korruptionsverdacht geäußert. Eine besonders schillernde Figur in diesem Zusammenhang ist der langjährige Bürgermeister der lettischen Stadt Ventspils, Aivars Lembergs, gegen den mehrfach Anklage erhoben wurde und dessen Name auch in den Panama Papers auftaucht.¹⁸

Ein weiterer Kritikpunkt, der – wenngleich in geringerem Maße – auch Estland betrifft, ist die fehlende Toleranz gegenüber der Gruppe der LGBT.¹⁹ So gehören die baltischen Staaten innerhalb der EU zu den Ländern, in denen gegenüber dieser Gruppe die größten Vorbehalte geäußert werden.²⁰ Und schließlich gerät auch der Medien-sektor in Lettland und Litauen in den Fokus: Mit Blick auf Lettland wird nach Vorfällen wie der Entlassung des Vorsitzenden des Nationalen Rates der elektronischen Massenmedien, Einārs Dīmanis, durch das Parlament 2015 eine politische Einflussnahme auf die Medien beklagt. Mit Blick auf Litauen bezieht sich die Kritik wiederum auf die Besitzstruktur im Medienbereich. Hier wird das Fehlen einer rechtlichen Begrenzung der Konzentration von Medien bemängelt.²¹

SIGITA URDZE

ist promovierte Politologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt.
urdze@pg.tu-darmstadt.de

13 Seit 1991 hatte Estland 16 Regierungen, die von zehn unterschiedlichen Premierministern geleitet wurden; in Lettland wurden 20 Regierungen von 13 Premierministern geführt; und Litauen hatte 17 Regierungen und 15 Premierminister.

14 Vgl. Eurobarometer, Corruption. Report, Brüssel 2014.

15 Siehe etwa Central Electoral Commission of the Republic of Lithuania, Elections by Type, www.vrk.lt/en/pagal-rusi; o. A., Pēc Latvijas iedzīvotāju aptaujas, in: Latvijas Vēstnesis, 21.3.2002, www.vestnesis.lv/ta/id/60493.

16 Freedom House, Freedom in the World Country Ratings 1972–2015, Washington D.C. 2016.

17 Vgl. Freedom House, Nations in Transit 2016. Europe and Eurasia Brace for Impact, Washington D.C. 2016.

18 Vgl. o. A., Latvian Public Figures Feature in Panama Papers, 7.4.2016, www.baltictimes.com/latvian_public_figures_feature_in_panama_papers.

19 Lesbian, Gay, Bisexual, Trans.

20 Europäische Kommission, Discrimination in the EU in 2015, Special Eurobarometer 437, Brüssel 2015, S. 51.

21 Vgl. Hille Hinsberg/Janne Matt/Rauno Vinni, Nations in Transit. Estonia, Washington D.C. 2016; Karlis Bukovskis/Andris Sprūds, Nations in Transit. Latvia, Washington D.C. 2016; Mažvydas Jastramskis, Nations in Transit. Lithuania, Washington D.C. 2016.

MINDERHEITENINTEGRATION IN DEN BALTISCHEN STAATEN

Eine Frage der Sprache?

Ada-Charlotte Regelmann

Im europäischen Kontext der Nationalstaaten sind die baltischen Staaten eher ungewöhnlich: Etwa 38 Prozent der lettischen, 31 Prozent der estnischen und 13 Prozent der litauischen Bevölkerung gehören ethnischen Minderheiten an, die größtenteils russischsprachig sind.⁰¹ Dies stellt die drei Länder mit Blick auf die langfristige gesellschaftliche Integration vor große Herausforderungen. Mehrfach haben damit zusammenhängende politische Kontroversen in den Jahren seit der Unabhängigkeit Estlands, Lettlands und Litauens von der Sowjetunion 1991 für Beunruhigung in der Region gesorgt und Misstrauen zwischen Minderheiten und Mehrheitsbevölkerungen beziehungsweise den staatlichen Ebenen geschürt, und immer wieder war die Minderheitenpolitik der baltischen Staaten Gegenstand von Analysen, Empfehlungen und Resolutionen internationaler Akteure.⁰²

Angesichts der stark antirussischen Stimmung zu Beginn der 1990er Jahre ist es allein ein Erfolg, dass die drei Länder die Integration ihrer weitgehend russischsprachigen Minderheiten überhaupt zum Thema der Politik gemacht haben. Trotz der teilweise gewaltigen Anstrengungen und Ressourceninvestitionen insbesondere im Bildungssektor fällt die Bewertung der Integrationserfolge jedoch ernüchternd aus.

ETHNISCHE VIELFALT IM WANDEL

In Lettland und Estland sind 26 beziehungsweise 25 Prozent der Bevölkerung ethnisch russisch, drei beziehungsweise ein Prozent belarussisch und jeweils zwei Prozent ukrainisch. In Litauen ist die größte Minderheit die ethnisch polnische mit einem Bevölkerungsanteil von 5,6 Prozent, es folgen die russische mit 4,4 Prozent und die belarussische mit einem Prozent.⁰³

In allen drei Ländern leben die Minderheiten hauptsächlich konzentriert (*Karte*). In Estland weisen einige Bezirke der Hauptstadt Tallinn, die ehemaligen Industriestädte der Nordost-Region Ida-Virumaa und Ortschaften um den Peipussee eine große russischsprachige Bevölkerung auf. Lettlands Hauptstadt Riga ist zur Hälfte russischsprachig, die Region Lettgallen im Osten des Landes und ihre regionale Hauptstadt Daugavpils sind zu über drei Vierteln von Russischsprachigen besiedelt. In Litauen weisen einzelne Städte wie Visaginas mit einer litauischen Bevölkerung von unter 20 Prozent oder Klaipeda einen sehr hohen Anteil Russischsprachiger auf, während die polnische Minderheit in der Hauptstadt Vilnius mit rund 16 Prozent stark vertreten ist und in mehreren weiteren umliegenden Gemeinden eine lokale Mehrheit ausmacht: in der Region Vilnius über die Hälfte der Bevölkerung, in Šalčininkai über drei Viertel, in Trakai etwa ein Drittel.

Ethnische Diversität hat im Baltikum eine lange Geschichte. Teile der Region waren seit dem späten Mittelalter unter der Herrschaft des Deutschen Ordens, der Dänischen und Schwedischen Königreiche oder gehörten zur Polnisch-Litauischen Union, bevor sie schließlich im 18. Jahrhundert dem Russischen Zarenreich angegliedert wurden.⁰⁴ Deutsche und jüdische Gemeinden prägten in hohem Maße die sozialen, kulturellen und sprachlichen Entwicklungen in den baltischen Gesellschaften. Auch eine zahlenmäßig relevante russische Minderheit gab es spätestens ab dem 18. Jahrhundert, als Altgläubige aus den östlicheren Provinzen des Zarenreiches vor Verfolgung nach Westen flüchteten; später kamen andere soziale Gruppen auf der Suche nach Arbeit oder Schutz vor Verfolgung.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurden die baltischen Staaten unabhängig und etablierten demokratische Nationalstaaten mit teils weitgehenden

Minderheitenrechten bis hin zur Kulturautonomie für ausgewählte Gruppen. So betrieben etwa die deutsche und die jüdische Minderheit in Estland in diesem Rahmen eigene Schulen.

In den 1930er Jahren wich diese Toleranz gegenüber Minderheiten im Zuge der Etablierung autoritärer Regime zunehmend einem romantischen Nationalismus. Dennoch lebten zu dieser Zeit zwischen acht und elf Prozent ethnische Russinnen und Russen sowie andere Minderheiten in Estland und Lettland. In Litauen lebte während der Zwischenkriegszeit eine polnische Minderheit mit einem Bevölkerungsanteil von etwa drei Prozent – die heutige Hauptstadt Vilnius ausgenommen, die damals zu Polen gehörte.⁰⁵

Während des Zweiten Weltkrieges waren Estland, Lettland und Litauen unter sowjetischer und deutscher Besatzung, bis sie nach den Siegen der Roten Armee über die Wehrmacht im Herbst 1944 als Sozialistische Sowjetrepubliken (SSR) in die Sowjetunion eingegliedert wurden. Unter den Okkupationen und Kriegshandlungen veränderte sich die demografische Zusammensetzung der Region nachhaltig. Insbesondere die Repatriierung der Deutschen, der Holocaust und die sowjetischen Deportationen hinterließen tiefe Spuren.

Noch drastischere Auswirkungen auf die demografische Struktur hatte die sowjetische Industrialisierungspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, die eine sehr starke Arbeitsmigration aus anderen Republiken in die Region mit sich brachte, oft auch in eigens gegründete Monostädte. Der Großteil der umgesiedelten Bevöl-

kerung kam aus den Russischen, Belarussischen oder Ukrainischen SSR. Viele Arbeiterinnen und Arbeiter wurden nach einem Rotationsprinzip nur für einige Jahre in eine baltische Republik gesandt, bevor sie in einen anderen Teil der Sowjetunion versetzt wurden. Aber manche ließen sich auch dauerhaft in der Estnischen, Lettischen oder Litauischen SSR nieder. Hinzu kam der Zuzug von pensionierten sowjetischen Militärs aufgrund des milden Klimas und des höheren Lebensstandards.

Russisch fungierte in der Sowjetunion als interethnische Kommunikationssprache. Auf Integrationsmaßnahmen, insbesondere das Erlernen der jeweiligen Titularsprachen in den Sowjetrepubliken, legte die sowjetische Führung keinen Wert. Obwohl zwei Drittel der Russischsprachigen 1989 bereits über zehn Jahre im Baltikum lebten, beherrschten denn auch nur etwa ein Drittel der Minderheitenbevölkerung in Litauen die Titularsprache fließend; in Lettland war es rund ein Fünftel und in Estland ein Siebtel.⁰⁶

Angesichts anhaltender sowjetischer Einwanderung in den späten 1980er Jahren fürchteten die Titulargruppen in den baltischen Staaten die komplette Verdrängung ihrer Sprachen. Auch ökologische Ausbeutung wurde zunehmend mit der Präsenz der sowjetischen Russischsprachigen verbunden, was das Missfallen in den Titularbevölkerungen stärkte.

Die Unabhängigkeitsbestrebungen der späten 1980er Jahre speisten sich aus diesem Unmut und orientierten sich an einer Lesart der jüngeren Geschichte der baltischen Staaten, die die gesamte sowjetische Ära als Okkupation versteht. Um ihren Selbstbestimmungsanspruch zu unterstreichen, führten die baltischen Staaten nach dem Grundsatz *ex iniuria ius non oritur* (aus Unrecht kann kein Recht entstehen) die Verfassungen der vorsowjetischen Zeit wieder ein. Dem Prinzip der staatlichen Kontinuität von der vorin die postsowjetische Zeit entsprechend, wurde nicht nur die sowjetische Herrschaft als Folge der Annexionen 1944 für unrechtmäßig erklärt, sondern auch alle rechtlichen Konsequenzen der Eingliederung in die Sowjetunion, einschließlich der Bevölkerungsveränderungen und daraus resultierenden Konsequenzen für die Sprachpraxis.

01 Vgl. Statistics Estonia, *Statistical Yearbook of Estonia 2016*, Tallinn 2016; Central Statistical Bureau of Latvia, *Demography 2016*. Collection of Statistics, Riga 2016; Statistics Lithuania, *Demographic Yearbook 2015*, Vilnius 2016.

02 Vgl. etwa Secretariat of the Conference on Security and Cooperation in Europe, *Recommendations by the CSCE High Commissioner on National Minorities Upon His Visits to Estonia, Latvia and Lithuania*, CSCE Communication 124/1993, www.osce.org/hcnm/30608?download=true. Siehe auch die regelmäßigen Berichte der Europäischen Kommission über die Fortschritte Estlands, Lettlands und Litauens während der EU-Beitrittsverhandlungen.

03 Siehe Anm. 1.

04 Zur Geschichte der Region siehe den Beitrag von Karsten Brüggemann in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

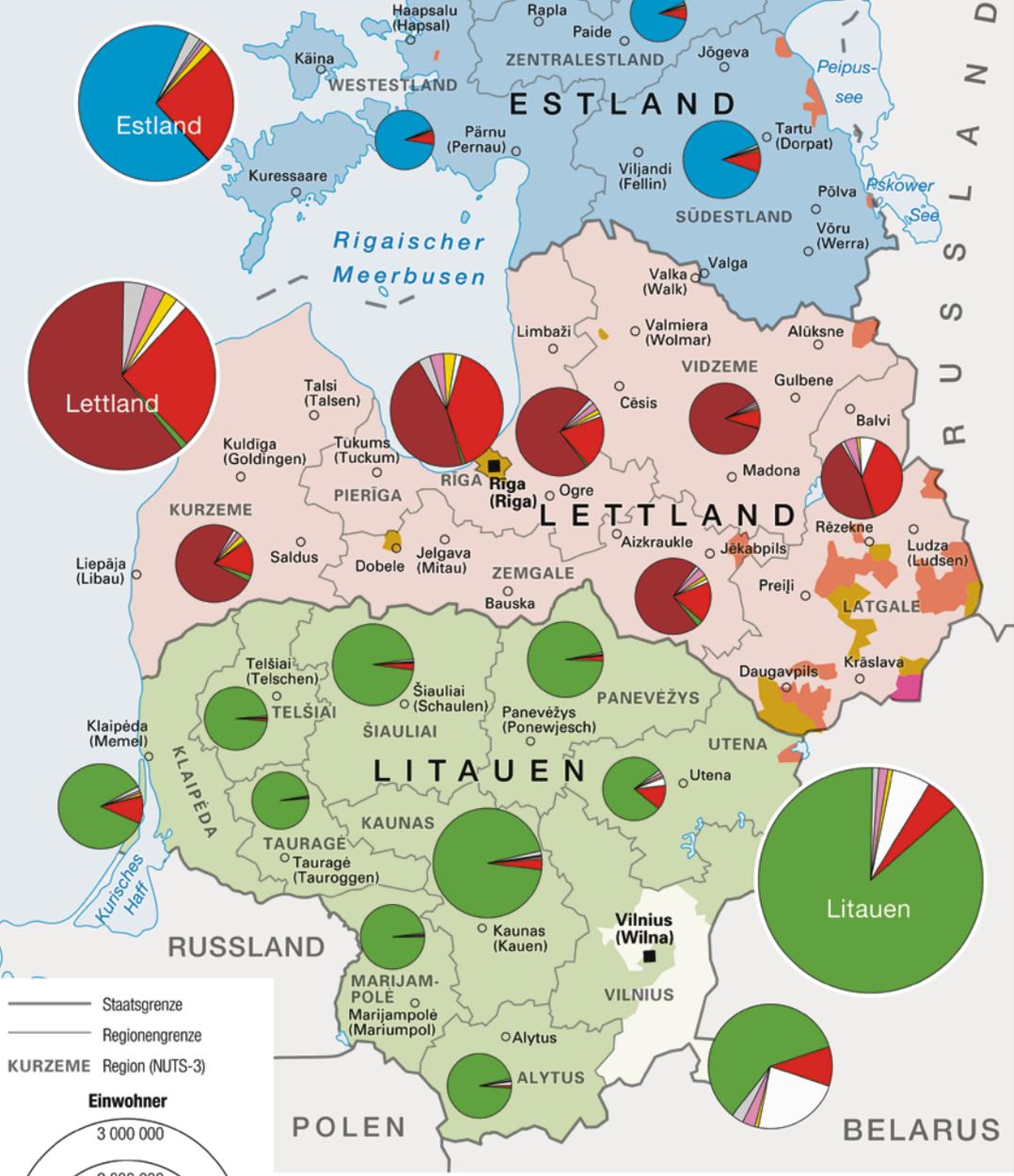
05 Vgl. Nicholas Hope, *Interwar Statehood: Symbol and Reality*, in: Graham Smith (Hrsg.), *The Baltic States: The National Self-Determination of Estonia, Latvia and Lithuania*, Houndmills u. a. 1994, S. 52.

06 Vgl. Baiba Metuzāle-Kangere/Uldis Ozolins, *The Language Situation in Latvia 1850–2004*, in: *Journal of Baltic Studies* 3/2005, S. 317–344, hier S. 327.

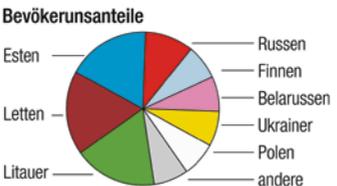
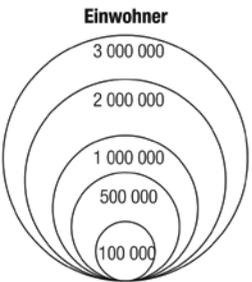
Ethnische Zugehörigkeiten in den baltischen Staaten

1 : 3 500 000
0 100 km

O S T S E E



— Staatsgrenze
— Regionengrenze
KURZEME Region (NUTS-3)



Die Bewahrung von Sprache und Kultur der Titularnationen gehört in Estland, Lettland und Litauen nach wie vor zu den zentralen Aufgaben des Staates. Zwar werden in den Verfassungen der drei baltischen Staaten Minderheitenrechte explizit geschützt. Die tatsächliche Situation und Integration von Minderheiten ist aber vor allem durch Gesetze zum Staatsangehörigkeitsrecht und zur Sprachpraxis bestimmt, die in ihrer Kopplung die Sichtbarkeit und Partizipation von Minderheiten fundamental einschränken.

VIELFALT UND EXKLUSION

Gemäß dem Prinzip einer staatlichen Kontinuität zur Zwischenkriegszeit unterschieden die drei wieder unabhängigen baltischen Staaten bei der Festlegung des Kreises ihrer Staatsangehörigen zwischen den Bürgerinnen und Bürgern der Zwischenkriegsrepubliken und deren Nachkommen einerseits und den sowjetischen Arbeitsmigrantinnen und -migranten andererseits. Erstere wurden automatisch als Staatsangehörige anerkannt. Letztere nur in Litauen, das einen inklusiven Ansatz verfolgte und die automatische Staatsbürgerschaft oder zumindest eine erleichterte Einbürgerung für alle ehemaligen Bürger der Litauischen SSR vorsah. In Estland und Lettland verloren die innersowjetischen Migranten sowie ihre Nachkommen jedoch ihre Staatsangehörigkeit und wurden staatenlos.

Nach wie vor gelten in diesen beiden Ländern strenge Kriterien für die Einbürgerung. Dazu gehören fundierte Kenntnisse der jeweiligen Titularsprache, der Landesgeschichte und des Staatsbürgerschaftsgesetzes, und es muss ein Eid über die Loyalität zum Staat abgelegt werden. Die Hürden bei der Einbürgerung verfolgten ursprünglich eine doppelte Zielsetzung: Zum einen den Schutz der Titularsprachen und zum anderen die Sicherung des Vorrechts der Titularnation, über fundamentale politische und institutionelle Weichenstellungen der jungen Staaten zu entscheiden.

Letzteres wurde auch durch das Herausögern der Fristen für die Einbürgerung erreicht. So konnten in Estland erste Einbürgerungen nicht vor dem 30. März 1993 vorgenommen werden. Der entsprechende Gesetzentwurf in Lettland sah Einbürgerungen sogar erst ab dem Jahr 2000 vor, beschränkte sie auf diejenigen, die in den Grenzen des heutigen Lettlands geboren wa-

ren, und legte die jährliche Quote auf 0,1 Prozent der Bevölkerung fest.⁰⁷ Das entsprach Mitte der 1990er Jahre, als das Gesetz diskutiert wurde, etwa 1000 Neubürgern pro Jahr – angesichts der über 670 000 Menschen, die durch die Unabhängigkeit Lettlands ihre Staatsangehörigkeit verloren hatten, eine verschwindend geringe Zahl. Erst unter dem erheblichen Druck der internationalen Gemeinschaft und der EU im Zuge des Beitrittsprozesses akzeptierte Lettland schließlich eine Liberalisierung des Gesetzes. Dennoch kam es erst in den frühen 2000er Jahren zu einer deutlichen Zunahme von Einbürgerungen, die kurz vor dem EU-Beitritt 2004 einen Höhepunkt erreichte.⁰⁸

Seit Jahren liegt die Einbürgerungsrate in Estland und Lettland jedoch wieder auf niedrigem Niveau und betrifft fast nur noch staatenlose Jugendliche. Trotz der Möglichkeit zur Einbürgerung besitzt bis heute etwa ein Viertel der russischsprachigen Bevölkerung Estlands, also etwa sieben Prozent der Gesamtbevölkerung, und die Hälfte der Russophonen Lettlands, also rund 14 Prozent der Gesamtbevölkerung, keine Staatsangehörigkeit.⁰⁹ Die erforderlichen Sprachkenntnisse erweisen sich als das größte Hindernis. Für viele Russischsprachige ist Estnisch beziehungsweise Lettisch im Alltag kaum relevant, und sie fühlen sich durch diese Bringschuld gedemütigt und diskriminiert. Daher verpuffen auch die staatlichen Angebote zur Förderung von Sprachkenntnissen, die erst einige Jahre nach der Unabhängigkeit eingeführt wurden und von internationalen Gebern finanziert werden.¹⁰

Obwohl nur als Übergangslösung konzipiert, hat sich sowohl in Estland als auch in Lettland zur Regelung der Situation von Nichtbürgern eine alternative Form von Staatsbürger-

07 Vgl. etwa Kristine Krūma, Country Report on Citizenship Law: Latvia, European Union Democracy Observatory on Citizenship, Januar 2015, S. 6.

08 Vgl. Ada-Charlotte Regelman, Introduction – Minority Participation in Estonia and Latvia, in: Journal on Ethnopolitics and Minority Issues in Europe 1/2014, S. 1–18, hier S. 8.

09 Vgl. ebd., S. 5.

10 So hat beispielsweise in Estland unter den Sprecherinnen und Sprechern von Estnisch als Zweitsprache der Anteil derer, die ihre Sprachkenntnisse als gut oder durchschnittlich einschätzen, gegenüber denjenigen, die sie als gering oder nicht vorhanden einschätzen, zwischen 2000 und 2010 nur um wenige Prozentpunkte zugenommen. Vgl. Ministry of Culture, Integration Monitoring 2011. Summary, Tallinn 2011, S. 30, www.praxis.ee/wp-content/uploads/2014/03/2011-Estonian-integration-monitoring.pdf.

schaft mit eingeschränkten Rechten etabliert. Diese berechtigt jedoch nicht zur politischen Partizipation auf nationaler und in Lettland auch auf lokaler Ebene. Auch die Ausübung bestimmter Berufe im Staatsdienst ist nur eingeschränkt möglich. Viele Russischsprachige sind bereit, diese Einschränkungen zu akzeptieren, zumal sie ohne Visum in andere EU-Staaten und im Gegensatz zu estnischen oder lettischen Staatsbürgern auch nach Russland reisen können – ein aus beruflichen und persönlichen Gründen wichtiger Umstand.

Eine weitere Alternative zur Einbürgerung ist die Annahme einer anderen Staatsbürgerschaft. Während Russischsprachige in Lettland kaum von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, hat etwa ein Drittel der Russischsprachigen in Estland die russische Staatsbürgerschaft, also rund zehn Prozent der permanent in Estland lebenden Personen.¹¹

SPRACHENPOLITIK

Bereits vor der Unabhängigkeit verabschiedeten Estland, Lettland und Litauen Sprachgesetze, die die Titularsprachen gegenüber der Unionsprache Russisch bevorzugten. Angesichts der Relevanz des Russischen sahen sie jedoch Übergangsfristen vor und erlaubten einen pragmatischen Gebrauch des Russischen in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens, beispielsweise bei der Kommunikation mit Behörden. Mitte der 1990er Jahre änderte sich die Situation jedoch fundamental, und alle Sprachen außer der jeweiligen Titularsprache wurden zu Fremdsprachen erklärt.

Die noch weitgehend geltenden novellierten Gesetze regulieren in Estland und Lettland auch das Ausmaß der notwendigen Sprachkenntnisse für die interne Arbeit in Parlamenten auf lokaler und nationaler Ebene und damit zur Ausübung des passiven Wahlrechts, für weite Bereiche des Arbeitsmarktes und für die Einbürgerung. Die Implementierung der Sprachgesetzgebung wird durch Sprachinspektionen kontrolliert – in Lettland auch in der Privatwirtschaft. Im Zuge dieser Überprüfungen können Beschäftigte mit „unzureichenden Kenntnissen der Staatssprache“ von der Arbeit suspendiert und Strafen für widerrechtliches Aufstellen von bilingualen Schildern

aufgelegt werden. Die Schreibweise von Namen in der Minderheitensprache muss den Titularsprachregelungen angepasst sein.¹²

Parallel bemühten die drei baltischen Staaten flankierende Maßnahmen im Bildungssektor. Nach ihrer Unabhängigkeit ließen sie viele Schulen schließen, in denen Minderheitssprachen die Unterrichtssprache waren, wobei es nach wie vor russische, polnische und andere mono- und bilinguale Schulen gibt. Estland und Lettland verabschiedeten umfassende Reformen, um ein weitgehend estnisch- beziehungsweise lettischsprachiges Curriculum einzuführen. Ziel war neben der Vereinheitlichung des Bildungssystems, die Integration durch Sozialisierung einer jungen Generation von Angehörigen von Minderheiten in die jeweilige Titulargemeinschaft zu unterstützen. Sekundarschulen müssen nun mindestens 60 Prozent ihres Unterrichts in der jeweiligen Titularsprache halten. Darüber hinaus hat Estland an rund 15 Prozent der russischen Grundschulen und in vielen Vorschulen und Kindergärten Sprachimmersion eingeführt, das heißt Estnisch wird dort nicht wie eine Fremdsprache unterrichtet, sondern fungiert als sprachliches Hauptmedium.

In Litauen waren die Bildungsreformen zurückhaltender. 2011/12 wurde die Erhöhung der Zahl der Stunden, die in der Landessprache unterrichtet werden müssen, insbesondere in ausgewählten Fächern wie beispielsweise Geschichte, auch an Minderheitenschulen vorgeschrieben. Ferner wurde ein landesweit einheitlicher Sprachtest für Litauisch am Ende der Sekundarstufe eingeführt, dessen Bestehen obligatorisch für das Studium an staatlichen Universitäten und Hochschulen ist.

Trotz der intensiven Vorbereitung von Lehrmaterialien und starker Argumente für die Notwendigkeit der Förderung der Titularsprache an Schulen für die gesellschaftliche Integration sind die Reformen umstritten. In Litauen kritisieren Minderheiten Ressourcenmangel und beklagen Benachteiligung und Qualitätsverlust des Unterrichts in Minderheitssprachen.¹³ Das Thema stellt sogar über die Landesgrenzen hinaus eine ernste

¹² Siehe die Sprachgesetze der drei Staaten unter www.riigiteataja.ee/en/eli/506112013016 (Estland), www.vvc.gov.lv/export/sites/default/docs/LRTA/Citi/Official_Language_Law.doc (Lettland) und www.3.lrs.lt/docs2/NCYNKNNN.PDF (Litauen).

¹³ Vgl. etwa den offenen Brief der Wahlaktion der Polen Litauens – Allianz Christlicher Familien an den polnischen Außenminister Grzegorz Schetyna: *Apel w obronie szkół polskich na Litwie*, 4.5.2015, www.awpl.lt/?p=192&lang=en.

¹¹ Vgl. Regelman (Anm. 8), S. 9.

Belastung für das Verhältnis zwischen Polen und Litauen dar.¹⁴ In Lettland provozierte der zunächst überstürzt eingeführte Wandel eine Protestwelle unter Russischsprachigen, die um die Qualität der Bildung für ihre Kinder fürchteten. Als Reaktion darauf nahm die Regierung das Tempo aus der Reform. Estland lernte vom Nachbarn und ging gradueller vor. Doch auch hier sind viele Lehrkräfte an russischen Schulen sprachlich nicht qualifiziert, in der Amtssprache zu unterrichten. Schülerinnen und Schüler an russischsprachigen Schulen beklagen, dass ohne ein estnisch- beziehungsweise lettischsprachiges Umfeld und die Unterstützung der Eltern kein befriedigendes Niveau zu erreichen sei und dass sich unter dem Druck der Reform ihre Leistungen verschlechtern.¹⁵ Tatsächlich fallen die Leistungen an Minderheitenschulen hinter denen an Titularschulen zurück.¹⁶ Da die staatlichen Universitäten der drei baltischen Staaten ausschließlich in der Titularsprache unterrichten müssen, weichen viele Russischsprachige, deren Kenntnisse in der Amtssprache nicht ausreichen, auf private Hochschulen aus oder entscheiden sich für ein Studium im Ausland.

Die Maßnahmen zum sprachlichen Wandel in Estland, Lettland und Litauen erweisen sich also als wenig förderlich für die gesellschaftliche Integration. Stattdessen erleben Minderheiten die Bevorzugung der Titularsprache als direkte Benachteiligung, als Assimilationszwang und als Bedrohung ihres sprachlich-kulturellen Erbes sowie als Minderung ihrer Rolle im politischen, Arbeits- und sozialen Leben. In der Tat schränken die Sprachenpolitiken der baltischen Staaten vor allem die Sichtbarkeit der Minderheiten und ihre Chancen für sozioökonomische und politische Partizipation ein, ohne zugleich den Erwerb von Sprachkenntnissen ausreichend zu fördern. Im Bildungsbereich wird Letzteres zwar gezielt unternommen, scheint in allen drei Ländern je-

doch eher zu einer Vertiefung der Spaltung zwischen Mehrheits- und Minderheitsbevölkerungen beizutragen.

WIDER DIE ENTFREMDUNG

Insgesamt ist es den baltischen Staaten nicht gelungen, in dem Vierteljahrhundert seit ihrer erneuten Unabhängigkeit die Unsicherheiten und das gegenseitige Misstrauen weiter Teile der Mehrheits- und Minderheitsbevölkerungen zu überwinden. Gleichzeitig hat sich in einigen Lebensbereichen die Ungleichheit zwischen den Gruppen zum Teil verfestigt. In der Tat liegt die Erwerbslosigkeit unter Angehörigen der Minderheiten in Estland und Lettland höher als bei der Mehrheitsbevölkerung – in Estland ist sie mit 12,4 Prozent gegenüber 6,8 Prozent fast doppelt so hoch. Ihre sozioökonomische Mobilität ist geringer, und sie sind stärker von den Auswirkungen der globalen Finanzkrise betroffen.¹⁷ Für Litauen gilt das als traditionelles Agrarland weniger, da die sozioökonomischen Folgen der postsowjetischen Umwälzungen, speziell die Umstrukturierung der Wirtschaft weg von einer Mono- und Schwerindustrie sowie dem Energiesektor, die in Estland und Lettland besonders Angehörige der Minderheiten trafen, schwächer blieben.

Strukturell gesehen macht sich die mangelhafte Integration auch in unterschiedlichen Lebenswelten bemerkbar. Teile der russischsprachigen Bevölkerung sind weitgehend abgekoppelt von der nationalen Medienwelt und informieren sich ausschließlich über russische Medien. Hinzu kommen unterschiedliche Geschichtsauffassungen, die sich auch in einer gespaltenen Erinnerungskultur ausdrücken.¹⁸ Damit verknüpft sind Bedenken, dass die baltischen Gesellschaften durch mediale Propaganda, aber auch direkte Unterstützung von prorussischen Kräften aus Russland weiter gespalten werden könnten.¹⁹

14 Vgl. Jan Pallokat, Sprachenstreit in Litauen, 26.7.2012, www.deutschlandfunk.de/sprachenstreit-in-litauen.795.de.html?dram:article_id=215896.

15 Vgl. o.A., Russian School in Estonia Asks President to Step in on Russian Language Education, 30.10.2016, www.baltictimes.com/russian_school_in_estonia_asks_president_to_step_in_on_russian_language_education.

16 Vgl. OECD, Pisa 2015 Country Note Estonia, Paris 2016, www.oecd.org/pisa/PISA-2015-estonia.pdf; Estonian Ministry of Culture, Estonian Integration Monitoring 2011. Summary, Tallin 2012, www.kul.ee/sites/kulminn/files/integratsiooni_monitoo-ring_2011_eng_lyhiversioon.pdf.

17 Vgl. OECD, OECD Economic Surveys: Estonia 2015, Paris 2015, http://dx.doi.org/10.1787/eco_surveys-est-2015-en, S. 87f; dies., OECD Economic Surveys: Latvia 2015, Paris 2015, <http://dx.doi.org/10.1787/9789264228467-en>, S. 110. Siehe auch den Beitrag von Dorothee Bohle in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

18 Siehe auch den Beitrag von Eva-Clarita Pettai in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

19 Vgl. Agnia Grigas, Legacies, Coercion and Soft Power. Russian Influence in the Baltic States, Chatham House Briefing Paper, August 2012.

Politischen Kräften, die versuchen, die russischsprachige Bevölkerung zu mobilisieren, wird daher seit der Unabhängigkeit in allen drei Ländern mit Argwohn begegnet. Trotz Unterschieden ist die politische Repräsentanz der Minderheiten in den baltischen Staaten insgesamt marginalisiert und teilweise stark fragmentiert. Die Interessen der polnischen Minderheit in Litauen und der Russischsprachigen in Lettland werden vorrangig durch ethnische Minderheitsparteien wie die Wahlaktion der Polen Litauens beziehungsweise die Sozialdemokratische Partei Harmonie vertreten, in Estland, wo sich keine eigene Minderheitenpartei etablierte, durch die Zentrumspartei, die mittlerweile vor allem von Russischsprachigen unterstützt wird. Trotz oder gerade wegen der relativen regionalen Stärke dieser Parteien (in Estland und Lettland dominieren Zentrum und Harmonie die Hauptstädte, in Litauen ist die Wahlaktion im Raum Vilnius sehr stark) wird die Zusammenarbeit mit ihnen oder die Integration ihrer Programmatiken durch die Mehrheitsparteien abgelehnt. Daher sind Minderheitenanliegen in der staatlichen Politik der drei Republiken de facto nicht reflektiert.

Vor dem Hintergrund der mangelnden Integration der baltischen Gesellschaften ist Sprachförderung zwar grundsätzlich begrüßenswert. Doch sind nicht die unzureichenden Sprachkenntnisse auf Seiten der Angehörigen der Minderheiten das größte Integrationshindernis, sondern ihre zunehmende Entfremdung von Politik und Gesellschaft des Titularstaates. Tatsächlich trägt die Integrationspolitik nach der Devise „Fordern statt Fördern und im Zweifelsfall Abstrafen“, die Verknüpfung von Bürgerschaft mit Sprachkenntnissen als Zeichen von Loyalität sowie die symbolische Aufwertung der Landessprache angesichts des sozioökonomischen Wandels zu existenzieller Verunsicherung und Entfremdung großer Teile der Minderheiten bei.

Um dieser entgegenzuwirken, wäre es wichtig, dass historische Erinnerung und Wunschbilder nicht länger die gegenwärtigen gesellschaftlichen Herausforderungen überlagern. Die politische Beteiligung der in den baltischen Staaten lebenden Minderheiten ist dabei von entscheidender Bedeutung. Die zentrale Frage ist jedoch nicht mehr die Staatsangehörigkeit, auch wenn die Existenz von „Staatsbürgern zweiter Klasse“ in Estland und Lettland zweifellos problematisch ist. Die Einbürgerung aller Staatenlosen hät-

te heute nur mehr einen symbolischen Wert und kaum praktische Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Denn das grundlegende Problem liegt in der de facto ethnonationalen Konzeption der baltischen Demokratien. Diese wurden auf Kosten breiter Teile der Minderheitsbevölkerungen etabliert, mit bis heute spürbaren Konsequenzen. Loyalität dem Staat, seiner politischen Führung und den Gesetzen gegenüber ist ethnokulturell aufgeladen. Im Umkehrschluss ist jeglicher Ausdruck von ethnonationaler Diversität suspekt und setzt Minderheiten dem Verdacht der Illoyalität aus.

Entscheidender für die gesellschaftliche Partizipation und Sichtbarkeit von Minderheiten wären daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt eher pragmatische statt programmatische Schritte, die unterstreichen, dass die Gesellschaften die Bedeutung und Teilhabe von Minderheiten akzeptieren. Der wichtigste Schritt auf dem Weg dahin wäre die offizielle Anerkennung der faktischen Mehrsprachigkeit der baltischen Staaten und ein pragmatischer Ansatz bei der Regulierung der Verwendung von Minderheitssprachen im öffentlichen Kontext. Dies gilt vor allem mit Blick auf die regionale und lokale Ebene, etwa durch eine bilinguale Beschilderung in Gemeinden mit hoher Minderheitenpräsenz, sowie mit Blick auf öffentliche Ämter und Lokalparlamente.

Ferner könnte das Bildungswesen stärker auf Bilingualität ausgerichtet und damit die Möglichkeiten ausgebaut werden, sowohl Titular- als auch Minderheitensprachen auf hohem Niveau zu lernen und im Alltag anzuwenden. Diese Maßnahmen würden keinen Wechsel in der Sprachpraxis bedeuten, sondern die Anerkennung faktischer Sprachgewohnheiten, um diese aus der juristischen und normativen Grauzone herauszuholen. Damit wäre zumindest ein Anfang gemacht, um die Herausforderung der sozialen Kohäsion ein Vierteljahrhundert nach der Unabhängigkeit Estlands, Lettlands und Litauens von der Sowjetunion ernsthaft anzugehen.

ADA-CHARLOTTE REGELMANN

ist promovierte Politikwissenschaftlerin und Projektmanagerin bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Brüssel.

ada.regelmann@gmail.com

ERINNERUNGSDISKURSE UND GESCHICHTSPOLITIK IN DEN BALTISCHEN STAATEN

Eva-Clarita Pettai

Die staatliche Unabhängigkeit 1991 bedeutete für Estland, Lettland und Litauen nicht nur die Wiederherstellung ihres völkerrechtlichen Status, den sie aufgrund der sowjetischen Aggression 1939/40 verloren hatten. Sie war auch das Resultat eines Kampfes um die historische Deutungshoheit im öffentlichen Raum. Die großen Protestaktionen der späten 1980er Jahre fielen nicht zufällig auf historische Jahrestage, die im damaligen sowjetischen öffentlichen Diskurs nicht existierten. Eine der wohl bekanntesten dieser sogenannten Kalenderdemonstrationen fand am 23. August 1989 statt, dem 50. Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes, der das Ende baltischer Eigenstaatlichkeit markierte.⁰¹ An diesem Tag bildeten Tausende Esten, Letten und Litauer eine menschliche Kette von Tallinn über Riga nach Vilnius, um an die Verbrechen Stalins zu erinnern und ihre Freiheit einzufordern.

Dass der Ruf nach historischer Wahrheit eine so stark mobilisierende Wirkung entfalten konnte, wird oft damit erklärt, dass die Erinnerung an die Leiden unter Stalin über die Jahrzehnte sowjetischer Herrschaft im kollektiven Gedächtnis, im Familienkreis und in den sozialen Netzwerken der baltischen Bevölkerungen wachgehalten worden war.⁰² Als unter dem sowjetischen Staatschef Michail Gorbatschow in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre die Zensur vorsichtig gelockert wurde, konnten bis dahin tabuisierte Themen öffentlich angesprochen werden, wie etwa der rechtswidrige Charakter der sowjetischen Annexion der baltischen Staaten 1939/40 oder das Schicksal der unter Stalin nach Sibirien Deportierten und nur teilweise Zurückgekehrten. Dass nun auch der Kontakt zu den Tausenden nach dem Zweiten Weltkrieg in den Westen geflohenen Baltinnen und Balten möglich war, spiegelte sich ebenfalls im öffentlichen Diskurs über die Vergangenheit wider und trug zur Mobilisierung gegen die sowjetischen Machthaber bei.⁰³

Entsprechend groß war mit der wiederhergestellten Unabhängigkeit das Bedürfnis der baltischen Eliten, die eigene Deutung der Vergangenheit im öffentlichen Diskurs zu etablieren. Die dahin gehenden Schritte auf politischer Ebene wurden flankiert von einer geschichtswissenschaftlichen Forschung und öffentlichen Debatten, die von einer klar defensiven, national-apologetischen Haltung geprägt waren.

NATIONALE OPFERERZÄHLUNGEN

So wurde in Estland, Lettland und Litauen nach 1991 ein Geschichtsbild von nationaler Unterdrückung und Widerstand fest im öffentlichen Erinnerungsdiskurs verankert. Gedenktage wurden festgelegt, um an die Opfer der Massendeportationen zu erinnern, Museen und Forschungseinrichtungen begannen, Lebensberichte, Fotos und andere Zeugnisse von Deportierten zu sammeln, Geschichtslehrbücher wurden neu geschrieben. Die Regierungen aller drei Staaten beriefen Kommissionen ein, die die genaue Zahl und das Schicksal der Deportierten und Ermordeten ermitteln und den durch die sowjetische Besatzung entstandenen Schaden für Kultur, Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft berechnen sollten. Für Betroffene von stalinistischen Repressionen wurde ein rechtlicher Opferstatus mit Anspruch auf Sozialleistungen geschaffen und dabei die Definition der „Repressierten“ insbesondere in Litauen weit gefasst. In allen drei Staaten wurden die Strafgesetzbücher in Anlehnung an das Völkerrecht um die Straftatbestände Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord und Kriegsverbrechen erweitert, wobei „Völkermord“ deutlich breiter ausgelegt wurde als in den internationalen Konventionen.⁰⁴ Ehemalige Angehörige der sowjetischen Geheimdienste, die an den Deportationen

der 1940er Jahre sowie nach 1945 an der Ausschaltung antisowjetischer Partisanen beteiligt gewesen waren, wurden in der Folge wegen Völkermordes angeklagt und teilweise auch verurteilt.⁰⁵

Der auf diese Weise kulturell, politisch und rechtlich stark institutionalisierte Erinnerungsdiskurs stellt mit Blick auf das 20. Jahrhundert in den drei baltischen Staaten die eigene nationale Opferrolle in den Mittelpunkt. Diese beginnt mit den geheimen Absprachen zwischen Hitler und Stalin 1939, die das Baltikum der Sowjetunion zuschrieben und damit das Ende einer im kollektiven Gedächtnis von Esten, Letten und Litauern glorifizierten Zeit nationaler Unabhängigkeit einläuteten. Umso tiefer brannten sich die Besetzung und Annexion des Baltikums durch die Sowjetunion im Sommer 1940 sowie die massenhaften Verhaftungen, Erschießungen und Deportationen vor allem der nationalen Eliten im folgenden Jahr ins kollektive Gedächtnis. Dieses Trauma liefert eine Erklärung dafür, dass die vorrückende Wehrmacht im Sommer 1941 von vielen Balten zunächst als Befreier begrüßt wurde. Die bis 1944 währende deutsche Besatzung gilt bis heute als weniger schrecklich als die sowjetische – zumal letztere nach dem Sieg über Hitler-Deutschland mit gleichbleibender Brutalität gegen die estnische, lettische und litauische Zivilbevölkerung fortgesetzt wurde.

Über die Nachkriegsjahre gesellt sich zum allgemeinen Opfernarrativ ein Heldenmythos, der sich um den jahrelangen erbitterten Kampf nationaler Partisanen, der sogenannten Waldbrüder, gegen die sowjetische Besatzung rankt. Dieser wurde vor allem in Litauen mit besonderer Ausdauer und Brutalität bis in die 1950er Jahre ge-

führt und wird in der heutigen Rezeption oft als fortgesetzte Kriegshandlung dargestellt.

Die Jahrzehnte nach Stalins Tod 1953 sind im historischen Verständnis der meisten Balten eine Zeit der Fremdbestimmung und nationalen Unterdrückung. Vor allem in Estland und Lettland, wo die Parteikader Russen oder russifizierte Balten waren und auch eine massive Einwanderung meist russischsprachiger Arbeitskräfte erfolgte, wird nicht nur von „kulturellem Genozid“ gesprochen, sondern die historische Verantwortung für die politischen Entscheidungen dieser Jahre stark externalisiert. Dies spiegelte sich in den 1990er Jahren nicht zuletzt in den eher milden Lustrationsgesetzen zur Überprüfung und Entfernung politisch belasteter Staatsbediensteter wider.⁰⁶

Anders in Litauen, dessen sowjetkommunistisches Regime weitaus stärker von einheimischen Kadern geprägt gewesen war. Dadurch genoss die aus der Kommunistischen Partei hervorgegangene Demokratische Arbeitspartei Litauens nach 1991 noch einigen Rückhalt in der Bevölkerung. Ähnlich wie in Polen gewannen die ehemaligen Kommunisten bereits 1992 wieder die Parlamentswahlen, was zunächst eine eher zurückhaltende Aufarbeitungspolitik zur Folge hatte. Doch der Wahlsieg der Konservativen unter Vytautas Landsbergis 1996 brachte die politische Kehrtwende auch in diesem Bereich und die Verabschiedung weitreichender Lustrationsgesetze. Die öffentliche Auseinandersetzung vor allem mit den spätsowjetischen Jahrzehnten wird in Litauen nach wie vor weit heftiger und stärker entlang politisch-ideologischer Trennlinien geführt als bei seinen beiden nördlichen Nachbarn.⁰⁷

Zwischen den drei Staaten bestehen also deutliche Unterschiede im politischen und öffentlichen Umgang mit dem sowjetischen Erbe. Tatsächlich zeigt ein direkter Vergleich, dass öffentliche Erinnerungsdiskurse in Litauen bis heute weit mehr von staatlicher Seite gelenkt sind als etwa in Estland. Es vergeht kaum ein Monat, in dem das litauische Parlament oder die Regierung nicht Stellung zu historischen oder erinnerungspolitischen Fragen nimmt, und der Staat investiert nach wie vor viel in die Erforschung und juristische Aufarbeitung der Sowjetzeit. Im Gegensatz dazu hat sich der Staat in Estland mit der

01 Zu den historischen Hintergründen siehe auch den Beitrag von Karsten Brüggemann in dieser Ausgabe.

02 Vgl. Valters Nollendorfs/Erwin Oberländer (Hrsg.), *The Hidden and Forbidden History of Latvia*, Riga 2005, S. 9; Meike Wulf, *Shadowlands. Memory and History in Post-Soviet Estonia*, New York–Oxford 2016, S. 3f.

03 Vgl. Ieva Zake, *Controversies of US-USSR Cultural Contacts During the Cold War: The Perspective of Latvian Refugees*, in: *Journal of Historical Sociology* 21/2008, S. 55–81.

04 Für eine ausführliche vergleichende Analyse der juristischen, politischen und symbolischen Aufarbeitung (*transitional justice*) der kommunistischen Vergangenheit in allen drei Staaten siehe Eva-Clarita Pettai/Vello Pettai, *Transitional and Retrospective Justice in the Baltic States*, Cambridge 2015.

05 Zur Strafgesetzgebung und Gerichtsverfahren gegen ehemalige Mitglieder des sowjetischen Geheimdienstes siehe Eva-Clarita Pettai, *Prosecuting Soviet Genocide: Comparing the Politics of Criminal Justice in the Baltic States*, in: *European Politics and Society*, 22. 12. 2016 (nur online).

06 Vgl. Pettai/Pettai (Anm. 4), S. 133–167.

07 Vgl. Violeta Davoliūtė, *The Making and Breaking of Soviet Lithuania. Memory and Modernity in the Wake of War*, London 2013.

Zeit aus Aufarbeitungsmaßnahmen und öffentlichen Erinnerungsdiskursen deutlich zurückgezogen und überlässt diese Felder in weiten Teilen zivilgesellschaftlichen Akteuren wie etwa Opferverbänden und anderen Einrichtungen.⁰⁸

HERAUSFORDERNDE GEGENERZÄHLUNGEN

Dem mit Blick auf den Zweiten Weltkrieg im Erinnerungsdiskurs der baltischen Staaten dominierenden historischen Selbstverständnis als Opfernationen widersprechen vor allem zwei Erzählungen, die jede für sich einen kollektiv-identitätsstiftenden Anspruch auf die historische Wahrheit beanspruchen. Dies führt seit 1991 immer wieder zu Kontroversen und bisweilen stark politisierten Konflikten.

Das holocaustzentrierte Narrativ erzählt von der massenhaften Verfolgung und Ermordung der baltischen Jüdinnen und Juden während der deutschen Besatzung sowie von der Beteiligung der lokalen Bevölkerung vor allem in Lettland und Litauen an diesen Verbrechen. Das dabei gezeichnete Bild des lettischen oder litauischen Täters steht dem nationalen Opferdiskurs diametral entgegen. Das neosowjetische Narrativ erkennt zwar den widerrechtlichen Charakter des von Stalin betriebenen Anschlusses der Baltenrepubliken zur Sowjetunion weitgehend an, betont aber stets die sicherheitspolitische Notwendigkeit dieser Maßnahme und die Komplexität der damaligen Weltlage. Das Schlüsselmoment dieser Erzählung ist nicht 1940, sondern der Sieg der Roten Armee über das nationalsozialistische Deutschland und die Befreiung Europas vom Faschismus 1945. Dieser Logik folgend wird der spätstalinistische Terror der Nachkriegsjahre nicht als primär gegen Letten, Litauer oder Esten, sondern als gegen „faschistische Kollaborateure“ gerichtet begriffen.⁰⁹

Beide Erzählungen finden sich sowohl in den baltischen Gesellschaften selbst als auch außerhalb der Region. So wurden baltische Juden bei

ihren Forderungen nach einer Aufarbeitung des Holocaust stark von der US-Regierung sowie von internationalen jüdischen Organisationen unterstützt, die Druck auf die Regierungen vor allem Litauens und Lettlands ausübten. Als in den 1990er Jahren mit Blick auf den Holocaust in ganz Europa ein öffentlicher Diskurs der nationalen Reflexion und historischen Wiedergutmachung dominierte, sorgte es für starke Irritationen, dass die erneut unabhängigen baltischen Staaten eine kritische nationale Selbstprüfung verweigerten.

Der neosowjetische Diskurs ist vor allem unter in Estland und Lettland lebenden Russinnen und Russen verbreitet und wird von russischen Medien und offiziellen Verlautbarungen aus Russland gestützt. In westlichen Medien wird das schwierige baltisch-russische Verhältnis häufig weniger als erinnerungspolitisch denn als minderheitenpolitischer Konflikt wahrgenommen. Doch spätestens 2007, als junge Russen wegen einer von der estnischen Regierung angeordneten Verlegung eines sowjetischen Kriegsdenkmals auf den Straßen Tallinns randalierten, wurde die erinnerungspolitische Dimension dieser Spannungen deutlich.¹⁰

Im Folgenden werde ich den Verlauf von Konfrontation und Annäherung auf diesen beiden Schauplätzen geschichts- und erinnerungspolitischer Auseinandersetzung in den vergangenen 25 Jahren skizzieren.

VON OPFERKONKURRENZ ZU INKLUSIVER ERINNERUNGSKULTUR

Bis zum Ende der Sowjetunion waren im Westen Hinweise auf die historische Tatsache der Mitwirkung der baltischen Bevölkerungen am Holocaust vor allem in Berichten überlebender Juden sowie in wissenschaftlichen Studien zu finden, die oft jedoch auf unzureichenden Quellen basierten. Entscheidendes Archivmaterial befand sich hinter dem Eisernen Vorhang, und so kursierten viele Mythen und Halbwahrheiten um die Geschehnisse während der deutschen Besatzung im Baltikum.

In der Sowjetunion selbst war das Thema Holocaust tabu, nicht aber das Geschichtsbild des baltischen Faschisten und Kollaborateurs, das häufig zu Propagandazwecken genutzt wurde. Die daraus resultierenden historischen Verzerrungen und bisweilen überzogenen Schuldzu-

08 Vgl. Pettai/Pettai (Anm. 4), S. 319–325. In der komparativen Analyse vergangenheitspolitischer Prozesse im Baltikum wird der litauische Ansatz im Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit als *Hands-on*-, der estnische als *Hands-off*-Politik kategorisiert.

09 Für eine ausführliche Analyse und Diskussion der divergierenden Geschichtsverständnisse und daraus resultierender politischer Verwerfungen und Konflikte in Lettland vgl. Katja Wezel, *Geschichte als Politikum. Lettland und die Aufarbeitung nach der Diktatur*, Berlin 2016.

10 Zum Verhältnis der baltischen Staaten zu Russland siehe auch den Beitrag von Kai-Olaf Lang in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

weisungen trugen ihren Teil dazu bei, dass nach 1991 westliche Forderungen nach einer juristischen und historischen Aufarbeitung der Kollaborationsgeschichte in den jungen Demokratien zunächst auf taube Ohren stießen. Viel wichtiger erschien es baltischen Historikern und Intellektuellen, sich der lange verschwiegenen Geschichte der „eigenen“ Opfer stalinistischer Gewaltverbrechen zuzuwenden.

Im öffentlichen Erinnerungsdiskurs der 1990er Jahre entstand so eine Konkurrenz von Opferdiskursen. Tatsächlich folgten die Debatten dieser Zeit der von dem Literaturwissenschaftler Michael Rothberg so eindrücklich beschriebenen Logik, nach der im öffentlichen Raum nur begrenzt Platz für die Erinnerung an verschiedene historische Traumata ist.¹¹ Die Verweise von Esten, Letten und Litauern auf die eigene Opferrolle unter wechselnden Besatzern, vor allem aber unter der sowjetischen Okkupation, sowie die Verwendung des Begriffs „Genozid“ in diesem Zusammenhang wurden rasch als Versuche gewertet, die Beteiligung der eigenen Bevölkerung an der Ermordung von Juden zu vertuschen oder gar die historische Bedeutung des Holocaust zu relativieren.¹²

Umgekehrt wurde das bereits erwähnte einseitige Pochen westlicher Akteure auf die Aufarbeitung der Kollaboration mit den nationalsozialistischen Besatzern von vielen Balten als Desinteresse an den stalinistischen Verbrechen und ihren Opfern wahrgenommen, wenn nicht sogar als deren Verleugnung.¹³ Die öffentlichen Debatten waren vor allem in den 1990er Jahren geprägt von gegenseitigen Schuldzuweisungen und bisweilen deutlich antisemitischen Untertönen.¹⁴

Vor allem in Litauen kommt erschwerend hinzu, dass die Geschichte des Mordes an den einheimischen Juden eng verknüpft ist mit der Geschichte des nationalen Widerstands gegen die Sowjetherrschaft. Wie historische Untersuchungen zeigen, hatten nicht wenige der in den Nachkriegsjahren von den Sowjets erschossenen litauischen Partisanen während des Krieges mit den deutschen Besatzern kollaboriert.¹⁵ Im öffentlichen Erinnerungsdiskurs werden so bisweilen Personen, die an Massenmorden der Nationalsozialisten beteiligt waren, zu Opfern und Märtyrern erklärt.¹⁶

Doch die einstmals unversöhnlich scheinenden Konfliktlinien in diesem Kampf der Erinnerungen lösen sich allmählich auf. Nicht nur ist in bald 20 Jahren intensiver Forschung sowohl in den Ländern selbst als auch auf internationaler Ebene so mancher Vorwurf entschärft und so manche bisher unbekannte Wahrheit ans Licht gebracht worden.¹⁷ Vor allem aber ist der historische Blick für die oft komplexen und ambivalenten Motive und Dilemmata individueller Akteure unter Bedingungen wechselnder totalitärer Besatzungen geschärft worden. Im öffentlichen Diskurs aller drei baltischen Gesellschaften ist eine neue Generation von Akademikern, Intellektuellen und zivilgesellschaftlichen Akteuren zunehmend bereit, die bisherige defensive und in ethnokulturellem Denken verhaftete öffentliche Gedenkkultur zu hinterfragen. Diese kritischen Stimmen fordern nicht nur eine selbstkritische Auseinandersetzung mit der historischen Tatsache der Kollaboration und fragen nach der Verantwortung heutiger Generationen; sie suchen auch nach Wegen, die Erinnerung an die Ermor-

11 Vgl. Michael Rothberg, *From Gaza to Warsaw: Mapping Multidirectional Memory*, in: *Criticism* 4/2011, S. 523–548.

12 Vgl. Dovid Katz, *On Three Definitions: Genocide, Holocaust Denial, Holocaust Obfuscation*, in: Leonidas Donskis (Hrsg.), *A Litmus Case of Modernity. Examining Modern Sensibilities and the Public Domain in the Baltic States at the Turn of the Century*, Berlin 2009, S. 259–278.

13 Vgl. Saulius Suziedėlis, *The International Commission for the Evaluation of the Crimes of the Nazi and Soviet Occupation Regimes in Lithuania: Successes, Challenges, Perspectives*, in: *Journal of Baltic Studies*, 8. 8. 2016 (nur online).

14 Vgl. Eva-Clarita Pettai, *Demokratisierung der Geschichte in Lettland. Staatsbürgerliches Bewusstsein und Geschichtspolitik im ersten Jahrzehnt der Unabhängigkeit*, Hamburg 2003. Siehe auch Dovilė Budrytė, *„We Call It Genocide“: Soviet Deportations and Repressions in the Memory of Lithuanians*, in: Robert S. Frey (Hrsg.), *The Genocidal Temptation. Auschwitz, Hiroshima, Rwanda and Beyond*, Dallas 2004, S. 79–100.

15 Vgl. Christoph Dieckmann, *Deutsche Besatzungspolitik in Litauen 1941–1944*, 2 Bde., Stuttgart 2016.

16 So wurde etwa das Gelände im Park von Tuskulenai in Vilnius, auf dem Mitte der 1990er Jahre die sterblichen Überreste von 700 offenbar von der sowjetischen Geheimpolizei gefolterten und erschossenen Menschen gefunden wurden, darunter eine recht große Zahl von litauischen Kollaborateuren, die vermutlich auch an antijüdischen Maßnahmen beteiligt gewesen waren, zu einem Mahnmahl für die Opfer des Sowjetregimes erklärt. Ein angrenzendes „Museum für die Märtyrer“ wurde 2011 offiziell eröffnet. Zu den Kontroversen rund um den Gedenkort siehe auch Pettai/Pettai (Anm. 4), S. 246ff; Milan Chersonski, *It's Not Just About the New Tuskulenai „Peace Park“ in Vilnius*, 20. 8. 2012, <http://defendinghistory.com/its-not-just-about-tuskulenai-peace-park/39900>.

17 Vgl. z. B. Katrin Reichelt, *Lettland unter deutscher Besatzung 1941–1944. Der lettische Anteil am Holocaust*, Berlin 2011; Ruth Bettina Birn, *Die Sicherheitspolizei in Estland 1941–1944. Eine Studie zur Kollaboration im Osten*, Paderborn 2006.

derung der Juden in den nationalen Erinnerungskanon einzuordnen.¹⁸

Symptomatisch für diese Entwicklung, die parallel sowohl in Lettland als auch in Litauen stattfindet, sei hier auf die Ereignisse rund um den jüngst zurückliegenden 75. Jahrestag der Erschießung von etwa 25 000 Juden 1941 im Wald von Rumbula in Lettland verwiesen. Während der 30. November schon seit einiger Zeit auch von offizieller lettischer Seite als Gedenktag begangen wird, nahm 2016 eine Gruppe junger Historikerinnen und Historiker den Jahrestag zum Anlass für eine öffentliche Kampagne. Unter dem Motto „Es sind die Unseren“ (*tie ir mūsējie*) riefen sie dazu auf, der Opfer von Rumbula mit Kerzen am zentralen nationalen Freiheitsdenkmal in Riga zu gedenken. Hunderte kamen dem Aufruf nach, und die Kampagne wurde breit in den Medien diskutiert. Hier kommt ein neues Narrativ zum Vorschein: Erstmals werden die jüdischen Opfer des Holocaust zu Mitbürgerinnen und Mitbürgern erklärt, deren Tod einen schmerzhaften Verlust für Lettland darstellt. Solch integrative Tendenzen sind angesichts der bisherigen konkurrenzbetonten Opferdiskurse bemerkenswert und stellen eine neue Dimension in der öffentlichen Erinnerung dar.

GESCHICHTSPOLITISCHES SICHERHEITSDILEMMA

Auf dem anderen Schauplatz erinnerungspolitischer Konfrontation, der aufgrund des hohen Anteils russischsprachiger Einwohnerinnen und Einwohner vor allem in Estland und Lettland eine Rolle spielt, zeichnen sich weniger versöhnliche Tendenzen ab. Denn hier treffen zwei Narrative mit starker politisch-legimatorischer Funktion aufeinander: Aus russischer Sicht begründet der sowjetische Sieg über Hitler-Deutschland in gewisser Weise den Anspruch auf eine Führungsrolle in der Region, und auch unter heute im Baltikum lebenden Russen hat die Erinnerung an den opferreichen Sieg gegen den Faschismus und die Befreiung der Region 1945 eine stark identitätsstiftende Wirkung. Auf der anderen Seite legitimierten die drei baltischen Staaten 1991 ihre rechtliche Wiederher-

stellung mit dem Verweis auf den völkerrechtswidrigen und aggressiven Charakter der sowjetischen Herrschaft. Mehr noch, das Paradigma der „völkerrechtlichen Kontinuität“ gab estnischen und lettischen Regierungen nach 1991 ein legitimes Instrument an die Hand, um einen Großteil der im Lande lebenden Russen aus dem politischen Leben der jungen Demokratien auszuschließen.¹⁹

Während die Staatsbürgerschaftsgesetze mit der Zeit liberalisiert wurden und heute die meisten russischsprachigen Einwohner Estlands und Lettlands Staatsbürger dieser Länder sind, haben sich die dahinterliegenden historischen Diskurse wenig verändert. In beiden Staaten sind so parallele Gesellschaften entstanden, die sich nicht nur in ihren Wertvorstellungen und politischen Loyalitäten stark unterscheiden, sondern auch Teil verschiedener und sich in zentralen Punkten widersprechender Erinnerungsdiskurse sind.

Dies zeigt sich etwa in den Medien, in denen bisweilen noch immer der Begriff „Okkupant“ als Bezeichnung für russischsprachige Mitbürger verwendet wird, auch wenn es sich um im Land Geborene handelt.²⁰ Tatsächlich kreist die politische und öffentliche Auseinandersetzung viel um diesen Begriff, der vom überwiegenden Teil der russischsprachigen Bevölkerung vehement abgelehnt wird. Die Historikerin Katja Wezel erklärt dies unter anderem damit, dass im sowjetischen Geschichtsbild der Terminus „Okkupation“ im Zweiten Weltkrieg eng mit dem nationalsozialistischen Deutschland verknüpft und daher mit dem eigenen Geschichtsbild vieler Russen nicht vereinbar ist.²¹

Doch geht der Streit um divergierende Wahrnehmungen sowjetischer Geschichte weit über Begrifflichkeiten hinaus. In Lettland sitzt mit der größten Oppositionspartei Harmonie eine eindeutig prorussische Partei im Parlament, deren Abgeordnete mitunter offen die Putin'sche Geschichtsklitterung auch in westlichen Medien verbreiten.²² Ferner zeigen Er-

18 Für ein eindrückliches Beispiel für diese neuen Stimmen siehe Una Bergmane, Viewpoint: Remembering Rumbula, 28.11.2016, www.lsm.lv/en/article/features/.a212052. Zu ähnlichen Entwicklungen in Litauen vgl. Violeta Davoliūtė, Two-Speed Memory and Ownership of the Past, in: Transitions Online, 1.9.2016 (nur online).

19 Zur Staatsbürgerschafts- und Minderheitenpolitik der baltischen Staaten siehe den Beitrag von Ada-Charlotte Regelmann in dieser Ausgabe.

20 Siehe dazu den sehr persönlich eingeleiteten Essay von Deniss Hanovs, On the Limits of Otherness. Intimate Reflexions on Ethnicity and Memory in Contemporary Latvia, in: Oskars Redbergs (Hrsg.) *Mūsdienu kultūras stāvokļi/Conditions for Contemporary Culture*, Riga 2013, S. 235–247.

21 Vgl. Wezel (Anm. 9), S. 214.

22 Siehe z. B. Sergejs Potapkins, Restrisiko Nichtbürger, 24.11.2016, www.zeit.de/politik/ausland/2016-11/lettland-russen-bevoelkerungsgruppe-demografie.

eignisse wie die bereits erwähnten Ausschreitungen rund um das sowjetische Kriegsdenkmal 2007 in Tallinn oder die alljährlichen Gedenkfeiern zum 9. Mai in Riga, wie stark sich auch junge Leute mit dem neosowjetischen Narrativ identifizieren. Aufgrund von Versäumnissen der estnischen und lettischen Integrationspolitik insbesondere im Bildungsbereich, aber auch weil viele russischsprachige Einwohner noch immer vor allem russische Staatsmedien konsumieren, orientieren sich viele an den darin transportierten Geschichtsbildern und Mythen.

Die Ukraine Krise 2014 ließ die erinnerungspolitischen Zerwürfnisse und Gräben erneut aufbrechen und verlieh ihnen eine neue Dimension. Die russische Annexion der Krim rief unter Balten schmerzhaft Erinnerungen wach, Parallelen zu 1940 waren bald gezogen. Angesichts der von Russland unterstützten Separatisten in der Ostukraine wurde verstärkt über die Loyalität der Russischsprachigen im eigenen Land diskutiert und die gegensätzlichen Geschichtsverständnisse zum Sicherheitsrisiko erklärt. Die zunehmend aggressiv-revisionistische Haltung der russischen Regierung gegenüber den baltischen Staaten, die auch in den russischen Staatsmedien wiederholt, hat zu einer neuerlichen Politisierung beziehungsweise „Seku-risierung der Erinnerung“²³ in den öffentlichen Diskursen geführt, die vor allem in Estland und Lettland den historischen Dialog zusätzlich erschwert und den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf die Probe stellt. In der Tat bleibt die Annäherung dieser gegensätzlichen Geschichtsbilder eine der größten Herausforderungen für die noch jungen demokratischen Gesellschaften des Baltikums.

SCHLUSS

Die Prozesse öffentlicher Erinnerung und politischer Auseinandersetzung mit der schwierigen, von Gewalt, Verlust und Trauma geprägten Geschichte des 20. Jahrhunderts in den baltischen Staaten waren in den vergangenen 25 Jahren von Konflikten und einem hohen Grad der Politisierung gekennzeichnet. Die jüngsten Entwicklungen in der Russischen Föderation lassen zudem vermuten, dass die Deutung der Geschichte des vergangenen Jahrhunderts in der Region auch weiterhin politisch umkämpft bleiben wird.

²³ Maria Mäliksoo, „Memory Must Be Defended“: Beyond the Politics of Mnemonic Security, in: Security Dialogue 3/2015, S. 221–237, hier S. 226–230.

Doch in Estland, Lettland und Litauen selbst sollte vor dem Hintergrund weitgehend konsolidierter demokratischer Institutionen und freier Medien, einer differenzierten und faktenbasierten historischen Forschung sowie einer lebendigen zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit dennoch ein Dialog zwischen konkurrierenden historischen Erzählungen möglich sein. Ein solcher findet zumindest in Bezug auf die Erinnerung an den Völkermord an den baltischen Juden allmählich statt.

Tatsächlich ist die Art und Weise, wie an die Verbrechen der Vergangenheit heute öffentlich erinnert wird, mittlerweile längst nicht mehr allein von offiziellen Gedenktagen oder staatlichen Maßnahmen abhängig. In allen drei Staaten existiert ein breites Netz aus Gedenkstätten, Museen und Forschungszentren, die sich unabhängig mit Aufarbeitung und Erinnerung befassen. Sie stellen die bisherige Gedenkpraxis mitunter kritisch infrage oder bringen Geschichten und Erinnerungen an die Öffentlichkeit, die im nationalen Kanon (noch) wenig bis keine Beachtung gefunden haben. Vielleicht ist genau diese zivilgesellschaftliche Initiative für einen Dialog über Vergangenheit und Erinnerung der Weg, über den allmählich auch eine Annäherung der Erinnerungsdiskurse zwischen Esten und Letten einerseits und Russen beziehungsweise Russischsprachigen andererseits stattfinden könnte.

Abschließend sei hier betont, dass es trotz aller historischen Parallelen und politischen Gleichzeitigkeiten in der jüngsten Geschichte der baltischen Staaten deutliche Unterschiede zwischen ihnen gibt, auch mit Blick auf Geschichtspolitik und Erinnerungsdiskurse. Einige von ihnen sind hier herausgearbeitet worden. Doch lohnt es sich für ein tieferes Verständnis erinnerungskultureller und -politischer Entwicklungen, diese drei Gesellschaften mit ihren ganz spezifischen Befindlichkeiten, Diskussionsstilen und internen Konflikten einzeln zu betrachten.

EVA-CLARITA PETTAI

ist promovierte Politikwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Imre Kertész Kolleg der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören vergleichende Erinnerungs- und Geschichtspolitik sowie postkommunistische *transitional justice*.
ec.pettai@uni-jena.de

DIE BALTISCHEN STAATEN UND IHR SCHWIERIGES VERHÄLTNIS ZU RUSSLAND

Kai-Olaf Lang

Für die Außen- und Sicherheitspolitik der drei baltischen Staaten ist Russland seit ihrer erneuten Unabhängigkeit zu Beginn der 1990er Jahre ein formatives Element und eine übergeordnete Determinante der Risikoeinschätzung – auch nach dem Beitritt Estlands, Lettlands und Litauens zu NATO und EU 2004.⁰¹ Denn trotz Phasen eines pragmatischen Nebeneinanders ist das Verhältnis aller drei Länder zu Russland seitdem nie wirklich spannungsfrei. Immer wieder kommt es zu Reibungen und Kollisionen, die nicht nur von der Fragilität des baltisch-russischen Beziehungsgefüges zeugen, sondern auch die Asymmetrien und das Machtgefälle der drei Länder gegenüber dem großen Nachbarstaat dokumentieren.

Hatten sich schon in den vergangenen Jahren, insbesondere nach dem Georgienkrieg 2008 und vor dem Hintergrund der insgesamt härteren außenpolitischen Gangart Russlands, die Zweifel an seiner Berechenbarkeit gemehrt, sehen die baltischen Staaten infolge der Ukrainekrise 2014 zahlreiche bisher abstrakte Konfliktszenarien nun im Bereich des Möglichen. Russland habe sich als „revanchistischer und revisionistischer Nachbar“ entpuppt, der die bestehende europäische Ordnung verändern möchte.⁰² Die Befürchtungen in den baltischen Staaten werden auch davon genährt, dass Russland sie offensichtlich als Bestandteil der russischen Einflussosphäre erachtet und seine neue Schutzpolitik gegenüber eigenen Landsleuten Vorwände für Interventionen schaffen kann. Daher werden den drei Ländern ihre gegenüber Russland nach wie vor bestehenden offenen Flanken mit neuer Brisanz bewusst.

RUSSISCHE MINDERHEITEN

In allen drei baltischen Staaten leben große russisch(sprachig)e Gemeinschaften. Der Anteil

der russischen Minderheiten an der Gesamtbevölkerung in Estland und Lettland beläuft sich auf etwa ein Viertel, der Anteil Russischsprachiger, also unter anderem auch Menschen ukrainischer oder belarussischer Nationalität eingerechnet, liegt mit jeweils rund einem Drittel noch höher.⁰³ In Litauen bildet die polnische Bevölkerungsgruppe mit knapp sechs Prozent die größte nationale Minderheit, etwa viereinhalb Prozent der litauischen Bevölkerung gehören der russischen Minderheit an. Der Anteil der Russischsprachigen wird auf rund ein Siebtel geschätzt.⁰⁴

Die Beziehungen zwischen den Mehrheitsbevölkerungen und den russisch(sprachig)en Minderheiten ist spannungsgeladen und von gegenseitigem Misstrauen geprägt. Neben staatsbürgerchafts- und sprachbezogenen Fragen ist die Vergangenheits- und Erinnerungspolitik ein besonders sensibler Problemkomplex, vor allem mit Blick auf das 20. Jahrhundert.⁰⁵ Die Ausschreitungen nach der Entfernung des sogenannten Bronzesoldaten, ein Denkmal, das an die Befreiung Estlands 1944 durch die Rote Armee erinnerte, aus der Stadtmitte Tallinns 2007 waren das bisher eindrucksvollste Zeugnis der Sprengkraft, die die unterschiedlichen Interpretationen der jüngeren Vergangenheit bergen. Selbst pragmatischere russische Kräfte in den baltischen Staaten sind häufig nicht gewillt, die Ambivalenz der „Befreiung“ Estlands, Lettlands und Litauens offen aufzuarbeiten und sie als das zu bezeichnen, was sie war – der Beginn einer totalitären Zwangsherrschaft. Die „Geopolitik der Geschichte“ (Nils Muižnieks) ist daher eine Belastung gerade für Lettland und Estland, da Erinnerungsmuster für Mehrheits- und Minderheitsbevölkerungen identitätsstiftend sind und politisch handlungsrelevant bleiben.

Angeichts offenkundiger Konfliktfelder und vor dem Hintergrund der Ukrainekrise stellt sich die Frage nach der Empfänglichkeit der

russisch(sprachig)en Bevölkerungsgruppen in den baltischen Staaten für eventuelle russische Destabilisierungsmaßnahmen. Immerhin zeigen sich in zugespitzten Situationen immer wieder spürbare Meinungsunterschiede zwischen Mehrheit und russisch(sprachig)er Minderheit. So halten in Lettland zwei Drittel der Befragten aus der russophonen Gemeinschaft das Vorgehen Russlands in der Ukraine für gerechtfertigt, während fast vier Fünftel in der lettischen Bevölkerungsgruppe gegenteiliger Meinung sind.⁰⁶ In Estland zeigen sich große Unterschiede in den Einstellungen zu sicherheitspolitischen Fragen: Für die beste Sicherheitsgarantie halten 78 Prozent der estnischen und 41 Prozent der „nicht-estnischen“ Bevölkerung die NATO, die Zusammenarbeit mit Russland nennen hingegen 53 Prozent der Minderheit gegenüber 18 Prozent der Esten.⁰⁷

Doch zeigen Umfragen, dass das Verhältnis der Russophonen zum jeweiligen Heimatstaat heterogen ist. Es lässt sich also weder eine eindeutige russlandfreundliche Haltung noch eine Dominanz „euro-russischer“ oder „baltisch-russischer“ Einstellungen ausmachen. Insofern muss in Estland oder Lettland eher von der Existenz mehrerer russischer Minderheiten als von einer einzigen gesprochen werden. In Estland wurden entsprechend ihrer politisch-rechtlichen, sprachlichen und wirtschaftlichen Integration fünf Teil-Cluster identifiziert: Insgesamt die Hälfte der Russophonen

sind demzufolge schlecht oder gar nicht integriert. Demgegenüber sind 16 Prozent „russischsprachige estnische Patrioten“ und 21 Prozent „erfolgreich Integrierte“. 13 Prozent der Befragten wiederum sind gegenüber Politik sowohl in Estland als auch in Russland kritisch eingestellt, verfügen über gute estnische Sprachkenntnisse, haben aber eine schwache staatsbürgerliche Identität.⁰⁸

Politisch und sicherheitspolitisch ist das Verhalten der russischen Minderheiten daher einerseits zu entdramatisieren. Die Unterstützung aus Moskau für die Minderheitenbewegungen in den baltischen Staaten scheint nur begrenzt wirksam zu sein,⁰⁹ und separatistische Bestrebungen der russisch(sprachig)en Minderheiten sind allein aufgrund der Lebensbedingungen äußerst gering. Der estnische Politologe Andres Kasekamp bringt dies auf den Punkt, wenn er vorschlägt, seine russischsprachigen Landsleute nicht danach zu fragen, wie sie zur Annexion der Krim oder zu Wladimir Putin stehen, sondern ob sie lieber mit Rubel statt mit Euro bezahlen oder das russische Gesundheitswesen dem estnischen vorziehen würden.¹⁰

Andererseits bieten Identitätsdifferenzen, mangelnde Inklusion von Teilen der russischen Gemeinschaften und die Eingliederung in die russische Mediensphäre durchaus Anknüpfungspunkte für externe Destabilisierung. Vor allem die „Infosphäre“ gilt als zentrale Arena für die Ausübung russischer *soft power*.¹¹ In der Tat liegen in den baltischen Staaten Anzeichen eines „gespaltenen Medienraums“ vor, denn Russischsprachige in den drei Ländern konsumieren vorwiegend russische Medien. Besonders populär sind die Fernsehstationen NTV Mir oder Pervyj Baltijskij Kanal. Die baltischen Staaten suchen daher nach Möglichkeiten, neue Medienangebote für diese Gemeinschaften zu entwickeln. In Estland wurde 2015 beispielsweise mit ETV+ ein russischsprachiger Fernsehkanal der öffentlichen Rundfunkanstalt eingerichtet.

01 Vgl. Erik Männik, *The Evolution of Baltic Security and Defence Strategies*, in: Tony Lawrence/Tomas Jermalavičius (Hrsg.), *Twenty Years of Defence Development in the Baltic States*, Tallinn 2013, S. 13–44, hier S. 30.

02 Thomas Hendrik Ilves, *Speech at the Estonian Victory Day Celebration*, Valga 23.6.2014.

03 Vgl. Statistics Estonia, *Population by Ethnic Nationality*, www.stat.ee/34278/; Office of Citizenship and Migration Affairs, *Latvijas iedzīvotāju sadalījums pēc nacionālā sastāva un valstiskās piederības*, 1.7.2016, www.pmlp.gov.lv/lv/assets/documents/iedzivotaju%20registrs/0107iedzregji/ISVN_Latvija_pec_TTB_VPD.pdf.

04 Vgl. Statistics Lithuania, *Demographic Yearbook 2015*, Vilnius 2016. Große Teile der polnischen Minderheit in Litauen sind russlandfreundlich eingestellt, schauen russisches Fernsehen und sprechen zu Hause Russisch. Vgl. Mariusz Antonowicz, *Polskojęzyczny „Ruski Mir“ na Litwie*, 9.1.2017, www.eastbook.eu/2017/01/09/polskojezyczny-ruski-mir-na-litwie.

05 Siehe dazu die Beiträge von Eva-Clarita Pettai und Ada-Charlotte Regelman in dieser Ausgabe (*Ann. d. Red.*).

06 Vgl. o. A., *One-Third of Residents of Latvia Believe Russia's Incursion into Ukraine Justified*, 11.3.2014, www.baltictimes.com/news/articles/34551.

07 Vgl. Juhan Kivirähk, *Integrating Estonia's Russian-Speaking Population: Findings of National Defense Opinion Surveys*, Tallinn 2014.

08 Vgl. Marju Lauristin et al., *Monitoring of Integration in the Estonian Society*, 2011, www.kul.ee/sites/default/files/kum_monitoring_2011_eng.pdf.

09 Dies konstatiert für Estland Kristina Kallas, *Russia's Compatriot Policy and Its Reception by Estonian-Russian Population*, in: *Journal on Ethnopolitics and Minority Issues in Europe* 3/2016, S. 1–25.

10 Vgl. Andres Kasekamp, *Why Narva Is Not Next*, *Estonian Foreign Policy Institute Paper* 21/2015.

11 Vgl. Gunda Reire, *Resilience Challenges in the Baltic Countries*, in: Ilvija Brūge/Māris Andžāns, *The Baltic Sea Region: Hard and Soft Security Reconsidered*, Riga 2016, S. 179–200, hier S. 191 ff.

Für die russisch(sprachig)en Minderheiten sind Estland oder Lettland also zwar mehrheitlich wirtschaftlich und durchaus auch politisch attraktiv, weiterhin bestehen aber kulturelle und sprachliche Bindungen zu Russland. Russophone beziehungsweise Russinnen und Russen in den baltischen Staaten sehen sich daher zunehmend als Teil der kulturellen russischen Welt (*russskij mir*), möchten aber nicht der politischen russischen Welt (*rossijskij mir*) angehören.¹²

ENERGIEABHÄNGIGKEIT

Die drei baltischen Staaten sind in hohem Maße auf die Einfuhr von Energieträgern aus Russland angewiesen und mit der russischen Energiewirtschaft asymmetrisch verflochten. Denn ein Großteil der bestehenden Liefernetze und Transportmagistralen ist in sowjetischer Zeit entstanden, als Estland, Lettland und Litauen Bestandteil eines politisch-wirtschaftlichen beziehungsweise energie-wirtschaftlichen Verbundes waren. Insbesondere die Infrastrukturen im Gassektor und der Elektrizitätswirtschaft ergaben eine vorwiegende oder ausschließliche Anbindung an Russland. Noch bei ihrem EU-Beitritt 2004 wurden die drei Länder daher als „Energieinseln“ in der Gemeinschaft betrachtet.

Bis vor Kurzem stammten die Gaseinfuhren denn auch gänzlich aus Russland. Alternative Pipelinerouten für Anbindungen an EU-Staaten existieren bisher nicht. Nach 1991 wurden die baltischen Gasversorger noch lange vom russischen Förderunternehmen Gazprom zusammen mit E.ON Ruhrgas kontrolliert. Zugleich haben die drei Länder sukzessive „Transitmacht“ bei der Verbringung von Rohöl und Erdölprodukten verloren, da Russland im Zuge einer entschlossenen Routenpolitik, insbesondere durch Bau und Nutzung eigener Ölterminals in Ust-Luga und Primorsk sowie neuer Pipelines (BTS-2), immer weniger auf die einst so wichtigen baltischen Häfen wie Ventspils, Riga oder Tallinn-Muuga zurückgreift.

Im Elektrizitätssektor bestehen unterschiedliche Intensitäten der Abhängigkeit von Russland. Während Estlands Stromversorgung vor allem auf heimischen Ölschiefervorkommen basiert, die mehr als vier Fünftel der Elektrizitätsproduktion decken, und in Lettland die Wasserkraftwerke an der Dauga-

va dafür sorgen, dass fast die Hälfte der Elektrizität aus erneuerbaren Energiequellen generiert wird, hat in Litauen 2009 die Abschaltung des zweiten Blocks des Kernkraftwerks Ignalina, das 70 Prozent des einheimischen Stromverbrauchs deckte, eine erhebliche Lücke in die Stromversorgung des Landes gerissen. Dadurch erhöhten sich nicht nur Energiepreise, sondern auch die Bedeutung von Erdgas bei der Stromproduktion sowie die Stromeinfuhren aus Kaliningrad und Belarus. Ein Nachfolgeprojekt für ein gemeinsames Kernkraftwerk der baltischen Staaten (eventuell unter Einbezug Polens) im litauischen Visaginas kommt bisher nicht voran, während in Belarus, rund 50 Kilometer von Vilnius entfernt, der russische Nuklearkonzern Rosatom ein Kraftwerk baut. Das sorgt für Unruhe in Litauen, nicht nur mit Blick auf die Sicherheitsstandards, sondern auch auf das mögliche Hereindrängen von billigem Strom, und wird mithin als Instrument russischer Außenpolitik gedeutet.¹³

Gerade der Energiesektor mit seinen vielfältigen Abhängigkeiten und Ungleichgewichten zeigt aber auch, dass Verwundbarkeit reduziert werden kann. Litauen stellte Ende 2014 ein Terminal für die Einfuhr von Flüssiggas in Klaipeda in Betrieb. Die Anlage hat eine Jahreskapazität von bis zu vier Milliarden Kubikmetern und könnte die Rahmenbedingungen auf den überschaubaren Gasmärkten der drei baltischen Staaten ändern, da deren gemeinsamer Jahresverbrauch bei nur etwa vier bis fünf Milliarden Kubikmetern liegt. Von litauischer Seite wird angegeben, dass die Fazilität zu einem spürbaren Preisnachlass geführt habe, da Gazprom sein Liefermonopol eingebüßt habe.¹⁴ Weitere Infrastrukturprojekte in der Region sollen die Lieferoptionen für alle drei baltischen Staaten zusätzlich flexibilisieren.

Veränderungen zeichnen sich auch im Bereich der Regulierung und bei Eigentümerstrukturen ab. Insbesondere Litauen ist bei der eigentumsrechtlichen Entflechtung im Gassektor weit vorangekommen. Der Gaskonzern Lietuvos Dujos wurde gegen den Widerstand von Anteilseigner Gazprom in einen Versorger, eine Übertragungsgesellschaft und eine mit der Verteilung beauftragte Firma auf-

¹² Vgl. Ammon Cheskin, Exploring Russian-Speaking Identity from Below: The Case of Latvia, in: Journal of Baltic Studies 3/2013, S. 287–312.

¹³ Vgl. BNS EN, Rosatom Becomes Tool of Geopolitical Pressure – Minister of Energy in US, 30. 9. 2016, <http://en.delfi.lt/?id=72446680>.

¹⁴ Vgl. o.A., Lithuania Wins Cheaper Russian Gas After LNG Sabre Rattling, 8. 5. 2014, <http://uk.reuters.com/article/-idUKL6N-ONU4CM20140508>.

geteilt. Gazprom stieß wie zuvor E.ON seine Anteile ab, die drei aus Lietuvos Dujos hervorgegangenen Unternehmen werden nun vom litauischen Staat kontrolliert.

Auch bei der Elektrizitätsversorgung ergaben sich Neuerungen. Insbesondere die Schaffung neuer Systemverbindungen hilft dabei, die baltischen Staaten aus ihrer energiewirtschaftlichen Insellage herauszubringen. Estland ist mittlerweile durch die Kabel Estlink 1 und 2 mit dem finnischen System und damit dem nordeuropäischen Elektrizitätsmarkt Nordpool verbunden. Ende 2015 wurde die Strombrücke LitPol Link von Nordostpolen nach Litauen fertiggestellt. Seit Anfang 2016 ist auch das 400 Kilometer lange Kabel NordBalt durch die Ostsee vom litauischen Klaipeda ins südschwedische Nybro in Betrieb, womit eine weitere Anbindung nach Nordeuropa geschaffen wurde.

Die europäische Energiepolitik sowie der regionale Verbundplan der EU für den Ostseeraum BEMIP haben durch finanzielle Unterstützung sowie die Herstellung neuer regulatorischer Rahmenbedingungen Schritte zur Diversifizierung von Versorgungsquellen sowie zur besseren Anbindung der baltischen Staaten an die Energiemärkte von nord- und mitteleuropäischen EUNachbarn beschleunigt. Darüber hinaus spielt die Europäische Kommission als energiepolitischer Akteur vor allem als Hüterin und Durchsetzerin EU-weiter Prinzipien auch im Verhältnis zu Dritten eine wichtige Rolle. Für Litauen etwa ist sie eine wichtige Verbündete im Kampf gegen die Monopolposition von Gazprom.¹⁵

Jenseits des Energiesektors haben sich die Wirtschaftsbeziehungen der baltischen Staaten zu Russland in jüngerer Zeit eher vertieft, insbesondere als Handelspartner ist der große Nachbar für alle drei Länder wichtig. Zwar ist der Anteil der Ausfuhren nach Russland im Zuge der russischen Maßnahmen gegen die während der Ukrainekrise verhängten westlichen Sanktionen um bis zu 50 Prozent zurückgegangen, doch gehen noch rund sechs Prozent der estnischen, acht Prozent der lettischen und 14 Prozent der litauischen Exporte nach Russland.¹⁶ Auch im Finanzsektor

spielt russisches Kapital eine beachtliche, wenn auch nicht die dominierende Rolle. Darüber hinaus sind es vor allem die Immobilienbranche sowie der Transit-, Energie- und Logistikbereich, in denen russisches Kapital vermutet wird.

MILITÄRISCHE SCHWÄCHE

Estland, Lettland und Litauen verfügen über geringe militärische Fähigkeiten. Zwar dominiert in den baltischen Staaten die Auffassung, ein „traditioneller“ militärischer Angriff Russlands sei weiterhin äußerst unwahrscheinlich, jedoch wird ein solches Szenario nicht ausgeschlossen. Russlands Verhalten im postsowjetischen Raum, insbesondere in Georgien und der Ukraine, Militärreformen, sein Rüstungsprogramm, die Entwicklung neuer Offensivfähigkeiten sowie die neue Doktrin des Schutzes von Auslandsrussen einerseits und militärische Verletzbarkeit andererseits haben althergebrachte Befürchtungen bekräftigt.¹⁷

Besonderes Augenmerk gilt russischen Maßnahmen im Umfeld der baltischen Staaten – von den seit Jahren zu verbuchenden Luftraumverletzungen oder die im großen Maßstab angelegten russischen Manöver (Zapad/Ladoga) bis zur Zunahme russischer Militärpräsenz in der weiteren Nachbarschaft der drei Länder.

Namentlich die Konzentration von militärischen Fähigkeiten in Kaliningrad bereitet den baltischen Staaten Sorge. Die hochgerüstete Enklave ist geostrategisch so positioniert, dass von dort aus leicht in NATO-Gebiet hineingewirkt werden kann. Die in Estland, Lettland und Litauen empfundene Anfälligkeit gegenüber militärischen Aktionen aus dem Osten wird durch Einschätzungen bestätigt, dass ohne robuste Verstärkung durch Bündniskräfte russische Truppen die Hauptstädte Lettlands oder Estlands in spätestens 60 Stunden erreichen könnten.¹⁸ Neben eigenen Anstrengungen zur Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit setzen die drei Staaten daher vor allem auf die Solidarität der NATO. So

¹⁵ Vgl. Vija Pakalkaitė, *Lithuania's Strategic Use of EU Energy Policy Tools*, The Oxford Institute for Energy Studies Paper 111/2016.

¹⁶ Vgl. Kari Lihto, *Russia's Changing Economic Interaction With the Baltic Sea Region After the Escalation of the Ukrainian Crisis*, in: Andris Sprūds/Diāna Potjomkina (Hrsg.), *Coping with Complexity in the Euro-Atlantic Community and Beyond*, Riga 2016, S. 139–161, hier S. 158.

¹⁷ Zum Kräftegleichgewicht zwischen der NATO und Russland vgl. etwa Kalev Stoicescu/Henrik Praks, *Strengthening the Strategic Balance in the Baltic Sea Area*, Tallinn 2016.

¹⁸ Vgl. etwa David A. Shlapak/Michael W. Johnson, *Reinforcing Deterrence on NATO's Eastern Flank. Wargaming the Defense of the Baltics*, RAND Research Report, Santa Monica 2016, www.rand.org/content/dam/rand/pubs/research_reports/RR1200/RR1253/RAND_RR1253.pdf

führte etwa Litauen 2015 die Wehrpflicht wieder ein und will die Verteidigungsausgaben zwischen 2014 und 2018 verdreifachen, um die in der NATO angestrebte Zielmarke eines Anteils von zwei Prozent des BIP zu erreichen.

Die Annexion der Krim durch Russland und der bewaffnete Konflikt in der Ostukraine haben dabei die Diskussionen um die Sicherheit der baltischen Staaten und von Russland ausgehende Bedrohungen zumindest in zweierlei Hinsicht modifiziert. Zum einen kamen Varianten der „hybriden“ und „nichtlinearen“ Kriegsführung stärker als bislang auf den Radar der baltischen Staaten. Zwar hatten die Auseinandersetzungen nach der Translozierung des Bronzesoldaten in Tallinn, darunter massive Cyberattacken gegen estnische Regierungsstellen, die aufgrund ihrer Schwere als „Web War I“ bezeichnet wurden, früh das Bewusstsein für neue Bedrohungsformen geschärft. So wurde in Estland 2008 etwa das NATO-Exzellenzzentrum für Cyberverteidigung eingerichtet. Erst die Eskalation in der Ukraine sensibilisierte jedoch stärker für *new generation warfare* und damit verbundene sicherheitspolitische Unwägbarkeiten im eigenen Land.

So übte unter dem Eindruck der Ereignisse in der Ostukraine die lettische Nationalgarde im August 2014 erstmals das Vorgehen gegen informelle Kämpfer im eigenen Land, die von Teilen der Bevölkerung unterstützt werden.¹⁹ In Lettland wird die mangelnde Vorbereitung auf ein Szenario der Destabilisierung und irregulären militärischen Konfrontation als größtes Sicherheits- und Verteidigungsrisiko angesehen.²⁰ Estland und Lettland haben begonnen, ihre Grenzen zu Russland beziehungsweise Belarus mit Zäunen und Überwachungsanlagen zu schützen. Estland, eines der am stärksten vernetzten Länder Europas, möchte unter anderem Sicherungskopien sämtlicher Daten seiner Behörden in Großbritannien anfertigen lassen.²¹

19 Vgl. LSM, Zemessargi trenējas karot pilsētā, 9.8.2014, www.lsm.lv/lv/raksts/a94156.

20 Vgl. Jānis Bērziņš, Russia's New Generation Warfare in Ukraine: Implications for Latvian Defense Policy, National Defence Academy of Latvia Policy Paper 2/2014.

21 Vgl. Sam Jones, Cyber Threats Prompt Estonia to Set Up UK Data Centre, 22.7.2016, www.ft.com/content/be26fbd2-5005-11e6-88c5-db83e98a590a; Viljar Veebel, Taking Initiative in Cyber Deterrence Against Russia?, 20.10.2016, www.rigaconference.lv/rc-views/32/taking-initiative-in-cyber-deterrence-against-russia.

Zum anderen verstärkte sich der Ruf nach einer wirksamen Abschreckungsstrategie der NATO einschließlich einer stärkeren militärischen Präsenz der Verbündeten. Die Richtungsentscheidungen der NATO-Gipfel von Wales im September 2014 und Warschau im Juli 2016 zur Stärkung der Ostflanke des Bündnisses stellen daher für die baltischen Staaten essenzielle Schritte zur Reduktion ihrer militärischen Schwäche dar. Neben dem Ausbau gemeinsamer Übungen, der Stärkung schneller Reaktionskräfte wie der Very High Readiness Joint Task Force als sogenannter Speerspitze oder der Einlagerung von militärischer Ausrüstung (*prepositioning*) wird vor allem die rotierende, aber letztlich andauernde Stationierung von multinationalen Kampfverbänden in Bataillonsstärke auf eigenem Territorium ab 2017 begrüßt. Obwohl die militärische Effektivität von je nur einem Bataillon von Fachleuten infrage gestellt wird,²² hat dieser Sachverhalt eine beachtliche politische Dimension: Die baltischen Staaten halten so die bündnisinterne Rückversicherung im Falle einer russischen Aggression für deutlich gestiegen, da die NATO-Partner durch ihr Engagement vor Ort direkt in einen möglichen Konflikt involviert wären.

Ungeachtet dessen bestehen weiterhin Zweifel, inwieweit die vorgesehenen Maßnahmen tatsächlich Abhilfe schaffen. So wird vermutet, dass Russland in der Lage wäre, das Zuhilfeeilen nennenswerter Allianzverbände von Kaliningrad aus zu verhindern: Die modernen Raketen- und Luftabwehrsysteme in der Enklave könnten im Zusammenspiel mit Fähigkeiten aus Belarus den Luftraum um die baltischen Staaten beziehungsweise die östliche Ostsee abriegeln und den schmalen Korridor zwischen Polen und Litauen versperren, also die einzige Landverbindung der baltischen Staaten zu einem NATO-Partner.²³ Ferner wird gemutmaßt, dass aufgrund politischer Differenzen zwischen russlandkritischen und russlandfreundlichen Staaten in der NATO der Entscheidungsprozess im Krisenfall deutlich verlangsamt werden könnte, was wertvolle Reaktionszeit kosten würde.²⁴ Und schließlich wird bezweifelt, ob es bei Szenarien diffuser, „hybrid-

22 Shlapak/Johnson (Anm. 18) fordern die Stationierung von sieben, darunter drei schwer gepanzerten Brigaden.

23 Vgl. Stephan Frühling/Guillaume Lasconjarias, NATO, A2/AD and the Kaliningrad Challenge, in: *Survival. Global Politics and Strategy* 2/2016, S. 95–116.

24 Vgl. etwa Richard Weitz, Assessing NATO's Warsaw Summit, in: *Diplomaatia* 9/2016, S. 8–11.

der“ Destabilisierung unter den Bündnispartnern Einigkeit darüber gäbe, ob in der Tat der Bündnisfall eingetreten wäre.²⁵

AUSBLICK

Die Mitgliedschaft der baltischen Staaten in EU und NATO sollte nicht zuletzt Schutz vor Unwägbarkeiten aus dem Osten bieten und Estland, Lettland und Litauen aus einer geopolitisch prekären Peripheriesituierung herausführen. Die Hoffnung, durch die institutionelle Verankerung auf der sicheren Seite der Geschichte zu sein, wich jedoch bald der Skepsis über Zusammenhalt und Effektivität der großen Institutionen des Westens – just zu einem Zeitpunkt, in dem die drei Länder in EU und NATO ihre Randständigkeit überwunden hatten: In der EU sind sie Teil der Eurozone und damit des eventuellen Gravitationszentrums der Integration, in der NATO wird wirksame Rückversicherung aufgebaut.

Dennoch lassen die großen Krisen, die die EU erschüttern, gerade in Estland, Lettland und Litauen Fragen zur Stabilität und Rissfestigkeit der Gemeinschaft aufkommen. Dass bei all diesen Unklarheiten über die Zukunft der EU nun ein US-Präsident amtiert, der zumindest verbal und durch Personalentscheidungen einen Kurs der Annäherung an Russland in Aussicht gestellt hat, trübt die Großwetterlage für die baltischen Staaten: Jetzt bestehen auch Ungewissheiten hinsichtlich des Verhaltens des sicherheitspolitischen Schutzgebers letzter Instanz. Die Vereinigten Staaten könnten unter Donald Trump mit Moskau nun einen *grand bargain* eingehen, der Russland spezielle Interessensphären zugesteht und möglicherweise die Schlagkraft der NATO relativiert.

Trotz allem werden die drei Länder darauf hinwirken, EU und NATO zu festigen und Fortschritte auf einzelnen Politikfeldern zu erzielen. Dies gilt vor allem für die europäische Energiepolitik, die Ost- und Russlandpolitik und insbesondere die Unterstützung für die Ukraine und andere Länder der „Östlichen Partnerschaft“, aber auch für die neueren Initiativen zur Stärkung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Gleichzeitig werden Estland, Lettland und Litauen versuchen, bilaterale Partnerschaften zu stärken:

die verteidigungspolitische und militärische auch mit den USA unter Donald Trump, die sicherheitspolitische mit den Ländern Mittel- und Nordeuropas und nicht zuletzt die außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitische mit Deutschland.

Gerade die Bundesrepublik ist mit ihrer konsequenten Russlandpolitik im Zuge der Ukraine-Krise und der Bereitschaft, sich aktiv an den NATO-Maßnahmen zur Verbesserung der Rückversicherung zu beteiligen – unter anderem ist Deutschland „Rahmation“ des rotierenden Verbands in Litauen – eines der wenigen Länder in Europa, denen ein hohes Vertrauen entgegengebracht wird, ungeachtet der von den baltischen Staaten abgelehnten Pipelineprojekte Nord Stream oder der Kritik an neuen deutschen Rüstungskontrollvorschlägen im Rahmen der OSZE.

Die Beziehungen der baltischen Staaten zu Russland waren und bleiben daher „versicherheitlicht“. Das assertive bis aggressive Verhalten Russlands in seiner direkten Nachbarschaft hat Befürchtungen in Estland, Lettland und Litauen bestätigt und bestehende Bedrohungswahrnehmungen und Abwehrhaltungen verfestigt. Auch wenn es seit 1991 durchaus Phasen der pragmatischen Zusammenarbeit vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet gab, überlagert das auf historischen Erfahrungen basierende Gefühl des Risikos und der Unsicherheit das Verhältnis zu Russland. Der vereinzelt aufgetretene „Diskurs der Chancen“, in dem die baltischen Staaten sich als „Brücke zu Russland“ oder „multikulturelles Scharnier“ sahen, wird von dem seit jeher dominanten „Diskurs der Gefahr“ überlagert.²⁶ Eine Normalisierung der baltisch-russischen Beziehungen im Sinne eines kooperativen Miteinanders ist derzeit nicht in Sicht. Konflikt, Misstrauen und bestenfalls selektive Zusammenarbeit werden auf lange Zeit die baltisch-russischen Dinge prägen.

KAI-OLAF LANG

ist promovierter Politikwissenschaftler und Senior Fellow in der Forschungsgruppe EU/Europa der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.
kai-olaf.lang@swp-berlin.org

²⁵ Vgl. Margarita Šešelgytė, Warsaw Decisions: Is the Glass Half Full or Half Empty? A Perspective from Lithuania, in: Bruže/Andžāns (Anm. 11), S. 35–45.

²⁶ Andris Sprūds, Entrapment in the Discourse of Danger? Latvian-Russian Interaction in the Context of European Integration, in: Eiki Berg/Piret Ehin (Hrsg.), Baltic-Russian Relations and European Integration, Burlington 2009, S. 101–116, hier S. 111.

BALTISCHE WEGE AUS DER FINANZKRISE

Musterbeispiele für erfolgreiche Austeritätspolitik?

Dorothee Bohle

In der seit 2009 andauernden Krise der Eurozone wird den südeuropäischen Ländern oft das Beispiel der drei baltischen Staaten vorgehalten. Tatsächlich hatten Estland, Lettland und Litauen weitaus tiefere Wachstumseinbrüche zu verzeichnen als etwa Griechenland oder Italien, erholten sich jedoch relativ schnell, während die Wirtschaft in vielen südeuropäischen Ländern bis heute weiter schrumpft. Der unterschiedliche Krisenverlauf in diesen beiden Ländergruppen ist auch deshalb bemerkenswert, weil beide eine Politik der internen Abwertung verfolgten: Statt ihre Währungen abzuwerten, suchten sie ihre aus den Fugen geratene Wirtschaft und den Verlust ihrer Wettbewerbsfähigkeit über die Senkung von Löhnen und öffentlichen Ausgaben wiederherzustellen. Während die südeuropäischen Länder als Mitglieder der Eurozone keine andere Wahl hatten, sah dies bei den baltischen Staaten anders aus. Sie hielten dennoch an fixen Wechselkursen fest und qualifizierten sich auf dem Höhepunkt der Krise über einen besonders drastischen Austeritätskurs für die Einführung des Euro. Wie ist diese Politikwahl zu erklären? Welchen Beitrag hat die Austeritätspolitik zur schnellen wirtschaftlichen Erholung geleistet? Können – und sollten – andere Länder dem baltischen Beispiel folgen?

RADIKALER NEOLIBERALISMUS

Austeritätspolitik ist in den baltischen Staaten nichts Neues, im Gegenteil: Sie ist sozusagen in die Gene ihrer neuen Wirtschaftsordnungen nach der Unabhängigkeit eingeschrieben. Unter den osteuropäischen Ländern waren die baltischen Staaten diejenigen, die in den 1990er Jahren ihre Wirtschaftsstrukturen am radikalsten liberalisierten und privatisierten, ihre Wohlfahrtsstaaten am

stärksten abbauten und die geringste öffentliche Verschuldung anhäuften, und dies trotz der Tatsache, dass sie zu dieser Zeit eine tiefe wirtschaftliche Krise bewältigen mussten.⁰¹

Vorreiter dieses Kurses war Estland. Unter der Regierung von Premierminister Mart Laar, von 1992 bis 1994 im Amt, wurden die Weichen für das radikale neoliberale Modell gestellt. Einer der wichtigsten Schritte war die Einführung einer eigenen Währung, der estnischen Krone. Um sie zu stabilisieren, griff Laar zu einer damals sehr ungewöhnlichen Institution: dem *Currency-board*-System, bei dem die Zentralbank faktisch keinen Spielraum für die eigene Geldpolitik hat. Stattdessen wird die inländische Geldmenge durch eine internationale Währung oder Gold gedeckt. Die einheimische Währung wird zu einem festen Wechselkurs gegenüber einer ausländischen Währung ausgegeben, und der unbeschränkte Tausch der einheimischen in eine fremde Währung zum festen Wechselkurs wird garantiert. Das *currency board* schränkt nicht nur die einheimische Geldpolitik ein. Die Zentralbank kann weder öffentliche Defizite finanzieren, noch den Bankensektor im Falle von Krisen stützen. Es handelt sich also um eine ausgesprochen restriktive Geldordnung, die wie ein sehr enges Korsett für Staatsausgaben wirkt.⁰²

Eine weitere Maßnahme war 1994 die Vereinfachung des progressiven Steuersystems durch die Einführung eines Einheitssteuersatzes von 26 Prozent auf Einkommen und Unternehmensgewinne. Unternehmen selbst zahlen seitdem gar keine Steuern mehr. Weiterhin liberalisierte die Regierung den Außenhandel deutlich und reduzierte die Zölle auf Einfuhren auf null Prozent. Auch bei der Privatisierung schlug Estland einen strikten Reformkurs ein und wandte dabei das deutsche Treuhandanstaltsmodell an. Bereits 1995 hatte die estnische Treuhandanstalt mehr als

400 Verträge für den Verkauf von Industrieunternehmen abgeschlossen. Damit war die Privatisierung von mittleren und großen Staatsunternehmen weitgehend abgeschlossen.

Bemerkenswert ist dabei, dass Estlands oberster Reformier, Mart Laar, über wenig wirtschaftlichen Sachverstand verfügte: „Ich hatte nur ein Buch über Wirtschaft gelesen: Milton Friedmans ‚Frei zu wählen‘. Ich hatte zu dieser Zeit so wenig Ahnung, dass ich das, was Friedman über die Vorteile der Privatisierung, des Einheitssteuersatzes und der Abschaffung aller Zölle schrieb, für das Resultat wirtschaftlicher Reformen im Westen hielt. Es schien mir so selbstverständlich, und da ich dachte, dass das schon überall so umgesetzt worden war, habe ich diese Reformen auch in Estland eingeführt, trotz der Warnungen estnischer Ökonomen (...). Sie sagten, dies sei so unmöglich, wie auf Wasser zu gehen. Wir haben es getan: Wir sind einfach auf dem Wasser gegangen, weil wir nicht wussten, dass es unmöglich ist.“⁰³

Dieses Zitat zeigt das Selbstbewusstsein, mit dem die estnischen Reformier ans Werk gingen. Der rasche wirtschaftliche Erfolg schien ihnen Recht zu geben – Estland war das erste baltische Land, das sich Mitte der 1990er Jahre von der tief greifenden Transformationskrise erholte, was ihm den Ruf des „strahlenden Sterns des Baltikums“ einhandelte.⁰⁴ Dies ist einer der Hauptgründe, warum die Nachbarländer Lettland und Litauen viele der einschneidenden Reformen übernahmen, wenn auch zum Teil mit leichten Abstrichen.⁰⁵

Der Erfolg des baltischen Modells hatte allerdings auch Schattenseiten. An erster Stelle ist die Deindustrialisierung zu nennen: Alle drei baltischen Staaten verloren einen Großteil ihrer ererbten Industrien, ohne zunächst in der Lage zu sein, neue aufzubauen. Die Deindustrialisierung führte zu hoher Arbeitslosigkeit, und die Sozialversicherungssysteme waren kaum in der Lage, die so-

zialen Auswirkungen der Reformen abzufedern. Armut, Arbeitslosigkeit und soziale Ungleichheit nahmen in allen drei Staaten drastisch zu.⁰⁶

Warum schlugen die baltischen Staaten Anfang der 1990er Jahre einen so strikten Reformkurs ein? Und warum kam es trotz der erheblichen sozialen Kosten zu keiner grundlegenden Kurskorrektur?

NATIONALE FRAGE

Ein zentraler Faktor war hierbei die Unabhängigkeitsfrage: Radikale ökonomische Reformen galten als das Mittel, mit dem am schnellsten die wirtschaftlichen Verbindungen zu Russland gekappt, die historische Erbschaft des Sozialismus überwunden und das Land in den Westen eingebunden werden konnte. Dieses Ziel erklärt auch, warum harte Währungen und geringe öffentliche Verschuldung in den baltischen Staaten eine so hohe Priorität genossen und dies bis heute tun. Die neuen Währungen waren zentrales Mittel und Symbol der neu beziehungsweise wieder erlangten Staatlichkeit. Um diese in der internationalen Währungskonkurrenz zu etablieren, war es notwendig, in der Geld- und Währungspolitik eine sehr restriktive Linie zu verfolgen. Durch festgelegte Wechselkurse und das System der *currency boards* erlangten die neuen Währungen international Glaubwürdigkeit.

Die nationale Frage prägte auch die Parteiensysteme. Dies gilt insbesondere für Lettland und Estland, die zu Sowjetzeiten eine sehr hohe Einwanderung von Russischsprachigen zu verzeichnen hatten, die in der Industrie arbeiteten. In beiden Ländern bekam die russischsprachige Bevölkerung – immerhin etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung – mit der Unabhängigkeit keine automatische Staatsbürgerschaft. Obwohl es seitdem mehrere Einbürgerungswellen gegeben hat, sind bis heute noch viele der in Estland und Lettland lebenden Russischsprachigen keine Staatsbürgerinnen und Staatsbürger.⁰⁷ Die

01 Zur ökonomischen Transformation in den osteuropäischen Staaten nach 1991 siehe Dorothee Bohle/Béla Greskovits, *Capitalist Diversity on Europe's Periphery*, Ithaca 2012.

02 Vgl. Jörg Jasper/Oliver Budzinski/Albrecht F. Michler, *Currency Board System*, o. D., wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/currency-board-system.html.

03 Cato Institute, Mart Laar: Winner of the 2006 Milton Friedman Prize, 2006, www.cato.org/friedman-prize/mart-laar.

04 John Hansen/Piritta Sorsa, *Estonia: A Shining Star from the Baltics*, in: Constantine Michalopoulos/David Tarr, *Trade in the New Independent States*, Washington D.C. 1994, S. 115–132.

05 Vgl. Bohle/Greskovits (Anm. 1), Kap. 3.

06 Vgl. Jaan Masso et al., *Country Report for the Baltic States: Estonia, Latvia, Lithuania, Growing Inequalities' Impacts 2012*, <http://gini-research.org/system/uploads/437/original/Baltics.pdf?1370077200>.

07 Vgl. Office of Citizenship and Migration Affairs, *Latvijas iedzīvotāju sadalījums pēc valstiskās piederības*, 1. 1. 2016, www.pmlp.gov.lv/lv/assets/documents/statistika/IRD2016/ISVP_Latvija_pec_VPD.pdf; Juhan Kivirähk, *Integrating Estonia's Russian-Speaking Population: Findings of National Defense Opinion Surveys*, International Centre for Defense and Security, Tallinn 2014. Siehe auch den Beitrag von Ada-Charlotte Regelmann in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

restriktive Vergabe der Staatsbürgerschaft hat entscheidend dazu beigetragen, dass die russischsprachige Bevölkerung ihre politischen Präferenzen nicht artikulieren konnte. Dies war besonders problematisch, da sie vorwiegend in der nun abgebauten Industrie arbeitete und somit stärker von den sozialen Konsequenzen der Reformen betroffen war als die ethnischen Baltinnen und Balten. Da die Verlierer der Transformation keine politische Stimme hatten, sind Parteien, die soziale Belange aufgreifen oder eine stärkere wirtschaftliche Integration mit Russland fordern, relativ schwach geblieben, oder sie werden, wie im Falle Lettlands, systematisch von der Regierungsbildung ausgeschlossen. Zudem hat der rasche Abbau von industriellen Arbeitsplätzen die Gewerkschaften nachhaltig geschwächt. So ging zum Beispiel in Estland der gewerkschaftliche Organisationsgrad von 94 Prozent 1992 auf 17 Prozent 1998 zurück.⁰⁸

Insgesamt sind damit die ethnische und die nationale Frage in den baltischen Staaten häufig zentraler als die soziale Frage. Nationale Unabhängigkeit rechtfertigt soziale Opfer, und eingeschränkte politische Rechte demobilisieren einen Teil der Reformverlierer.

BALTISCHE TIGER

Zwar konnten die baltischen Staaten ihre Transformationskrise in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre hinter sich lassen. Die Russlandkrise von 1998 traf jedoch auch sie. Erst in den 2000er Jahren änderte sich die Situation grundlegend: Estland, Lettland und Litauen verwandelten sich in veritable Tiger und verzeichneten die höchsten Wachstumsraten in der EU. Diese Erfolgsgeschichte beruhte auf einer Kombination aus den Auswirkungen der entschlossenen Reformpolitik, dem EU-Beitritt 2004 und einem Überschuss internationaler Liquidität. Der EU-Beitrittsprozess stärkte die Wirtschaftsinstitutionen der baltischen Staaten und sendete ein weiteres Signal der Vertrauenswürdigkeit auf den internationalen Finanzmärkten. Entsprechend nahmen die ausländischen Direktinvestitionen stark zu. Sie flossen vor allem in den Banken- und Immobiliensektor, in Estland zudem auch in den Elektroniksektor. Im Wesentlichen wurde das

Wirtschaftswachstum jedoch vom Finanzsektor getragen, sodass von einem finanziarisierten Wachstum gesprochen wird.⁰⁹

Zentral für das finanziarisierte Wachstum war die Privatisierung der baltischen Banken an ausländische Investoren. Die Russlandkrise, die sich negativ auf die Banken der baltischen Länder ausgewirkt hatte, machte eine Konsolidierung des Sektors erforderlich. Die Privatisierung an ausländische Banken wurde auch von der EU gefördert, die annahm, dass diese besser zu einer Entwicklung der rückständigen baltischen Finanzsektoren in der Lage seien als die aus dem Sozialismus hervorgegangenen einheimischen Banken. Bereits Anfang der 2000er Jahre waren in Estland und Litauen über 90 Prozent des Bankensektors im Besitz ausländischer, vornehmlich schwedischer Banken. Nur in Lettland hielt sich eine große Bank in einheimischem Besitz: die Parex Bank, die vorrangig Geschäfte mit russischen Kunden abwickelte. Aber auch hier waren über 60 Prozent der Banken in ausländischem Besitz.

Die schwedischen Banken kurbelten das Kreditwachstum stark an. Ihnen kam dabei zugute, dass sie sich leicht auf internationalen Märkten oder über ihre Mutterkonzerne finanzieren konnten. Ein entscheidender Motor des Kreditwachstums in den 2000er Jahren waren Hypothekenkredite. Hier gab es aufgrund der Unterentwicklung des Hypothekenmarktes und eines gleichzeitigen Wohnraummangels eine starke Nachfrage. Die Bevölkerung nahm daher die billigen Wohnungskredite der Banken gerne an. Wie in anderen Ländern wurden die Kredite zu immer günstigeren Bedingungen angeboten. In den baltischen Staaten vergaben darüber hinaus Banken Kredite in Euro statt in der einheimischen Währung. Der im Vergleich zur einheimischen Währung niedrige Zinssatz machte diese Kredite für Konsumenten noch attraktiver. Gleichzeitig profitierten die Banken davon, dass sie sich wegen der expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank zu günstigen Konditionen Euros leihen und in den baltischen Staaten mit Gewinn weiterverleihen konnten. Banken, Politiker und Konsumenten gingen dabei davon aus, dass Eurokredite kein Wechsel-

⁰⁸ Vgl. Jelle Visser, ICTWSS Database 5.1, Amsterdam Institute for Advanced Labour Studies, September 2016.

⁰⁹ Vgl. etwa Joachim Becker et al., *Peripheral Financialization and Vulnerability to Crisis: A Regulationist Perspective*, in: *Competition & Change* 3–4/2010, S. 225–247.

kursrisiko bargen, da alle baltischen Staaten feste Wechselkurse hatten und darauf hinarbeiteten, den Euro einzuführen.

Die Hypothekenkredite fielen auch deshalb auf fruchtbaren Boden, weil sie eine Art „Ersatz-Sozialpolitik“ darstellten, die die Bevölkerung für die mageren Wohlfahrtsstaaten kompensierte. Zudem lösten der Hypothekenboom und steigende Immobilienpreise einen anhaltenden Wachstumsschub aus, in dessen Folge auch die Reallöhne stiegen. Der Politikwissenschaftler Colin Crouch bezeichnet dieses Wachstumsmodell als „privatisierten Keynesianismus“, da hier die Multiplikatoreffekte nicht mehr auf antizyklischen öffentlichen Ausgaben und öffentlicher Verschuldung, sondern auf Privatkrediten beruhen.¹⁰ Die Kehrseite dieser Wirkungskette von Hypothekenkrediten, steigenden Immobilienpreisen, zunehmender Bautätigkeit, wachsenden Reallöhnen und Binnenkonsum waren gigantische Leistungsbilanzdefizite und eine wachsende externe Verschuldung der Gesamtwirtschaft. Dies machte die baltischen Staaten sehr anfällig für die globale Wirtschafts- und Finanzkrise.

HARTE LANDUNG

Bereits vor Beginn der Krise war deutlich, dass das wirtschaftliche Wachstum der baltischen Staaten nicht tragfähig war. Allerdings war keine der Regierungen bereit oder in der Lage, entschieden in den Wirtschaftskreislauf einzugreifen, der so hohe Wachstumsraten hervorbrachte. Der Investor George Soros bringt die letzte Phase (nicht nur) der baltischen Tiger auf den Punkt, wenn er die Logik von Wirtschaftsblasen beschreibt: Am Ende der Blase „sind die Markterwartungen so weit von der Realität entfernt, dass die Leute gezwungen sind, zu erkennen, dass ein Missverständnis vorliegt. Es folgt eine Dämmerungsperiode, in der die Zweifel wachsen und immer mehr Menschen den Glauben verlieren, aber der vorherrschende Trend ist das Beharrungsvermögen. Wie Chuck Prince, ehemaliger Leiter der Citigroup, sagte: ‚Solange die Musik

spielt, muss man aufstehen und tanzen. Wir tanzen immer noch‘.“¹¹

Die Musik verstummte schlagartig mit dem Zusammenbruch der globalen Finanzmärkte nach dem Kollaps der Investmentbank Lehman Brothers im September 2008. Dies hatte überaus harte Folgen für die baltischen Staaten, deren Finanzsektor und gesamte Wirtschaft hoch verschuldet und deshalb auf externe Liquidität dringend angewiesen waren. Alle drei Staaten fielen in eine schwere Rezession. Auf dem Höhepunkt der Krise sank Lettlands BIP um 19 Prozent, Estlands um 16 und Litauens um 15 Prozent.¹²

Von den drei Staaten war Lettland am stärksten betroffen. Dies lag an der Parex Bank, die das erste Opfer der Liquiditätskrise wurde. Anleger verloren das Vertrauen, da sie als einzige der großen lettischen Banken nicht von einem ausländischen Mutterkonzern gestützt wurde. Die lettische Regierung sah sich innerhalb kürzester Zeit gezwungen, ausstehende Kredite zu übernehmen und die Bank wieder zu verstaatlichen. Die Tiefe der Rezession und die Notkredite an die Parex Bank zwangen die lettische Regierung, beim Internationalen Währungsfonds (IWF) und der EU einen Überbrückungskredit zu beantragen.¹³

Die Bedingungen für den Kredit reflektierten die traditionelle neoliberale Ausrichtung des sogenannten Washingtoner Konsenses. Das Land musste sich zu harten Sparmaßnahmen, Lohnanpassungen und strukturellen Reformen verpflichten. Bis 2012 addierten sich die Anpassungen der Haushaltsausgaben auf 17 Prozent des BIP, Löhne im öffentlichen Sektor wurden um über 25 Prozent und die Anzahl der öffentlich Beschäftigten um mehr als 30 Prozent reduziert. Die Hochschulen und das Gesundheitswesen wurden restrukturiert und Renten zum Teil stark gekürzt.¹⁴ Das Anpassungsprogramm war jedoch nur der Anfang einer bis heute andauernden Einbindung Lettlands in internationale Austeritätsprogramme: Nach dem Auslaufen des Beistandskredits 2012 unterlag Lettland noch bis 2015 der Überwachung durch die EU-Kommission, um die Aufrechterhaltung seiner Zahlungsfähigkeit

¹⁰ Colin Crouch, *Privatised Keynesianism: An Unacknowledged Policy Regime*, in: *The British Journal of Politics & International Relations* 3/2009, S. 382–399. Vgl. auch Dorothee Bohle, *Post-Socialist Housing Meets Transnational Finance: Foreign Banks, Mortgage Lending, and the Privatization of Welfare in Hungary and Estonia*, in: *Review of International Political Economy* 4/2014, S. 913–948.

¹¹ George Soros, *Act II of the Crisis*, Vortrag am Internationalen Finanzinstitut am 10.6.2010 in Wien, dealbook.nytimes.com/2010/06/10/the-full-soros-speech-on-act-ii-of-the-crisis/?_r=0.

¹² Vgl. Bohle/Greskovits (Anm. 1), S. 233.

¹³ Vgl. Anders Aslund/Valdis Dombrovskis, *How Latvia Came Through the Financial Crisis*, Washington D.C. 2011.

¹⁴ Vgl. ebd.

sicherzustellen. Zudem ist Lettland seit 2011 in den Prozess des Europäischen Semesters eingebunden, im Zuge dessen länderspezifische Empfehlungen für Haushalts- und Wirtschaftspolitik ausgesprochen werden. Schließlich erfüllte das Land erfolgreich die Maastricht-Kriterien für den Euro und trat 2014 der Eurozone bei.

Bemerkenswert ist, dass Lettland fast alle internationalen Auflagen übererfüllt, also Austerität und strukturelle Anpassungen weiter gehen, als die internationalen Gläubiger und Institutionen es eigentlich verlangen.¹⁵ So hat die lettische Zentralbank nicht nur erfolgreich den festen Wechselkurs verteidigt und das Land zudem für den Beitritt zur Eurozone qualifiziert, obwohl sich die Delegation des IWF für eine Abwertung des Lats ausgesprochen und vor den sozialen Kosten der internen Abwertung gewarnt hatte.¹⁶ Die Regierung setzte zudem freiwillig ehrgeizigere fiskalpolitische Ziele, als ihr von den internationalen Organisationen vorgegeben wurden. Demgegenüber zögerte sie stärker sozial ausgerichtete Politiken, wie sie von der EU auch gefordert wurden, lange hinaus.¹⁷

Estland und Litauen unternahmen ähnliche Austeritätsmaßnahmen wie Lettland, obgleich das Ausmaß der Sparmaßnahmen geringer ausfiel. Auch hier wurden die öffentlichen Ausgaben stark reduziert, die Löhne im öffentlichen Sektor und das Niveau der Renten und Krankenversicherung abgesenkt. In Estland wurde zudem das Arbeitsrecht flexibilisiert, einige Steuern angehoben und geplante Steuererleichterungen verschoben.¹⁸ Gemessen an den Ergebnissen ist die Haushaltskonsolidierung in Estland am erfolgreichsten: Laut Eurostat stiegen Haushaltsdefizit und öffentliche Verschuldung insgesamt nur geringfügig. Letztere liegt bis heute mit rund zehn Prozent weit unter dem EU-Durchschnitt von rund 90 Prozent des BIP. In Lettland und Litauen ist die Verschuldung

infolge der Krise auf etwa 40 Prozent des BIP angestiegen. Alle drei Länder haben jedoch ihr Ziel erreicht, dem Euroraum beizutreten.

Angesichts der vergleichsweise sehr schnellen Erholung der baltischen Staaten von der Krise werden Estland, Lettland und Litauen mitunter als erfolgreiche Pioniere einer neuen, liberaleren, verantwortungsvollen Finanzpolitik bezeichnet.¹⁹ Lettland wird im Zuge der Eurokrise den südeuropäischen Staaten als leuchtendes Vorbild präsentiert, und der Architekt der lettischen Austeritätspolitik, der von 2009 bis 2012 amtierende Ministerpräsident Valdis Dombrovskis, wurde von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker 2014 zum Vizepräsident der EU-Kommission und zum Kommissar für den Euro und den sozialen Dialog ernannt.

WAS ERKLÄRT DIE SCHNELLE ERHOLUNG?

Ob tatsächlich die interne Abwertung und harte Austeritätspolitik der baltischen Staaten die Ursache für ihre rasche wirtschaftliche Erholung ist, sorgt für leidenschaftliche Auseinandersetzungen. Einen ersten Höhepunkt erreichten die Debatten, als in Lettland 2009 die Frage der Abwertung auf dem Spiel stand.²⁰ Unvergessen ist auch der Schlagabtausch zwischen dem Wirtschafts-nobelpreisträger Paul Krugman und dem estnischen Präsidenten Toomas Hendrik Ilves 2012. Auf seinem Blog in der New York Times argumentierte Krugman, dass Estland nicht als Musterbeispiel für Austerität taugt. Der estnische Fall demonstriere nicht die Vorteile der Austerität, sondern ihre negativen Konsequenzen: Der strikte Sparkurs habe die estnische Wirtschaft in eine Rezession mit dem Ausmaß der großen Depression abstürzen lassen, und trotz der wirtschaftlichen Erholung sei die Leistungskraft immer noch weit unter dem Niveau vor der Krise. Dies traf einen empfindlichen Nerv beim estnischen Präsidenten, der in sechs aggressiven Tweets Krugman Überheblichkeit, Arroganz und Blasiertheit vorwarf.²¹

15 Vgl. Edgars Eihmanis, *Cherry-Picking External Constraints: Latvia and EU Economic Governance, 2008–2014*, in: *Journal of European Public Policy* (i. E.).

16 Vgl. Paul Blustein, *Laid Low: Inside the Crisis That Overwhelmed Europe and the IMF*, Ontario 2016; Susanne Lütz/Matthias Kranke, *The European Rescue of the Washington Consensus? EU and IMF Lending to Central and Eastern European Countries*, in: *Review of International Political Economy* 2/2014, S. 310–338.

17 Vgl. Eihmanis (Anm. 15).

18 Für einen detaillierten Vergleich der Austeritätsprogramme in den baltischen Staaten siehe Rainer Kattel/Ringa Raudla, *Austerity That Never Was? The Baltic States and the Crisis*, in: *Levy Economics Institute, Economics Policy Note* 5/2012; dies., *The Baltic Republics and the Crisis of 2008–2011*, in: *Europe-Asia Studies* 3/2013, S. 426–449.

19 Vgl. etwa Anders Aslund, *The Last Shall Be the First: The East European Financial Crisis*, Washington D.C. 2010, S. 101.

20 Vgl. Blustein; Lütz/Kranke (beide Anm. 16).

21 Vgl. Paul Krugman, *Estonian Rhapsody*, 6. 6. 2012, krugman.blogs.nytimes.com/2012/06/06/estonian-rhapsody/?_r=0. Für eine Auflistung von Ilves Tweets siehe *Estonian President Hammers Paul Krugman on Twitter*, 7. 6. 2012, www.washingtonpost.com/gJQApU0zLV_blog.html?utm_term=.2de8ff.125b2a.

Hinter dieser Auseinandersetzung mit hohem Unterhaltungswert steht eine tief liegende ideologische Spannung zwischen Keynesianern, die Austerität für schädlich halten, und neoliberalen Befürwortern der Austerität.

Jenseits dieser hochgradig polarisierten Debatten hat sich mittlerweile die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Austeritätspolitik der baltischen Staaten die Rezession zwar nicht verschlimmert, die wirtschaftliche Erholung aber eine Reihe von anderen Ursachen hat.²² So wird etwa argumentiert, dass die baltischen Staaten ihre wirtschaftliche Erholung in die EU ausgegliedert haben.

In der Tat haben EU-Gelder die Effekte der Krise entscheidend abgefedert. So machten die EU-Strukturfonds beispielsweise 2012 fast 20 Prozent des estnischen Haushalts und etwa fünf Prozent der estnischen Wirtschaftsleistung aus.²³ Auch mussten die baltischen Staaten mit der partiellen Ausnahme von Lettland ihre Banken nicht selbst retten, sondern konnten dies der schwedischen Zentralbank überlassen, die die Mutterkonzerne mit Liquidität versorgte. Dies ist ein entscheidender Unterschied zu Südeuropa und Irland, wo in vielen Fällen erst die Rettung der Banken zu einer hohen Staatsverschuldung führte.

Ferner spielt die Emigration eine wichtige Rolle bei der Abmilderung der Krise. Insbesondere Lettland und Litauen verzeichnen schon lange massive Auswanderungsbewegungen. So hat Lettlands Bevölkerung im Erwerbsalter seit 2000 um ein Viertel abgenommen, und allein 2010, auf dem Höhepunkt der Krise, emigrierten 40 000 Menschen. Bei einer Gesamtbevölkerung von etwas unter zwei Millionen wird die starke Auswanderung mittlerweile als Bedrohung für das Fortbestehen des Landes gesehen.²⁴ Dabei birgt Emigration zunächst Vorteile, denn sie entlastet die Sozialkassen und entspannt die Lage auf dem

Arbeitsmarkt; die Arbeitsaufnahme im Ausland erlaubt überschuldeten Wohnungseigentümern, ihre Schulden zurückzuzahlen, und Heimatüberweisungen unterstützen daheimgebliebene Familienmitglieder und regen den Binnenkonsum an. Der langfristige wirtschaftliche Schaden ist jedoch immens.

FAZIT

Zeigt die beherzte Antwort der baltischen Staaten auf die Krise nun, dass harte Sparmaßnahmen nicht nur politisch durchsetzbar sind, sondern auch zu einer raschen wirtschaftlichen Erholung führen? Kann von anderen Ländern realistischerweise erwartet werden, dem baltischen Beispiel zu folgen? Wohl kaum.

Denn zum einen ist der neoliberale politische Konsens in den baltischen Staaten, der auch die harte Austeritätspolitik unter dem Eindruck der Finanz- und Wirtschaftskrise ermöglicht hat, unter besonderen historischen Bedingungen entstanden. Im Baltikum ist der radikale Neoliberalismus untrennbar mit der nationalen Frage verbunden. Die speziellen wirtschaftlichen Institutionen und die politische Landschaft der baltischen Staaten sind das Ergebnis des Bemühens, sich nach der Unabhängigkeit so weit wie möglich vom alten sowjetischen Wirtschaftsmodell und von Russland abzugrenzen, und die nationale sowie die ethnische Frage haben Vorrang vor der sozialen Frage. Diese Bedingungen sind nirgendwo sonst in der EU gegeben.

Zum anderen hat weniger die Austeritätspolitik zur wirtschaftlichen Erholung beigetragen als eine Reihe von günstigen externen Faktoren wie vor allem EU-Gelder und Finanzspritzen der schwedischen Zentralbank. Es ist diese Lektion, die von den baltischen Wegen aus der Finanzkrise gelernt werden kann: Ohne massive externe Unterstützung gibt es selbst bei strikter Austerität keinen Ausweg aus der Krise.

DOROTHEE BOHLE

ist Professorin für Politikwissenschaft am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz. Ihre Forschungsschwerpunkte sind internationale und vergleichende politische Ökonomie sowie Politik und Wirtschaft der Staaten Zentraleuropas. dorothee.bohle@eui.eu

22 Vgl. hier und im Folgenden Olivier J. Blanchard/Mark Griffiths/Bertrand Gruss, *Boom, Bust, Recovery: Forensics of the Latvia Crisis*, in: *Brookings Papers on Economic Activity* 2/2013, S. 325–388; Dorothee Bohle/Wade Jacoby, *Lean, Special, or Consensual? Vulnerability and External Buffering in the Small States of East-Central Europe*, in: *Comparative Politics* 2/2017, S. 191–212; Kattel/Raudla (Anm. 18).

23 OECD, *OECD Economic Surveys: Estonia 2011*, Paris 2012.

24 Vgl. z. B. Matthew Holehouse, *Latvia Fights Against the Great EU Exodus*, 29. 4. 2016, www.telegraph.co.uk/news/2016/04/29/latvia-fights-against-the-great-eu-exodus/; o. A., *The Old Countries: Eastern Europe's Workers Are Emigrating, But Its Pensioners Are Staying*, in: *The Economist*, 19. 1. 2017.

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Telefon: (0228) 9 95 15-0



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 10. Februar 2017

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash
Angela Dzida (Praktikantin)
Anne-Sophie Friedel (verantwortlich für diese Ausgabe)
Johannes Piepenbrink
Anne Seibring
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
twitter.com/APuZ_bpb

APuZ
Nächste Ausgabe
9–10/2017, 27. Februar 2017

TÜRKEI

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
fs-medien@intime-media-services.de

Die Veröffentlichungen in Aus Politik und Zeitgeschichte
stellen keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar;
sie dienen der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X



Die Beiträge dieser Ausgabe stehen unter
einer Creative Commons Lizenz vom Typ
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine
Bearbeitung 3.0 Deutschland.



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz